

KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten

Nr. 165 Januar/Februar 2013 3,– €

Kurdistan Report | Ausgabe 165 Januar/Februar 2013

Nur im Internet | kurdistanreport.de



Die militärischen Auseinandersetzungen in Syrien haben auch Westkurdistan erreicht. Serê Kaniyê ist ein Brennpunkt dieser Auseinandersetzung geworden. Foto: DIHA



Aufgrund der Vielzahl von Militäroperationen der türkischen Armee sind auch auf Seiten der kurdischen Guerilla viele Verluste zu betrauern. Foto: DIHA



Der Hungerstreik von 10 000 politischen Gefangenen in der Türkei im letzten Drittel des vergangenen Jahres mobilisierte große Teile der Bevölkerung. Foto: DIHA

Liebe Leserinnen und Leser,

und wieder haben wir ein Jahr vollendet. Ein Jahr, das aus Sicht der kurdischen Freiheitsbewegung vor allem eines bedeutet hat: Widerstand. Widerstand zu Newroz, das trotz staatlicher Verbote von Millionen Menschen auf den Straßen gefeiert wurde. Widerstand in den Bergen, der in seinen Ausmaßen stark an die 90er Jahre erinnert. Widerstand gegen die Isolationsfolter am PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan, dem nun mittlerweile seit eineinhalb Jahren die wöchentlichen Konsultationen mit seinen AnwältInnen untersagt werden. Und der Widerstand in den Gefängnissen, der mit dem Hungerstreik von 10 000 politischen Gefangenen seinen Höhepunkt erreicht hat.

Der genannte Hungerstreik ist glücklicherweise ohne Todesmeldungen aus den Gefängnissen am 18. November für beendet erklärt worden. Zuvor war der Besuch des Bruders von Abdullah Öcalan auf Imralı gestattet worden. Über ihn ließ Öcalan erklären, dass der Hungerstreik seinen Zweck erfüllt habe und beendet werden solle. Diesem Aufruf kamen die 10 000 Hungerstreikenden auch nach. »Die Menschen außerhalb der Mauern sollen nicht ihre Aufgaben und ihre Verantwortung den Menschen hinter den Mauern überlassen, die sowieso schon krank sind und unter schwersten Bedingungen leben müssen«, hatte Öcalan außerdem mitteilen lassen. Festzuhalten bleibt aber auch, dass der Staat gegenüber den Hauptforderungen des Hungerstreiks regungslos geblieben ist. Das lässt uns auch schon ahnen, wie es im Jahr 2013 weitergehen wird, nämlich mit dem Kampf um die Durchsetzung der legitimen Rechte des kurdischen Volkes in allen Lebensbereichen und besonders für die Beendigung der Unterdrückung und des Krieges.

Von großer Bedeutung für die kurdische Freiheitsbewegung, aber auch für die Menschen in der gesamten Region, werden die Entwicklungen in Westkurdistan und Syrien in diesem neuen Jahr sein. Während die kurdische Seite schon vor Beginn der bewaffneten Auseinandersetzungen in Syrien versuchte, den Weg einer friedlichen Revolution in Richtung eines demokratischen Syriens und der Demokratischen Autonomie in Westkurdistan zu gehen, setzt die Türkei nun alles in Bewegung, um die KurdInnen in den Krieg hineinzuziehen. Aktuell konzentrieren sich die bewaffneten Auseinandersetzungen vor allem auf die westkurdische Stadt Serê Kaniyê, wo verschiedenste islamistische Gruppen ausgestattet mit Geld und Waffen der Türkei die kurdischen Stadtteile angreifen. Von Serê Kaniyê aus sollen diese Gruppen in die anderen Städte Westkurdistans gelangen, um die politischen und gesellschaftlichen Errungenschaften der KurdInnen zunichtezumachen. Doch bislang kommen sie aufgrund des Widerstands der kurdischen Volksverteidigungseinheiten und der besonnenen Politik der organisierten Bevölkerung mit diesem Plan nicht voran.

Wie auch immer sich die Situation in diesem Jahr entwickeln mag, es scheint sicher, dass allgemein eine umfassendere Organisierung nötig sein wird, um das Projekt der Demokratischen Autonomie zu schützen und weiterzuentwickeln.

Noch ein paar Worte in eigener Sache. Wir werden den Preis für den Kurdistan Report anheben müssen. Im Handverkauf wird dieser ab Januar 2013 3,– Euro kosten. Für die AbonnentInnen bleibt der alte Zeitschriftenpreis, jedoch erhöht die Post das Porto, so dass auch die AbonnentInnen nicht an einer geringfügigen Erhöhung vorbeikommen, leider.

Trotzdem wünschen wir allen einen guten Jahresbeginn und ein erfolgreiches besseres Jahr.

Die Redaktion

Aktuelle Bewertung

Für wen läuten die Glocken im Mittleren Osten?

Sercan Aydın, Journalist bei der Tageszeitung Yeni Özgür Politika

Im Nahen Osten bewegt sich die chaotische Lage in Richtung eines neuen Krieges. Der bewaffnete Konflikt mit Schwerpunkt Syrien weitet sich unter Einbeziehung des Irak und Palästinas zu einer regionalen Auseinandersetzung aus. Auch wenn der Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas die Anspannung ein wenig gemindert zu haben scheint, kann nicht von einer Bereinigung der Konfliktsituation die Rede sein. Unter Berücksichtigung der globalen Blöcke, an die sich die genannten Staaten anlehnen, bedarf es nicht der Wahrsagekunst, um zu erahnen, dass die aktuellen und bevorstehenden Ereignisse das Ausmaß eines dritten Weltkrieges haben werden.

Folgende Realität muss nochmals hervorgehoben werden: Im Nahen Osten kämpfen nicht regionale Kräfte. Es kämpfen die globalen politischen Blöcke, auf die sich diese regionalen Kräfte stützen. Die USA und Russland bilden die globalen Seiten der Auseinandersetzung, die lokalen zeigen sich unter Führung der Türkei und des Iran. Alle Kräfte positionieren sich entsprechend dieser Aufteilung.

Der Krieg in Syrien ist der Krieg des von den USA angeführten West-Blocks zur Neustrukturierung des Mittleren Ostens. Dafür sollen, von Syrien aus beginnend, der Status quo durchbrochen und mit der westlichen Moderne kollaborierende Regime etabliert werden. Eine andere Erklärung für die Unterstützung von Organisationen wie Al-Kaida aus der Anti-Assad-Front seitens der USA und der Türkei gibt es nicht. Noch trauen sich die globalen Blöcke nicht, offensichtlich Krieg zu führen; daher werden die Auseinandersetzungen in einem beschränkten Umfang gehalten. Das Ergebnis eines nicht gut durchdachten Krieges kann schließlich den Interessen der imperialistischen Mächte widersprechende Resultate hervorbringen. Eine ähnliche Situation hat sich bei den Aufständen der Völker Nordafrikas, dem sogenannten Arabischen Frühling, ergeben. Auch wenn das von den USA geleitete System gegen den Volksaufstand intervenierend in dieser Region kollaborierende Regime etabliert hat und so die Wogen zu glätten versucht, lässt sich am Beispiel von Tunesien und Ägypten das Scheitern erkennen. Das ägyptische Mursi-Regime, das vom Westen, jedoch nicht vom Volk unterstützt wird, steht vor dem Zusammenbruch. In Tunesien protestiert das Volk auf den Straßen. Aus diesem Grund versuchen die internationalen Kräfte, die Probleme in der Region im Rahmen der Auseinandersetzungen mit politischen Mitteln zu lösen. Sie treffen zugleich, für den Fall der Erfolglosigkeit dieser Bestrebungen, alle Vorkehrungen für einen umfangreichen Krieg. In diesem Zusammenhang steht auch die Stationierung der Patriot-Raketenabwehr an der türkisch-syrischen Grenze.

Besatzungsprobe in Syrien

Dass die Türkei die regionalen Kräfte, die einen Krieg befürworten, anführt, sticht als interessanter Punkt hervor. Der Auftrag der USA im Rahmen ihres Interventionsplans gegen Syrien an die Erdoğan-Regierung, die syrische Opposition zu unterstützen, mag die Türkei in diese Position gebracht haben. Aber die kriegstreibende Haltung der Türkei hat auch andere Ursachen. Hauptgrund ist der Status, den die KurdInnen in Syrien gewonnen haben. Der Türkei ist der Status, den die KurdInnen im Zuge der Schwächung des Assad-Regimes erzielt haben, ein Dorn im Auge – wie jeder Status für die KurdInnen weltweit. Die KurdInnen in Syrien haben in ihrem Gebiet ihre eigenen Verwaltungsstrukturen aufgebaut. Erdoğan, der in seinem eigenen Land Probleme mit den KurdInnen hat, erhebt auch Einwände gegen die kurdischen Errungenschaften in Syrien. Ab diesem Zeitpunkt ist es für die Türkei irrelevant, ob das Assad-Regime weiter an der Macht bleibt oder nicht. Für sie ist das eigentliche Problem die Selbstverwaltung der KurdInnen in Syrien. Dies ist der Grund für Erdoğans aggressives und kriegstreibendes Verhalten.

Aus diesem Grund fokussieren sich die Angriffe der von der Türkei unterstützten Freien Syrischen Armee (FSA) auch auf kurdisches Territorium. Die Auswahl Serê Kaniyês (Ras El-Ain) ist kein Zufall. Es ist eine Stadt, in der KurdInnen, AraberInnen, AssyrerInnen und ArmenierInnen gemeinsam leben.

Sie ist Mittelpunkt des kurdischen Gebietes, das sich von der irakischen Grenze entlang der türkischen bis in den Westen erstreckt. Zwischen Serê Kaniyê und den noch westlicher liegenden kurdischen Städten Kobanî (Ain al-Arab) und Efrîn liegen 100 km arabisches Gebiet. Die Regierung Erdoğan hat in Serê Kaniyê mittels bewaffneter Gruppen die Besatzung geprobt. Wäre dies erfolgreich gewesen, hätten sie sich bis Qamişlo (Al-Qamishli) ausgedehnt. So hätte die Türkei mittels Söldnern die Region besetzt.

Palästina/Israel: Ein weiterer Kriegsschauplatz im Nahen Osten

Der zweite Kriegsschauplatz im Nahen Osten ist Palästina. Für die Sicherheit Israels steht die Auflösung des bewaffneten palästinensischen Widerstands auf der Agenda der internationalen Kräfte. Dass nach der Aufgabe des bewaffneten Kampfes durch die palästinensische Befreiungsorganisation PLO im Zuge der Staatsgründung die Hamas und andere radikal-islamische Organisationen in den Vordergrund treten, zeigt, dass die Auseinandersetzungen zwischen Israel und Palästina nicht beendet sind. Die internationalen Kräfte fahren nun eine Integrations-Strategie gegenüber den radikal-islamischen Gruppen. Dieses mithilfe der Türkei und Ägyptens praktizierte Konzept scheint zumindest zum jetzigen Zeitpunkt im Hinblick auf die Hamas ein Ergebnis erzielt zu haben. Die Hamas, die sich seit Jahren auf Syrien und den Iran stützt, wurde durch Tayyip Erdoğan in das System integriert und hat beiden Ländern den Rücken gekehrt. Israel hat diese Entwicklungen intensiv beobachtet, mit der einwöchigen Bombardierung des Gaza-Streifens die Proteste abgewogen und die Botschaft vermittelt, durch Luftangriffe und Mordanschläge die Hamas jederzeit vernichten zu können. Exakt zu diesem Zeitpunkt haben die internationalen Kräfte zur Abschwächung der Proteste der arabischen und der palästinensischen Bevölkerung dem palästinensischen Staat den Beobachterstatus bei der UNO zugesprochen. Somit sind im Nahen Osten zumindest zum jetzigen Zeitpunkt Hindernisse für die Neustrukturierungspläne beseitigt worden.

Krise in irakischen Problemgebieten

Ein anderer Staat mit der Gefahr von Auseinandersetzungen ist der Irak. Der Irak, seit der Intervention der USA ein Pulverfass, steht jetzt einer kurdisch-arabischen Auseinandersetzung gegenüber. Die Uneinigkeit über die Stadt Kerkûk, die seit der Gründung des Irak kurdisch-arabische Diskussionen entfacht, scheint Botin einer neuen Auseinandersetzung zu werden. Der schiitische Ministerpräsident des Irak Nuri al-Maliki hat in den vergangenen Wochen eine Gruppe militärischer Sondertrupps um Kerkûk stationieren lassen. Die Regierung der Autonomen Region Kurdistan hat dies als Drohung aufgefasst und ihre gesamten bewaffneten Kräfte in Alarmbereitschaft versetzt. Nicht nur Kerkûk, auch Diyala und Selahaddin sind umstrittene Gebiete. Hier leben KurdInnen, AraberInnen und AssyrerInnen. Stets gibt es die Diskussion, ob sie der Regierung in Bagdad oder Kurdistan unterstellt werden. Laut Verfassung von 2005 sollte in diesen Städten innerhalb von zwei Jahren eine Volksabstimmung darüber erfolgen. Die Regierung in Bagdad konnte sich damit bisher jedoch nicht anfreunden. Daher unterstanden sie eine Zeitlang den US-Soldaten. Nach deren Abzug im vergangenen Jahr wurden sie der Kurdischen Regionalregierung angegliedert. Dagegen sträubt sich die Al-Maliki-Regierung. Diese Diskussionen werden durch die Lage dieser Städte an der Grenze zum Irak bedingt. Die Nutzung des Erdöls von Kerkûk ist ebenfalls ein Punkt, dem Bagdad widerspricht. Dass das Erdöl von US-Firmen vermarktet wird, stört die dem Iran nahestehende Al-Maliki-Regierung ernsthaft. Zunächst suchen die Konfliktparteien nach einem Dialog. Doch ist es lediglich eine Frage der Zeit, bis die Spannungen zwischen Bagdad und Hewlêr (Arbil) zu einer bewaffneten Auseinandersetzung führen.

Der Alptraum der Türkei

Die Türkei befindet sich im Zentrum genau dieser Entwicklungen. Die Regierung Erdoğan übernimmt zum einen eine Funktion im von den USA angeführten Block hinsichtlich der Neustrukturierungspläne im Mittleren Osten, zum anderen sucht sie die anti-kurdische Kooperation mit den regionalen, am Status quo festhaltenden Staaten. Es ist offensichtlich, dass beides nicht parallel erfolgen kann. Das Aufbrechen des regionalen Status quo hat – wie am Beispiel Syriens – den KurdInnen Freiheitsräume geschaffen. Die Ergebnisse einer kompletten Zerschlagung des Status beunruhigen die Türkei. Aus diesem Grund schreckt sie vor keinen Angriffen gegen die kurdische Freiheitsbewegung zurück und scheint die kollaborierenden kurdischen Strukturen zu unterstützen, die dem System zugetan sind, in das auch Erdoğan integriert ist. Während er den Identitätsrechten der KurdInnen keine verfassungsmäßige Garantie zuspricht, schränkt er die Rechte, die sich daraus ergeben, auf persönliche Rechte ein. Seit genau zehn Jahren verspricht die Regierung Erdoğan Reformen im Hinblick auf Kopftuch, muttersprachlichen Unterricht, EU-Mitgliedschaft sowie Nutzung von Rechten und Freiheiten, übt jedoch Repressionen aus wie keine Regierung zuvor. Der Hungerstreik, den tausende Gefangene für Unterricht und gerichtliche Verteidigung in der Muttersprache sowie die Verbesserung der Haftbedingungen Abdullah Öcalans durchführten, hat den Charakter der Regierung, insbesondere aber den von Erdoğan offengelegt. In einer solchen Situation setzte der AKP-Vorsit-



Demonstration zum Hungerstreik von 10 000 politischen Gefangenen in der Türkei Foto: DIHA

zende Erdoğan die Todesstrafe auf die Agenda und bedrohte so das kurdische Volk. Er ging sogar so weit, von einer »Show« der an der Grenze zum Tode befindlichen Gefangenen zu sprechen. Während diese dem Aufruf Abdullah Öcalans folgten und den Hungerstreik beendet haben, ist die Regierung damit beschäftigt, die Forderungen von der Tagesordnung zu drängen, anstatt sie zu erfüllen. Die Isolation von Herrn Öcalan geht schon über 500 Tage. Jegliches Recht verletzend werden ihm AnwältInnenbesuche verwehrt. Während Erdoğan für die TürkInnen in Deutschland muttersprachlichen Unterricht fordert, wehrt er sich repressiv gegen dieselben Forderungen der KurdInnen in der Türkei. Die Forderung der KCK-Häftlinge nach Verteidigung in der Muttersprache wird damit beantwortet, selbst für eine Übersetzung sorgen zu müssen. Kurz, die Regierung Erdoğan ist entschlossen, die kurdische Identität, Sprache und Kultur verfassungsrechtlich auszuschließen.

Erdoğan: erfolglosester Führer im Mittleren Osten

Erdoğan, der es seit zehn Jahren schafft, mit Begrifflichkeiten wie Öffnung, Demokratie und Reformen an der Macht zu bleiben, konnte mit dem Versprechen einer EU-Mitgliedschaft die ganze Welt täuschen. Er hat das Kapitel EU-Mitgliedschaft abgeschlossen und sich ganz der US-Linie gewidmet. Die EU-Mitgliedschaft war kein Thema seines jüngsten Berlinbesuchs. Im Gespräch Erdoğans mit Merkel wurden – wie bei allen Gesprächen mit europäischen Staatschefs – Repressionen gegen die KurdInnen sowie die Patriot-Raketenabwehr gefordert. Aus diesen jüngsten Entwicklungen wird ersichtlich, dass die Türkei sich an USA und NATO anlehnt. Das wird ihre regionale Stellung schwächen. Dennoch präsentiert sie sich als Modellstaat für den Nahen und Mittleren Osten. Anders ausgedrückt fordert sie von den USA und der NATO eine Politik, die ihren Interessen entspricht. Dabei widerspricht diese Politik der regionalen Konfliktsituation und behindert zudem die US-Politik. Aus diesem Grund ist die AKP-Politik gänzlich widersprüchlich zur Politik der USA und Europas und birgt die Gefahr gewalttätiger Auseinandersetzungen.

Die kurdische Befreiungsbewegung unter Führung der PKK hat in den letzten Jahren die diktatorische Struktur der AKP offenbart. Aus diesem Grund ist eine Zunahme der Widersprüche zwischen der Türkei und den USA und Europa zu erwarten. Das internationale System kann die Türkei so nicht länger tragen. Zwischen dem vom System ins Fadenkreuz genommenen Iran und der Türkei besteht nahezu kein Unterschied mehr. Beide repräsentieren die Nationalstaatsdiktatur. Beide streben die Hegemonie über die Region an. Im Hinblick auf nationalistische Ideologie, diktatorisches System und faschistischen Charakter sind sie nahezu Zwillinge.

Schicksal der Türkei hängt vom Syrienkrieg ab

Die AKP-Regierung hat schwere Niederlagen gegen die von der PKK geführte Befreiungsbewegung erlebt. Die Pläne zur Vernichtung der PKK sind ins Leere gelaufen. Ihre Vernichtungspolitik gegen die KurdInnen ist entlarvt. Die AKP-Regierung hat erkannt, dass sie den Widerstand der KurdInnen nicht brechen kann. Auch die Politik, Assad mit einem Krieg gegen Syrien zu stürzen, ist fehlgeschlagen. Zudem ist sie aufgrund der Widersprüche mit den Verbündeten in großer Sorge. Sie hat verstanden, dass ihr Status irgendwann wie in Syrien und im Iran überwunden werden wird. Die Regierung Erdoğan ist zurzeit die Kraft mit den größten Schwierigkeiten. Daher positioniert sie sich so, als ob sie keine internen Probleme hat und alle Schwierigkeiten extern verursacht werden. Daraus resultiert auch ihr aggressives Verhalten nach außen. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass ihre internen Stützpfeiler stetig geschwächt werden und die gewünschte Unterstützung durch die Bündnispartner ausbleibt. Dadurch vertiefen sich diese Widersprüche und werden auch 2013 zunehmen. Mit ihrer jetzigen Politik kann sie diese nicht überwinden. Folglich wird die AKP-Regierung überwunden werden oder sie wird in einem potentiellen Krieg in eine Richtung gelenkt, deren Ende noch nicht abschätzbar ist.♦

Kurze Revision der kurdisch-türkischen Politik der letzten Jahre

Schicksalstage der kurdischen Gesellschaft

Mahmut Şakar, Rechtsanwalt

Der unbefristete Hungerstreik in den Gefängnissen der Türkei, der am 12. September 2012 begann und insgesamt 68 Tage dauerte, ist als die wirkungsvollste Aktion zivilen Ungehorsams der jüngeren Vergangenheit der Türkei zu bewerten. Nahezu sämtliche Seiten sahen sich gezwungen, Stellung zu beziehen. Um aufzeigen zu können, auf welcher Grundlage die Aktion entstanden ist und welche möglichen Auswirkungen sie haben kann, gilt es, die jüngste Politik der AKP-Regierung in der kurdischen Frage zu verstehen.

Die in der türkischen Öffentlichkeit als »Oslo-Phase« bekannte Verhandlungsperiode dauerte etwa zwei Jahre (2009-2011). In diesem Zeitraum führten VertreterInnen des Staates sowohl mit Öcalan als auch der PKK-Führung direkte Gespräche. Während der Verhandlungen war ein eher gemäßigtes und friedfertiges Klima zu verzeichnen, was in der Öffentlichkeit Hoffnungen weckte. Der weitere Verlauf der Phase wurde durch zwei Begebenheiten bestimmt. Als Erstes gilt es die Parlamentswahl zu benennen. Vor der Wahl bediente sich die Regierung einer versöhnlichen Rhetorik. Durch die beachtliche Stimmenzahl, die die AKP erhielt (dabei hatte die Friedensphase einen wesentlichen Einfluss), konnte sie ihre Regierung festigen. Zweitens sind die Entwicklungen im Mittleren Osten anzuführen. Besonders in Syrien, das als Nachbarstaat mit der längsten gemeinsamen Grenze und den intensivsten politischen Beziehungen gilt und wo derzeit eine Konfliktsituation mit den westlichen Kräften zu beobachten ist. Die Türkei versucht aus dieser Phase durch opportunistisches Agieren Profit zu schlagen. Die Überlegung, in einer solchen Situation Verhandlungen mit der PKK zu führen und irgendwelche Zugeständnisse zu machen, erschien der türkischen Regierung fern. Das Kalkül, die PKK gleich einem Wirbelsturm vernichten zu können, führte zum Ende der Oslo-Phase.

Wenn die Gründe für das Ende der Verhandlungen zwischen Regierung, Öcalan und PKK einer gründlicheren Betrachtung unterzogen werden, ist zu folgern, dass die anscheinend vorwärtsgerichteten Schritte taktischer Natur waren. Durch die Schaffung eines gemäßigten Klimas wurde zum einen die Wiederwahl garantiert, des Weiteren in gefechtsfreier Situation der Boden für den eigentlichen Plan bereitet, der auf die Liquidierung der PKK abzielte. In diesem Rahmen versuchte die AKP, während sie auf der einen Seite Verhandlungen mit der PKK führte, parallel dazu eine diplomatische Grundlage für einen gemeinsamen Angriff mit dem Iran, Syrien und der Kurdischen Regionalregierung auf die PKK zu schaffen. Im türkischen Inland wurde zeitgleich zu den Verhandlungen der Startschuss für die als KCK-Operationen bezeichneten juristischen und polizeilichen Maßnahmen gegeben. Mit diesen Operationen, die BürgermeisterInnen, NGO-Führungsmitglieder sowie zentrale und lokale BDP-Verantwortliche einbezogen, wurden bis heute über 8 000 Personen inhaftiert. Die hier kurz geschilderte taktische und liquidatorische Mentalität in den Verhandlungen hat später Ministerpräsident Erdoğan zu diversen Anlässen in der Öffentlichkeit zum Ausdruck gebracht. Die letzte Umwidmung der anfänglich als »demokratische Öffnung« bezeichneten Phase in »nationale Einheit« kann kennzeichnend dafür gesehen werden.

Nachdem die eigentliche Verhandlungsabsicht deutlich geworden war, gab Öcalan bekannt, sich von diesem Prozess zurückzuziehen, und betonte, die AKP würde nur ein falsches Spiel treiben. Ohnehin hat ihn die AKP-Regierung nach dieser Erklärung vom 27. Juli 2011 von der Außenwelt abgeschottet und indessen verschärften Isolationshaftbedingungen ausgesetzt. Mit der Isolierung Öcalans von der kurdischen Gesellschaft und der Politik war das Kalkül verbunden, die kurdische Politik noch einfacher liquidieren und zeitgleich ihn selbst als auch die kurdische Politik mit der Isolation erpressen zu können. All diese Aspekte haben zu einer Phase der Gewalt geführt, die noch tiefere Wunden als in der Vergangenheit reißen wird. Ohnedies hat sich die AKP-Regierung in dieser Periode außerordentlicher Waffentechnik unvergleichlicher Intensität bedient, von chemischen Waffen bis hin zu schwersten Bombardements. Aufgrund der breitgefächerten und ununterbrochenen Gewalt gegen die Guerilla und die Zivilbevölkerung

trafen AKP-nahe Medien die Vorhersage, dass die PKK im Jahre 2012 nicht mehr bestehen werde.

Allerdings durchkreuzten drei Begebenheiten die Pläne der AKP: Zum einen wurden, trotz einiger kurzzeitiger Erfolge, Kraft und Psyche der türkischen Armee durch die in manchen Gebieten erzielte Überlegenheit der PKK gebrochen. Zudem wurde erneut belegt, dass keinerlei Möglichkeit zu einer militärischen Lösung, wie sie die Regierung derzeit anstrebt, besteht.

Des Weiteren bewirkten der Waffenstillstand zwischen der Partei für ein freies Leben in Kurdistan (PJAK) und dem Iran und die kurdische Vorherrschaft über einen wichtigen Teil Syrisch-Kurdistans das Fehlschlagen der außenpolitischen Unternehmungen der AKP. Das alles führte zu einer angespannten Atmosphäre in der kurdischen Gesellschaft und parallel zu einer weiteren Relativierung der Rolle der AKP durch die Schaffung eines weiteren »Kurdistans«.

Als Drittes gilt es, den am 12. September von 64 Gefangenen begonnenen Hungerstreik, der anschließend von bis zu 10 000 Gefangenen geführt wurde und insgesamt 68 Tage dauerte, zu betonen. Die Einflusssphäre dieser Aktion war der politische Bereich. Die Aktion, an der ebenfalls PolitikerInnen, Intellektuelle, JournalistInnen und RechtsanwältInnen partizipierten, von denen die meisten im Rahmen der KCK-Operationen des »politischen Genozids« inhaftiert worden waren, hat unter Beweis gestellt, dass die Persönlichkeit dieser Individuen durch Gefangennahme nicht gebrochen werden kann. Die Gefängnisse wurden wieder einmal zu einem politschen Zentrum von historischer Tragweite. Die kurdische Gesellschaft, ihre FreundInnen, MenschenrechtlerInnen, NGOs und Intellektuelle führten entgegen der auf Verbot ausgerichteten Politik des Staates eine lang andauernde Aktionsphase durch. Das Recht auf muttersprachliche Bildung und Verteidigung vor Gericht sowie die Haltung gegen die Isolierung Abdullah Öcalans fanden Legitimität und entwickelten sich zum gesellschaftlichen Haupttagesordnungspunkt. Eine Situation, über die nicht hinweggesehen werden und die nicht negiert werden konnte, war entstanden, so dass die AKP mit dieser Aktion stark in Bedrängnis gebracht wurde.

In diesem Rahmen hat der Hungerstreik dazu beigetragen, dass sich die politisch-demokratische Sphäre wieder sammeln konnte. Dieser Bereich hat durch das Erzeugen eines beträchtlichen demokratischen Widerstandes – ein Feld, von dem gedacht wurde, es sei mit den KCK-Operationen eigentlich komplett passiviert worden – reaktiviert werden und in den Vordergrund treten können. Eigentlich sollte mit dieser Aktion auch ein Gefüge für die Möglichkeit einer friedlichen Lösung, außerhalb der Gefechts- und Gewaltatmosphäre, auf demokratischer Ebene geschaffen werden. Vor allem hat Öcalan, der lange Zeit einem »stillen Tode« überlassen wurde, durch diese Aktion zum wiederholten Male an seine historische Rolle erinnern lassen und sie bekräftigt. Sein politischer Einfluss, den die Isolation staatlichem Vorhaben nach brechen sollte, wurde weiter gestärkt. Der »schwarze Humor« Ministerpräsident Erdoğans, der sich in seinen unzähligen primitiven Angriffen, seiner Wut und Aggressivität widerspiegelt, erwächst aus dem strategischen Einfluss des Hungerstreiks. Letztendlich können selbst potenteste Machthaber nichts ausrichten gegenüber der Kraft der Menschen, die ihr eigenes Leben einsetzen. Mit dem Hungerstreik ist nach dem militärischen und diplomatischen ebenfalls das Konstrukt des Regimes im politischen Bereich zunichtegemacht worden.

Die AKP-Regierung hatte während dieser Phase schon mit der Vorbereitung für den als »Sri-Lanka-Modell« bezeichneten Liquidationsplan begonnen. Doch mit dem Durchkreuzen ihrer Pläne in diesen drei Bereichen lief die KurdInnen-Politik der AKP komplett ins Leere; AKP und Erdoğan gerieten dadurch weiter in Bedrängnis.

Die genau zu dieser Zeit aufgetauchten Äußerungen über eine Wiedereinführung der Todesstrafe für Öcalan sind im Hinblick auf die Ausweglosigkeit der AKP zu werten. Die AKP versucht über das Leben Öcalans, die kurdische Gesellschaft, ihre politischen Bewegungen und Öcalan selbst zu bedrohen, und meint, mit einer Trumpfkarte »Todesstrafe« etwas erreichen zu können. Doch der erwartete Effekt ist ausgeblieben. Nun wird mit dem Antrag auf Aufhebung der Immunität von zehn BDP-Abgeordneten der letzte Joker auf der demokratischen Ebene auszuspielen versucht. Es gilt abzuwarten, in welche Richtung sich diese Phase entwickeln wird.

Sowohl die Thematik der Todesstrafe als auch die der Immunität zeigt, dass sich die AKP in der kurdischen Angelegenheit auf gefährlichem Terrain bewegt. Mit der Bedrohung des Lebens von Öcalan und der Inhaftierung der Abgeordneten wird eine Politik der Gewalt und Erpressung mit strategischen Folgen betrieben. Bereits jetzt ist eine mentale Veränderung in der kurdischen Gesellschaft zu erkennen. Diese ist durch Erpressung nicht mehr so einfach zu beeinflussen.

Eine Politik, die sich auf die Todesstrafe und die Liquidation des politischen Betätigungsfeldes stützt, könnte, wenn den Entwicklungen im Mittleren Osten Beachtung geschenkt wird, die KurdInnen zu neuem Suchen veranlassen, was Schritte ermöglichen würde, die das Schicksal beider Völker bestimmen können. Zudem würde ich gern noch anmerken, dass die KurdInnen in einer Phase, in der die rassistische und faschistische Politik der AKP keine Grenzen kennt, so intensiv wie noch nie über mögliche Alternativen diskutieren. ♦

Zur möglichen Aufhebung der parlamentarischen Immunität kurdischer Abgeordneter

Und die Geschichte wiederholt sich doch …

Mako Qocgiri

»In Ankara wird sechs kurdischen Abgeordneten der Hochverratsprozeß gemacht. Keiner der Angeklagten, unter ihnen eine Frau, hat politische Gewalt angewendet. Erstmals stehen kurdische Volksvertreter allein wegen ›Meinungsäußerung‹ vor Gericht.« (Aus dem Archiv der Berliner Zeitung, 06.08.1994)

Zeiten wie diese sind in der Türkei doch schon längst vergangen. Das würde sich mensch zumindest gerne denken. Doch die Realität sieht leider etwas anders aus. Am 26. November erklärte der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan vor seiner Auslandsvisite in Spanien kurzerhand mal, dass die parlamentarische Immunität einiger Abgeordneter der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) demnächst aufgehoben werde. Und prompt einen Tag darauf erreichten die Anträge auf Aufhebung der Immunität von zehn Abgeordneten, namentlich Gültan Kışanak, İdris Baluken, Adil Kurt, Sebahat Tuncel, Nazmi Gür, Hüsamettin Zenderlioğlu, Halil Aksoy, Esat Canan, Ertuğrul Kürkçü und Aysel Tuğluk, das türkische Parlament.

Es ist noch nicht allzu lange her, da verurteilte im türkischen Parlament die Kommission zur Aufarbeitung der Militärputsche im Land die Aufhebung der Immunität der kurdischen Abgeordneten der Partei der Demokratie (DEP) im Jahr 1994. In ihrem Abschlussbericht ließ die Kommission unter anderem anführen, dass das Regime zu jener Zeit mit dem Akt der Immunitätsaufhebung sein dunkles Gesicht gezeigt habe. Ironischerweise stammen die meisten Mitglieder der genannten Kommission aus den Reihen der AKP-Fraktion.

Der Weg vom Antrag auf Immunitätsaufhebung zu deren tatsächlicher Vollstreckung

In prozeduraler Hinsicht ist es noch ein langer Weg bis zu einer möglichen Aufhebung der Immunität der zehn Abgeordneten. Die Anträge, die nun im Parlament angekommen sind, befinden sich zunächst in den Händen einer gemischten Kommission unter dem Dach des Parlaments. Diese stellt in ihren Reihen zunächst noch mal eine kleinere Vorbereitungskommission zusammen, die einen Monat Zeit hat, einen Untersuchungsbericht zu den Anträgen auf Immunitätsaufhebung zu erstellen. Zum Zeitpunkt der Anfertigung dieses Artikels war dieser Bericht noch nicht fertiggestellt worden. Sobald dies geschehen ist, wird der Bericht in der gesamten Kommission besprochen, anschließend wird über die mögliche Aufhebung der Immunität abgestimmt. Sollte sich in dieser ersten Instanz die Kommissionsmehrheit dafür aussprechen, kommt es zu einer erneuten Abstimmung, dieses Mal mit allen Abgeordneten des türkischen Parlaments. Erst wenn die Mehrheit der Abgeordneten sich auch auf dieser Ebene für eine Aufhebung der Immunität ausspricht, wird diese den Abgeordneten auch tatsächlich aberkannt. Dann können die Betroffenen verhaftet werden, sobald sie das Parlamentsgebäude verlassen haben. Das bekamen 1994 die Abgeordneten der DEP am eigenen Leibe zu spüren. Die letzte Möglichkeit, die den – dann ehemaligen – Abgeordneten noch bleibt, ist die Anfechtung des Beschlusses vor dem türkischen Verfassungsgericht. Dem Gericht wird dann eine Frist von 15 Tagen auferlegt, den Beschluss zu annullieren oder eben zu bestätigen.

Wahrscheinlichkeit einer Aufhebung der Immunität

Der Weg vom ersten Antrag auf Immunitätsaufhebung bis zu deren tatsächlicher Vollstreckung mag noch lang sein. Das bedeutet allerdings nicht, dass sie dadurch unwahrscheinlich wird. Zunächst einmal sollten wir bedenken, dass der Antrag auf Knopfdruck des türkischen Ministerpräsidenten im Parlament eingereicht worden ist. Da scheint es auch nicht ganz so unwahrscheinlich, dass eine große Mehrheit seiner Abgeordneten diesen Antrag unterstützt. Zurzeit gibt es zwar in den Reihen der AKP die eine oder andere Stimme, die an der politischen Richtigkeit einer Immunitätsaufhebung zweifelt. Doch ist es derzeit für eine/n AKP-Abgeordnete/n alles andere als einfach, die eigene Meinung gegen die Meinung des Ministerpräsidenten lange aufrechtzuerhalten. Die Erklärung eini-

ger AKP-Verantwortlicher, dass es hinsichtlich des Antrags auf Immunitätsaufhebung zu keiner Gruppenentscheidung der AKP-Fraktion kommen werde, sondern jede/r Abgeordnete für sich selbst entscheiden müsse, dem Antrag zuzustimmen oder nicht, verstärkt zwar in der Öffentlichkeit den Eindruck, die AKP sei in dieser Frage gespalten. Tatsächlich kommt diesen Erklärungen allerdings keinerlei Bedeutung bei. Denn in der Frage der Immunitätsaufhebung ist es laut türkischer Verfassung ohnehin verboten, dass die Fraktionen offizielle Gruppenentscheidungen treffen.



Protest der Bevölkerung gegen die Inhaftierung ihrer gewählten PolitikerInnen
Foto: DIHA

Zudem dürfte Erdoğan ohnehin auch auf die volle Unterstützung der Abgeordneten der Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) hoffen. Und auch der eine oder die andere Abgeordnete der Republikanischen Volkspartei (CHP) dürfte wohl der Immunitätsaufhebung nicht abgeneigt sein. Eine Mehrheit in der Kommission und im Parlament gegen die zehn Abgeordneten der BDP dürfte somit eine sichere Sache sein. Und große Hoffnungen darauf zu setzen, dass das türkische Verfassungsgericht einen solchen Beschluss letztlich doch annullieren könnte, scheint vor dem Hintergrund, dass die AKP mittlerweile ihren Einfluss auch auf die türkische Justiz beträchtlich ausgedehnt hat, nicht sonderlich realistisch.

Politische Bedeutung einer Immunitätsaufhebung

Dass es für prokurdische Parteien und ihre Mitglieder nicht einfach ist, auf friedlichem und politischem Wege für die Rechte der KurdInnen einzutreten, dürfte hinreichend bekannt sein. Die Aufhebung der Immunität der sechs DEP-Abgeordneten im Jahr 1994 reiht sich wunderbar ein in eine lange Geschichte von Verboten prokurdischer Parteien und der Inhaftierung ihrer Mitglieder. Die AKP führt diese Politik wie ihre Vorgängerregierungen im Prinzip weiter fort. Doch die Herrschaften der AKP haben auch begriffen, dass zumindest die Politik der Parteiverbote in der Vergangenheit nicht viel gebracht hat. Auf jedes Parteiverbot wurde mit der Gründung einer neuen prokurdischen Partei reagiert, die sich bei Wahlen in der Regel noch erfolgreicher als ihre Vorgängerin schlug. Das will die AKP allem Anschein nach verhindern, weshalb ein Verbot der BDP gegenwärtig nicht auf ihrer Tagesordnung steht. Ein Parteiverbot würde ohnehin nur zu unnötigen internationalen Beschwerden führen und dem Image der Türkei und ihrer Regierung nicht sonderlich zuträglich sein, mag sich die AKP wohl denken. Stattdessen setzt sie deshalb zum einen auf eine rigorose Festnahmepolitik gegen Basismitglieder der BDP und zum anderen versucht sie mit allen Mitteln, die Fraktion der Partei für Frieden und Demokratie im Parlament zu schwächen, die von Millionen WählerInnen unterstützt zu einem Sprachrohr der kurdischen Bevölkerung im türkischen Parlament geworden ist. Bereits nach den letzten Parlamentswahlen setzte die türkische Regierung durch, dass sechs KandidatInnen der BDP, die sich vor dem Urnengang in Haft befunden hatten, auch nach ihrer Wahl entgegen der türkischen Rechtsprechung nicht freigelassen wurden, um ihr Mandat aufnehmen zu können. Nun holt die AKP-Regierung mit dem Antrag auf Immunitätsaufhebung zum nächsten Schlag gegen die ParlamentarierInnen der BDP aus. Das Ziel dabei ist es, dass nicht mehr der Staat die Partei schließen soll, sondern nach Möglichkeit die KurdInnen selbst ihre Partei dichtmachen, weil diese über keine Mitglieder auf freiem Fuß mehr verfügt.

Der Fehler in den Kalkulationen der AKP allerdings ist die Tatsache, dass es der kurdischen Bewegung bisher stets gelungen ist, sich zu erneuern. Die durch Verhaftungen freigewordenen Stellen innerhalb der Partei konnten in der Regel durch andere AktivistInnen gefüllt werden. Der Widerstand der Bevölkerung während des großen Gefängnishungerstreiks hat abermals unter Beweis gestellt, dass es sich um eine Volksbewegung handelt, die von Millionen Menschen getragen wird. Für diese Volksbewegung ist das türkische Parlament ein Forum, in dem nach der Möglichkeit einer friedlichen politischen Lösung der kurdischen Frage gesucht wird. Sollte nun die AKP-Regierung den KurdInnen dieses Forum entziehen wollen, bedeutet das nicht, dass die kurdische Bevölkerung keinen anderen Weg mehr finden wird, für ihre Rechte einzutreten. »Das Parlament ist nicht der einzige Ort, an dem wir unseren legitimen Widerstand leisten können. Das gilt auch für uns Abgeordnete. Wir können und werden unseren politischen Widerstand in einer Vielzahl politischer Bereiche leisten«, kündigte die von der Immunitätsaufhebung bedrohte Abgeordnete Aysel Tuğluk bereits an. ♦

Die Kampagne »Freiheit für Abdullah Öcalan«

Ohne die Freiheit von Öcalan wird es keine Lösung geben

Fuat Kav, Autor, freier Journalist und Mitglied der Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan«

Die Kampagne »Freiheit für Abdullah Öcalan« zielt nicht nur auf ein Ende der Isolation Öcalans ab, sondern auch auf seine Freiheit. Ohne die Freiheit Öcalans, ohne dass seine Gesundheit und Sicherheit gewährleistet sind, wird es nicht möglich sein, die fundamentalen Probleme der Türkei zu lösen.

Es ist nicht mehr zu verheimlichen, die Türkei bewegt sich zunehmend auf ein gewaltiges Chaos zu – oder anders formuliert, auf eine heftige Eruption und eine tiefe Zerrissenheit. Vor allem die politische, aber auch die militärische Verzweiflung wird in sehr naher Zukunft in eine unaufhaltsame Krise münden. Deren Ursachen sind mindestens so tiefgreifend wie die Krise selbst, und es ist wichtig zu erkennen, dass sie nicht alltäglich und simpel sind. Diese Krise wird sich auch nicht mit gewöhnlichen Mitteln bewältigen lassen. Notwendig ist ein umfassendes und tiefgreifendes Konzept.

Und das ist die Lösung der kurdischen Frage, die Lösung der Kurdistan-Frage, oder anders formuliert die Lösung der Öcalan-Frage. Werden diese drei Probleme nicht richtig angegangen, nicht aus wissenschaftlicher Perspektive betrachtet, dann sind sie drei unlösbare Kernprobleme. Sie sind gänzlich miteinander verknüpft und faktisch alle ineinander verwoben, gleichzeitig existiert das eine Problem nicht ohne das andere, ist nicht lösbar, und alle drei Probleme sind ineinander übergegangen, obwohl sie verschiedenartig sind. Natürlich gäbe es das Kurdistan-Problem nicht ohne das kurdische Problem und gleichzeitig das Öcalan-Problem nicht ohne das Kurdistan-Problem. Aber da alle drei in ihrer historischen Entwicklung voneinander separiert wurden, haben sie leider den Anschein angenommen, als seien sie voneinander verschieden und unabhängig. Meiner Meinung nach ist diese falsche und trennende Sichtweise der Hauptgrund für die Verschärfung der Situation. Und das alles besorgt der türkische Staat selbst. Aufgrund der genannten Umstände wird das Problem nicht gelöst, sondern im Gegenteil verschlimmert.

Indem die türkische Regierung die Fragen zu KurdInnen, Kurdistan und Öcalan als unvereinbar miteinander betrachtet, erschwert sie die Lage wie nie zuvor. Das ist auch der wesentliche Grund, warum alle Wege zur Lösung versperrt sind und der Krieg eskaliert. Der türkische Staat und die kurdische Befreiungsbewegung haben unterschiedliche Ansichten, nicht nur in dieser Frage, sondern in allen Bereichen. Daher wird auch das Problem unterschiedlich wahrgenommen.

Eigentliche Ursache ist die Verleugnung

Die kurdische Freiheitsbewegung sagt, dass die oben genannten drei Probleme miteinander verknüpft sind. Das heißt, gäbe es die kurdische Frage nicht, gäbe es auch kein Kurdistan-Problem, und ohne ein Kurdistan-Problem gäbe es kein Öcalan-Problem. Infolgedessen unterscheiden sich die Lösungsversuche für sie ebenfalls voneinander, dabei werden die Entwicklungen aus unterschiedlichen Perspektiven bewertet. Die kurdische Freiheitsbewegung betrachtet die Lage und deren Entwicklung als Ganzes und sieht die Grundlage für die genannten Probleme in der Verleugnungspolitik.

In der aktuellen Phase sehen die KurdInnen eine Lösung ohne Öcalan als unmöglich an, folglich behandeln sie alle Entwicklungen im Zusammenhang mit seiner Person.

Vor diesem Hintergrund hat die kurdische Bevölkerung eine neue Kampagne unter dem Motto »Freiheit für Abdullah Öcalan« begonnen.

Hauptziel dieser Kampagne ist, wie oben bereits unterstrichen, nicht die Aufhebung der totalen Isolation Öcalans von der Außenwelt, sondern seine Freiheit.

Ja, bevor Öcalan nicht hinzugezogen wird als Repräsentant eines Volkes, dessen Willen er vertritt, kann mit derselben Logik irgendeine Lösung auch nie als Lösung angesehen werden.

Die Freiheit Öcalans ist Voraussetzung

Aus all diesen Gründen haben die KurdInnen beschlossen, in eine neue Kampagnenphase zu treten. Ziel der Kampagne ist es, seine notwendige Sicherheit und Gesundheit zu gewährleisten und seine Freiheit zu verwirklichen.

Das ist die Garantie für die Sicherheit beider Gesellschaften, für das gemeinsame und geschwisterliche Zusammenleben der kurdischen und der türkischen Nation, die Sicherheit dafür, dass alle anderen ethnischen und religiösen Minderheiten friedlich miteinander leben. Also wenn es Frieden geben soll, wenn die Kurdenproblematik gelöst werden soll, wenn die Türkei sich weiterentwickeln soll und wenn im Nahen/Mittleren Osten der Frieden einkehren soll, dann kann das nur mit der Freiheit Öcalans geschehen. Einen anderen Ausweg gibt es nicht.

Das kurdische Volk, das Freiheit fordert, das ein menschenwürdiges Leben anstrebt und das hierfür seit über 30 Jahren großes Leid erlebt, erkennt Abdullah Öcalan als seinen Repräsentanten, als seinen politischen Vertreter an. Das muss respektiert werden. So wie die KurdInnen die türkischen Vertreter respektieren, so muss auch der türkische Staat diesen Respekt gegenüber dem kurdischen Volk zeigen.

Die kurdische Freiheitsbewegung, das kurdische Volk und die kurdische Nation haben deshalb ungefähr vor einem Jahr diese Kampagnenphase gestartet. Sie wird mit diversen Demonstrationen und Veranstaltungen weitergeführt. Ich bin nicht in der Lage, den Überblick über diese Aktivitäten zu geben. Auch fehlt den KurdInnen die praktische Erfahrung.

Unser einziges Vorbild ist die Freiheitskampagne für Nelson Mandela.

Damit nehmen wir diesen Präzedenzfall und auch die verschiedenen internationalen Bewegungen zu diesem Thema zur Kenntnis und betonen, dass unsere bereits begonnene Kampagne mit Sicherheit ihr Ziel erreichen wird.

Es muss darauf hingewiesen werden, dass diese Kampagne auch für die Eröffnung des Weges in die Freiheit für die Völker aus Anatolien und Mesopotamien steht.

Es gibt keinen anderen Weg

Diese Demonstrationen und Aktivitäten stehen dafür, eine international relevante Persönlichkeit zu befreien. Sowohl das Ziel als auch seine Auswirkung ist groß. Deshalb bilden die durchgeführten Veranstaltungen eine Sequenz von Handlungen, die wichtig sind und genauso vielerlei Risiken in sich bergen. Es wird eine schwierige und mühsame Kampagnenphase sein. Vor dem Hintergrund, dass der Krieg ununterbrochen anhält, sind die Schwierigkeiten dieser Kampagne vorprogrammiert. Aber ist es nicht die Aufgabe der Menschen, schwierige Aufgaben zu bewältigen?

Nicht die Erfüllung einfacher und gewöhnlicher Aufgaben hat die Menschheit bis in die Gegenwart getragen, auch wenn sie sicherlich ihren Beitrag geleistet haben. Es war die Bewältigung großer Herausforderungen, mit der die Zeit verändert, die soziale Struktur auf den Kopf gestellt wurde und die ausschlaggebend war. Das waren die wichtigsten und zielgerechtesten Handlungen der Menschheit, die also die Geschichte verändert und geprägt haben.

Die Demonstration und die Kampagne für die Freiheit Nelson Mandelas, die ihr Ziel erreichte, sind überaus wichtig für unsere Phase und sollten näher betrachtet werden. Wenn Mandela nicht die Freiheit erlangt hätte, wäre ein Frieden in Südafrika nicht möglich geworden, genauso hätte es keine Hoffnung auf ein friedliches Zusammenleben von Schwarzen und Weißen gegeben, was wir alle wissen. Also würde der Kampf zwischen Schwarzen und Weißen dort wie damals weitergehen.

Resultate der Aktivitäten

Nach regen Vorbereitungsarbeiten wurde eine Reihe politischer Aktionen geplant. Es war wichtig, eine für die Lösungsperspektive, die Freiheit Abdullah Öcalans günstige Atmosphäre herzustellen. Der lange sowie äußerst aufwändige und riskante Demonstrationszug von Genf nach Strasbourg zwischen dem 31. Januar und 15. Februar 2012 war eine Folge dieser Bestrebungen. Dem kalten Winter zum Trotz nahmen die DemonstrantInnen diese besonders schwere Last auf sich, um die Demonstration erfolgreich abzuschließen. Diese von enormer Willensstärke getragene Aktion bot auch die Grundlage für weitere Aktivitäten.

Nach dem langen Demonstrationszug begann am 1. März 2012 der unbefristete Hungerstreik kurdischer AktivistInnen. Diese mindestens genauso beschwerliche und gefährliche Aktion wurde sehr erfolgreich durchgeführt. Es war eine lebensgefährliche Kundgebung, die einige der AktivistInnen an den Rand des Todes führte, sie dauerte 52 Tage und wurde von mehreren anderen politischen Aktivitäten begleitet, wie befristeten Hungerstreiks, Demonstrationen und Besetzungen in mehreren Städten. Positive Folge dieser Aktion waren vor allem auch die wichtigen und bedeutenden öffentlichen Diskussionen um dieses Thema.

Im Laufe dieser 52 Tage kam es zu einer Reihe diplomatischer Treffen und Gespräche. Dutzende Abgeordnete auf allen politischen Ebenen, BürgermeisterInnen und VertreterInnen von NGOs zeigten reges Interesse. FunktionsträgerInnen wurden im wahrsten Sinne des Wortes wachgerüttelt. Nachdem die besagte Aktion ihr Ziel erreicht hatte, wurde sie erfolgreich beendet. Der Unterschied dieser Aktivität zu anderen war ihre äußerst wichtige Absicht. Im Vergleich dazu waren andere Aktivitäten taktische Aktionen im direkten Zusammenhang aktueller politischer Ereignisse. Sie wurden zyklisch durchgeführt, waren von kurzer Dauer und hatten entweder direkten Protestcharakter oder dienten dazu, spontan Unmut zu äußern.

Dabei handelt es sich um eine Reihe strategischer Aktionen, die ein politisches Resultat mit sich bringen sollen. Sie sollen Hürden vor der Lösung der kurdischen Frage beseitigen, und dazu dienen, eine strategische Lösungsperspektive zu gewinnen.

Aktuelle Aktivitäten

Am 25. Juni begann die Mahnwache vor dem Europarat in Strasbourg. Sie wird bis zur Freiheit Abdullah Öcalans anhalten. Zudem startete am 8. September die Bustour »Freiheit für Öcalan« und machte bis zu ihrer Abschlussveranstaltung am 24. November in Düsseldorf in über 60 Städten in Frankreich, Deutschland, den Niederlanden, Belgien, Skandinavien, Österreich, der Schweiz und Italien Station. Dabei wurde der Bus in den jeweiligen Städten von den wartenden Menschen empfangen, die in den Stadtzentren kulturelle und politische Kundgebungen abhielten.

Am 12. September begannen 67 Gefangene aus PKK und PAJK in sechs türkischen Gefängnissen einen unbefristeten Hungerstreik für die Freiheit Öcalans und die Anerkennung der Rechte des kurdischen Volkes. Mit jedem Tag wuchs die Zahl der hungerstreikenden Gefangenen. Am 5. November erreichte der Streik seinen Höhepunkt. Von diesem Tag an wurde er insgesamt von über 10 000 kurdischen politischen Gefangenen geführt. Ebenso schlossen sich außerhalb der Gefängnismauern zahlreiche Menschen dem unbefristeten Hungerstreik an, darunter mehrere Abgeordnete der BDP. Nach einem Aufruf Abdullah Öcalans konnte der Hungerstreik beendet werden, bevor es zu Toten kam.

Nicht nur das kurdische Volk erkennt die Rolle des kurdischen Repräsentanten Öcalan für den Frieden an und fordert seine Freiheit. Am 6. September 2012 starteten international bekannte Persönlichkeiten eine weltweite Unterschriftenkampagne. Unter den ErstunterzeichnerInnen befinden sich PolitikerInnen, SchriftstellerInnen, AkademikerInnen, MenschenrechtlerInnen, NGO-VertreterInnen u. v. m. (mehr unter www.freeocalan.org)

Das kurdische Volk als Häftling auf Imralı

Imralı ist ein Gefängnis, in dem in der Person Öcalans symbolisch das ganze kurdische Volk gefangen gehalten wird. Das Imralı-System ist eine äußerst bewusst und zielstrebig gegen die KurdInnen eingesetzte Taktik, mit der ihr Wille zu brechen versucht wird. Die Isolation und Folter, die Öcalan auf Imralı tagtäglich erfährt, erträgt er symbolisch für das gesamte kurdische Volk. Imralı muss als ein Zentrum der Assimilations- und Vernichtungspolitik des türkischen Staates gesehen werden. Das kurdische Volk wird hier still und heimlich assimiliert und gefoltert.

Die Lage ist äußerst ernst und gefährlich. Die KurdInnen sind an einem Punkt angelangt, an dem sie sich aus dieser Situation befreien wollen. Dies ist dann geschehen, wenn Öcalan wieder frei ist. Es ist ganz wichtig zu wissen, dass seine Freiheit der einzige Weg zur Freiheit des kurdischen Volkes ist. Öcalan ist nicht einer von vielen Häftlingen, er ist der legitime Vertreter eines Volkes, das sich gegen Unrecht und Assimilationspolitik erhoben hat. Er hat den KurdInnen ihre Rechte und den Widerstand gelehrt, d. h. das kurdische Volk ist mit ihm verhaftet.

Die Kampagne muss alle erreichen

Das internationale Komplott vom 9. Oktober 1998 war ein Versuch, das kurdische Volk erneut zu unterjochen. Das Komplott gegen Öcalan läuft in seinem vierzehnten Jahr. Es ist wichtig, den für das Komplott Verantwortlichen zu beweisen, dass sie ihre Ziele verfehlt haben. Dafür muss die Kampagne mit Erfolg durchgeführt werden. Es kann keine andere Antwort auf die kurdische Frage geben als die Freiheit Öcalans.

Die jetzige Situation ist auch für die Türkei kein Idealzustand, das Land befindet sich in einer Zwangslage. Wer kann diesen unberechenbaren Zustand und diese Ungerechtigkeit ändern? Die AKP oder Tayyip Erdoğan? Die aktuelle Regierung?

Nein, die bestimmt nicht! Das ist nur möglich durch die Freiheit des kurdischen Volkes, durch die Freiheit Öcalans und durch die gemeinsame kurdisch-türkische Existenz in einem Gebilde. Das ist nur möglich mit gegenseitigem Respekt, Vertrauen und Gerechtigkeit und der Überzeugung von der Freiheit Öcalans. ♦

Verlauf und Resümee einer Aktion:

10 000 kurdische politische Gefangene im Hungerstreik

Can Çîçek

In der Türkei lässt sich aus kurdischer Sicht eine den Zeiten des Militärputsches vor 32 Jahren ähnliche politische Landschaft verzeichnen. Jegliche politische Betätigung von Kurdinnen und Kurden wird auf das Terrain der Illegalität gedrängt. Ihre systematische Kriminalisierung zählt erneut zur Hauptagenda des türkischen Staates, was durch die jetzige Regierung der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) wahrscheinlich auf den Gipfel getrieben worden ist – über 9 000 politische Inhaftierungen von KurdInnen in den letzten 3½ Jahren. Die gewaltsame Repression der kurdischen Bevölkerung fand mit der Bombardierung von Roboskî (Ortasu), bei der 34 Zivilisten ihr Leben ließen, ihren mutmaßlichen Höhepunkt. Die Verhandlungen der AKP mit der PKK und Abdullah Öcalan erwiesen sich als taktisches Manöver, um ihren gravierenden Stimmenverlust in den kurdischen Gebieten aufzuhalten und ihr Machtmonopol zu festigen. Nach der Wahl wurden die Gespräche mit Imralı abgebrochen und Abdullah Öcalan einer Totalisolation unterzogen. Angesichts der immensen Bedeutung Abdullah Öcalans, in dem die meisten KurdInnen ihren politischen Repräsentanten sehen, und seiner Rolle als Schlüsselfigur in einem möglichen Friedensprozess hatte dieses Vorgehen der AKP-Regierung dramatische Auswirkungen.

Am 12. September diesen Jahres, genau 32 Jahre nach dem Militärputsch, begannen 67 Gefangene aus der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) und der Frauenfreiheitspartei Kurdistans (PAJK) einen unbefristeten Hungerstreik in den türkischen Gefängnissen, um dem faschistischen, menschenverachtenden und gewaltsamen Vorgehen der AKP-Regierung ein Ende zu setzen, wie ihrer Erklärung zu entnehmen ist.[1] Ihre Forderungen lauteten: Aufhebung der Totalisolation Abdullah Öcalans, Gewährleistung seiner Gesundheit, Sicherheit und Freiheit sowie umfassende Anerkennung der kurdischen Sprache, was sowohl das Recht auf Bildung in der kurdischen Muttersprache als auch die Verteidigung vor Gericht auf Kurdisch impliziert. Letzteres sollte in erster Instanz ermöglicht werden.[2]

Lange Zeit ließ die türkische Regierung die Forderungen der Hungerstreikenden unbeachtet. Infolgedessen beteiligten sich in den anschließenden Tagen und Wochen hunderte weitere Gefangene am Hungerstreik. Zwischenzeitlich wandte sich die Türkische ÄrztInnenvereinigung (TTB) mit einem Gesuch an das Justizministerium, um die Streikenden im Gefängnis besuchen zu können. Der TTB-Vorsitzende Özdemir Aktan kennzeichnete indessen deren Aktion »nicht als Hungerstreik, sondern als Todesfasten«[3], da die Gefangenen mehrheitlich die Einnahme des lebensnotwendigen Vitamins B1 verweigerten. Einem Untersuchungsbericht[4] des Menschenrechtsvereins (IHD) in der Türkei zufolge wurden die hungerstreikenden Gefangenen in vielen Gefängnissen in Form von Misshandlungen und Übergriffen durch die Gefängniswärter systematisch psychischem und physischem Druck ausgesetzt. Folglich wurde somit darauf abgezielt, den Hungerstreik zu brechen.

Anstieg auf 715 Hungerstreikende

Mittlerweile hatte der unbefristete Hungerstreik 40 Tage hinter sich gelassen. Mit jedem Tag beteiligten sich daran weitere Gefangene. Nicht nur Gefangene aus PKK und PAJK, sondern ebenso gewählte ParlamentarierInnen, BürgermeisterInnen, JournalistInnen und RechtsanwältInnen. Am 41. Tag wurde die Zahl der namentlich bekannten, sich im Streik befindlichen Gefangenen auf 715 beziffert. Darunter neben dem Bürgermeister von Wan (Van), Bekir Kaya, auch die inhaftierten Abgeordneten der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) Gülseren Yıldırım und Faysal Sarıyıldız. Der Gesund-

1 http://firatnews.com/index.php?rupel=nuce&nuceID=68217

2 Seit Monaten stagnieren die KCK-Gerichtsverfahren, da die Gefangenen auf der Verteidigung in ihrer kurdischen Muttersprache bestehen, was vom Gericht unterbunden wird. In den Prozessprotokollen wird die kurdische Sprache als »unbekannte« oder »nicht zu verstehende« Sprache bezeichnet.

3 http://civaka-azad.org/index.php/pressemitteilungen/163-pm-pkk-und-pajk-gefangene-seit-ueber-40-tagen-im-hungerstreik.html

4 http://www.firatnews.com/index.php?rupel=nuce&nuceID=70809

heitszustand vieler Gefangener hatte mittlerweile eine lebensbedrohliche Stufe erreicht.

In der Folge weiteten sich die Proteste aus. Vor nahezu sämtlichen Gefängnissen, in denen Hungerstreikende arrestiert waren, zogen Mahnwachen auf. Obwohl ihre aufgestellten Zelte zumeist gewaltsam von der staatlichen Polizei geräumt und zerstört wurden, richteten die Angehörigen der Hungerstreikenden sie erneut auf. Täglich wurden in sämtlichen Städten Nordkurdistans und ebenso in fast allen Städten der Türkei Solidaritätsdemonstrationen durchgeführt. Die gewaltsame Unterbindung durch die türkische Polizei führte zu heftigen Straßenschlachten zwischen den staatlichen Sicherheitskräften und den DemonstrantInnen. Die Bilder ließen an den bürgerkriegsähnlichen Zustand der 90er Jahre erinnern. Aus sämtlichen Gesellschaftsbereichen, ob von Studierenden, GewerkschafterInnen, Linken, FeministInnen etc., wurde Solidarität in Form mehrtägiger Hungerstreiks gezeigt und Unterstützung für die Forderungen der Hungerstreikenden geäußert.

Internationale Proteste

Ebenso wurden die Proteste in der internationalen Öffentlichkeit lauter. Die weltweit agierende Menschenrechtsorganisation Amnesty International und die Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) sowie zahlreiche weitere Organisationen appellierten an die türkische Regierung, auf die Forderungen der Hungerstreikenden einzugehen. Die internationalen Medien fingen an, kontinuierlich über den Hungerstreik in den türkischen Gefängnissen zu berichten. Solidaritätserklärungen aus zahlreichen Ländern der Welt gingen an die kurdischen Hungerstreikenden. Auf Mahnwachen in allen größeren europäischen Städten wurden mehrtägige Solidaritätshungerstreiks durchgeführt. In Brüssel kamen tausende KurdInnen aus ganz Europa zu einer Großdemonstration zusammen. Anlässlich des Deutschlandbesuchs von Tayyip Erdoğan versammelten sich mehrere Tausend ArmenierInnen, AramäerInnen, AlawitInnen und KurdInnen gemeinsam in Berlin, um gegen den Besuch des türkischen Ministerpräsidenten und für die Forderungen der



Amed: An den Protesten zum Hungerstreik und für die Durchsetzung der Forderungen haben sich täglich Tausende beteiligt Foto: DIHA

Hungerstreikenden zu demonstrieren. Während hier scharfe Töne gegen die türkische Regierung und Erdoğan zu hören waren – u. a. sprachen Grünen-Vorsitzende Claudia Roth und LINKE-Fraktionsvorsitzender Gregor Gysi, die sich mit den Hungerstreikenden solidarisierten –, empfing Bundeskanzlerin Merkel den türkischen Premier im Kanzleramt.

Leugnung des Hungerstreiks

Auf der anschließenden Pressekonferenz wurde Erdoğan, der zunächst erklärte, dass die Zusammenkunft mit Bundeskanzlerin Merkel primär der Bekämpfung der kurdischen Freiheitsbewegung als Gegenleistung für wirtschaftliche Privilegien gedient habe, mit der Frage eines kurdischen Journalisten zur aktuellen Situation des Hungerstreiks konfrontiert. Er antwortete mit der Leugnung des Streiks: »So etwas gibt es nicht. Dies ist alles nur Show.« Zur selben Zeit erklärte der türkische Justizminister Sadullah Ergin bei einer Zusammenkunft mit seiner deutschen Amtskollegin Leutheusser-Schnarrenberger, dass sich zu dem Zeitpunkt insgesamt »683 Gefangene in 66 Gefängnissen im Hungerstreik«[5] befänden.

Widersprüche zwischen Gül und Erdoğan

Zwei Tage zuvor hatte sich Erdoğan nach 48 Tagen das erste Mal zum Hungerstreik geäußert und mit der Aussage »Es gibt niemanden, der hungert, jeder isst alles« seine ignorante Haltung bekräftigt. Er hatte explizit auf seine Quelle hingewiesen, seinen Justizminister, der dort gewesen sei. Da dieser eben nicht nur von einem laufenden Hungerstreik sprach, sondern sogar die Zahl der partizipierenden Gefangenen genau beziffern konnte, titelten zahlreiche Publikationen, sowohl im türkischen Inland als auch im Ausland, spöttisch mit den Äußerungen des türkischen Ministerpräsidenten. Keineswegs machte der Justizminister als Einziger Erdoğan widersprechende Aussagen, genauso erschien die Wortwahl des türkischen Staatspräsidenten Abdullah Gül. Exemplarisch dafür Güls Äußerung während eines Gesprächs mit einem Gewerkschaftsvertreter, dass es sich bei dem Hungerstreik um ein sehr wichtiges Thema handele: »Darum muss sich gekümmert werden, ansonsten wird die Lösung in noch weitere Ferne gerückt. Ich verfolge diese Angelegenheit aus der Nähe.« Und sondergleichen dieses Statement zeitgleich mit den Äußerungen Ergins in Ankara und dem Dementi Erdoğans in Berlin. Schon seit Längerem sind Diskrepanzen zwischen den beiden führenden türkischen Staatsmännern zu beobachten. Dabei äußert sich Gül fortdauernd gegensätzlich zu den Unternehmungen Erdoğans, und das oftmals mit latenter Kritik an der immer autoritaristischeren Politik des Ministerpräsidenten versehen. Ob die Bemerkung Güls zum Hungerstreik aus Konkurrenz zu Erdoğan oder aus humanistischen Gründen fiel, muss von anderer Stelle beantwortet werden. Jedoch schien deutlich zu werden, dass die Weltöffentlichkeit und die gesamte Bevölkerung der Türkei über den Hungerstreik der kurdischen politischen Gefangenen Bescheid wussten, aber der Ministerpräsident entweder desinformiert war oder von all dem einfach nichts wissen wollte.

5 http://civaka-azad.org/index.php/analysen/nordkurdistan-und-tuerkei/181-widersprueche-in-der-tuerkischen-politik.html

10 000 Gefangene im Hungerstreik

Angesichts dessen, dass sich der Hungerstreik mittlerweile zum zentralen Thema der türkischen Medien entwickelt und die Protestwelle gegen die Erdoğan-Regierung weiter zugenommen hatte, ist letztere Vermutung wahrscheinlicher. Mittlerweile überwand die Protestsphäre die kurdischen und linken Kreise. Ebenso begannen die intellektuellen und liberalen Teile der Gesellschaft, Anteil zu nehmen am Protest der Hungerstreikenden. Auch innerhalb der Gefängnismauern wuchs die Solidarität für den unbefristeten Hungerstreik, dem sich zahlreiche Mitglieder verschiedenster sozialistischer Organisationen anschlossen. Indes war ein Wechsel in der Rhetorik Erdoğans zu erkennen. Nachdem er den Hungerstreik die ganze Zeit über geleugnet hatte, drohte er inzwischen den Gefangenen mit der Wiedereinführung der Todesstrafe. Damit signalisierte er seine Position zu einer Hauptforderung der Gefangenen, die Freiheit von Abdullah Öcalan zu gewährleisten. Zudem drohte er, zur Not auch gewaltsam gegen die hungerstreikenden Gefangenen zu intervenieren. Die Antwort der Hungerstreikenden ließ nicht lange auf sich warten, sie kam am 5. November, dem 55. Tag des Hungerstreiks. In einer Pressemitteilung erklärte der Sprecher der Streikenden, Deniz Kaya, dass sich von jenem Tag an 10 000 Gefangene im unbefristeten Hungerstreik befänden.

Ausdehnung der Protestaktion

Desgleichen wurden die Protestaktionen in Nordkurdistan und der Türkei intensiviert. Hunderte Menschen schlossen sich dem Hungerstreik an. Darunter zahlreiche BürgermeisterInnen und Abgeordnete der BDP, die sich im Gebäude des Kongresses für eine Demokratische Gesellschaft (DTK) in Amed (Diyarbakır) aufgrund des gewaltsamen Vorgehens der staatlichen Polizeikräfte verbarrikadieren mussten.

Dem täglich steigenden öffentlichen Druck geschuldet sah sich die türkische Regierung gezwungen, nun doch Schritte in Richtung der Forderungen der Gefangenen einzuleiten. In diesem Rahmen wurde am 14. November, dem 63. Streiktag,

eine Gesetzesvorlage im türkischen Parlament eingebracht, wonach Angeklagten in eingeschränkter Weise das Recht auf Verteidigung vor Gericht in ihrer kurdischen Muttersprache gewährt werden soll. Die Hungerstreikenden erklärten, diese Gesetzesänderung stelle keine wirkliche Verbesserung dar und sie würden deshalb konsequent an ihrer Aktion festhalten.

Beendigung des Hungerstreiks

Am 17. November sendeten sämtliche türkischen und kurdischen Nachrichtensender beinahe zeitgleich die Eilmeldung, Abdullah Öcalan habe zur Beendigung des Hungerstreiks aufgerufen. Mehmet Öcalan hatte seinen Bruder im Gefängnis auf Imralı besuchen dürfen und nach seiner Ankunft auf dem Festland den JournalistInnen dessen Botschaft übermittelt: »Die Hungerstreikaktion ist sehr bedeutsam. Sie hat ihr Ziel erreicht. Ohne jegliche Zeit zu verlieren, soll der Streik beendet werden.« Am folgenden Tag, dem 67. Tag ihrer Aktion, leisteten die Gefangenen dem Aufruf Öcalans Folge und erklärten, den Hungerstreik zu beenden. Der Widerstand werde in anderen Formen weitergeführt werden.[6]

Bewertung und Ausblick

Dabei beruht der Erfolg nicht auf der scheinheiligen Gesetzesänderung der AKP-Regierung, nach der Angeklagte, die ihre Verteidigung vor Gericht in ihrer Muttersprache führen wollen, dies nun mit bestimmten Einschränkungen und der richterlichen Willkür überlassen gegen Entgelt dürfen.[7] Vielmehr wurde demonstriert, dass die Forderungen der Freiheit für Abdullah Öcalan und des Rechts auf Bildung in der Muttersprache nicht nur von der kurdischen Bevölkerung, sondern ebenso von der türkischen Öffentlichkeit Unterstützung erfahren haben. Somit ist Abdullah Öcalan erneut als wichtigster politischer Akteur und Ansprechpartner in der kurdischen Frage bestätigt worden. Genauso ist die Legitimität des Postulats nach kurdischer Schulbildung durch die türkische Öffentlichkeit gestärkt worden. In dieser Hinsicht ist die Strategie der AKP-Regierung, mit dem sogenannten »politischen Genozid«[8] die Organisierungskraft des Volkes zu brechen, durch die kontinuierlich andauernden Massenproteste ins Leere laufen gelassen worden. Das Volk hat bewiesen, dass es in der Lage ist, sich selbst zu organisieren. Es wurde gezeigt, dass die Türkei weder der AKP noch der oppositionellen Republikanischen Volkspartei (CHP) bedarf, sondern über alternative Demokratiekräfte wie den Demokratischen Kongress der Völker (HDK)[9] verfügt, die Hoffnungsträger für die zukünftige Demokratisierung der Türkei darstellen. Daraus kann eine Botschaft des Hungerstreiks ersehen werden, dass, wenn sich die kurdischen demokratischen Kräfte und die demokratischen Kräfte der Türkei vereinen, die kurdische Frage gelöst und die Demokratisierung der Türkei vorangetrieben werden kann. Dies ist als wahrscheinlich größter Erfolg zu betrachten. Des Weiteren demonstrierte die kurdische Bevölkerung in allen vier Teilen Kurdistans zusammen mit den in der Diaspora lebenden KurdInnen eine geschlossene Einheit und führte während der Zeit des Hungerstreiks überall Kundgebungen und andere Aktionen durch, bei denen sie sich mit den Forderungen der kurdischen Gefangenen solidarisierte. Zusammengefasst lässt sich feststellen, dass die Aktion des Hungerstreiks einen wichtigen Schritt in Richtung einer Lösung der kurdischen Frage bedeutet hat, da verdeutlicht wurde, dass mit der aktuellen Liquidierungspolitik der AKP-Regierung das Problem nicht gelöst werden kann, sondern nur weiter verschärft wird. Nun gilt es abzuwarten, ob die AKP-Regierung einen Kurswechsel in ihrer Politik zur kurdischen Frage einschlagen wird – was selbst etliche regierungsnahe Zeitungen in ihren Analysen mutmaßten. ♦

Es wurde gezeigt, dass die Türkei weder der AKP noch der oppositionellen Republikanischen Volkspartei (CHP) bedarf, sondern über alternative Demokratiekräfte wie den Demokratischen Kongress der Völker (HDK) verfügt, die Hoffnungsträger für die zukünftige Demokratisierung der Türkei darstellen. Daraus kann eine Botschaft des Hungerstreiks ersehen werden, dass, wenn sich die kurdischen demokratischen Kräfte und die demokratischen Kräfte der Türkei vereinen, die kurdische Frage gelöst und die Demokratisierung der Türkei vorangetrieben werden kann.

6 http://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/pressekurdturk/2012/46/14.htm

7 http://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/pressekurdturk/2012/46/14.htm

8 Gemeint sind die sogenannten »KCK-Operationen« und die über 9000 in diesem Rahmen in den letzten 3½ Jahren erfolgten Inhaftierungen, darunter von 6 gewählten Abgeordneten der BDP, 36 BürgermeisterInnen und 77 JournalistInnen.

9 Beim Demokratischen Kongress der Völker (HDK) handelt es sich um einen breiten Zusammenschluss zahlreicher demokratischer Kräfte in der Türkei. Entgegen der eindimensionalen Staatsdoktrin der Türkei sieht der HDK Verschiedenartigkeit als Vielfalt an und setzt sich intensiv für sämtliche konfessionellen und ethnischen Minderheiten ein.

Eine Analyse der türkischen Ökonomie

Wirtschaftswunder als Seifenblase?



Ehmed Pelda, Wirtschaftsexperte und Journalist

Die Führung der Türkei rühmt sich oftmals selbst für die ökonomischen Entwicklungen in ihrem Land. Ministerpräsident Erdoğan spricht in fast jeder seiner Reden die ökonomische Entwicklung und Situation an und erwartet für das tägliche Brot bzw. diese Gabe im Gegenzug eine ergebene und ihm und seiner Politik gegenüber unkritische Haltung. Aus dieser Position heraus ignorieren er und seine AKP-Regierung politische, kulturelle, soziale wie auch demokratische Grundbedürfnisse und empfinden das gar als legitim.

Wir wollen für einen Moment eine gute bzw. befriedigende ökonomische Situation annehmen. Wir akzeptieren für diesen Moment auch, dass die angesprochenen Akteure sich selbst preisen, und gestehen ihnen dieses Recht zu. Es stellt sich hier jedoch die Frage, woher die AKP-Regierung und damit auch Erdoğan das Recht nehmen, andere Bedürfnisse der Bevölkerung zu beschneiden? Wäre es denn nicht eigentlich sinnvoller und einfacher, im Zuge einer ökonomischen Befriedung des Landes auch demokratische Reformen anzustoßen und sie auch umzusetzen? Die kurdische Frage und die damit einhergehende Ungleichheit und Diskriminierung in einem solchen Umfeld doch viel eher mit friedlich-demokratischen Mitteln zu lösen? Würde dann daraus folgend der EU-Beitrittsprozess einen positiveren Verlauf nehmen? Man könnte doch erwarten, dass der Arbeiter und Tätige in einer solchen ökonomischen Verfassung die Regierung würdigt und diese somit seiner Unterstützung sicher sein kann!

Dem ist allerdings nicht so. Die Realität bietet uns ein gegenteiliges Bild. Denn auf der Grundlage dieses ökonomischen Diskurses wird der Repressionsapparat deutlich verstärkt. Hat das AKP-System hier eventuell die Befürchtung, dass dann, wenn sich herausstellt, dass die ökonomische Situation bei weitem nicht so gut ist wie behauptet, keine Grundlage bzw. Legitimation mehr für den Repressionsapparat besteht?

Nun wollen wir zu dem Thema kommen, mit dem sich der Ministerpräsident häufig selbst lobt. Dabei handelt es sich um die angeblich immens gestiegene Wirtschaftskraft der Türkei, wonach diese nun weltweit an 16. Stelle steht. Die Grundtendenz entspricht dem auch, denn die Türkei hat wirtschaftlich aufgeholt. Zwei Aspekte jedoch fordern bei dem Ganzen zum Widerspruch heraus. Erstens beruht diese ökonomische Einstufung oder auch Bewertung auf statistischem Datenmaterial des türkischen Statistikinstituts TÜIK (Türkiye İstatistik Kurumu), das mit großer Wahrscheinlichkeit nicht haltbar bzw. unabhängig sein dürfte. Allein dieses Thema wäre einer eigenen Analyse wert.

Weiterhin stellt sich auch die Frage – vorausgesetzt, die Türkei ist die sechzehntgrößte Volkswirtschaft der Welt –, welche Volksökonomien rangieren vor und nach ihr? Laut IWF sind es Indonesien an 15. und der Iran an 17. Stelle, sie liegt also im Bereich der Entwicklungsländer. Dem war doch auch vorher so, so dass hier wohl kein wirklicher Unterschied zugrunde liegt! Ein weiterer Aspekt ist, dass die Volksrepublik China an 3. und Indien an 4. Stelle vor Deutschland die größten Volkswirtschaften der Welt stellen. Bedeutet dies, dass diese Staaten im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland einen höheren Wohlstand, Beschäftigungsgrad, technischen Fortschritt oder auch Bildungsstand vorzuweisen haben? Was wir hier hervorheben wollen, ist der Umstand, dass die IWF-Liste und damit der 16. Platz auf ihr sich nicht als Maßstab für die reale Wirtschaftskraft in der Bevölkerung eignen und somit auch nicht in den Fokus einer Regierung gehören. Denn laut dieser Liste liegt die Türkei im europäischen Vergleich auf Platz 6, so dass sich die Frage ergibt, ob die Türkei wohlhabender als die Schweiz, die Niederlande oder Schweden sein kann? Dies zu glauben, fällt allerdings arg schwer.

Das Wachstum des Bruttosozialprodukts (GSMH, Gayri Safi Millî Hasıla) der Türkei betrug seit 1982 laut der türkischen Staatskasse bzw. dem Finanzministerium:

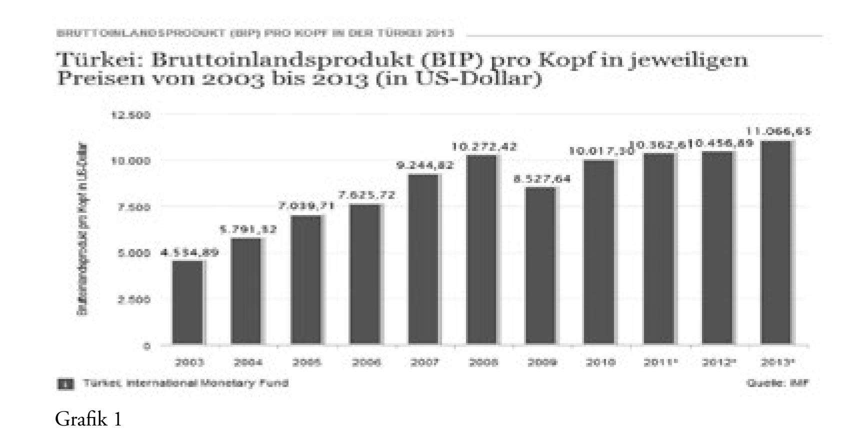
Zeitraum	Wachstum des BSP*
1982–1986	5,3 %
1987–1991	4,3 %
1992–1996	4,4 %
1997–2001	1,5 %
2002–2006	7,2 %
2007–2010	3,5 %

* laut türkischem Finanzministerium/Staatskasse (»Hazine«)

Wir wollen uns nun die Zeiträume genauer anschauen, in denen Wachstum zu verzeichnen war. Der erste wirtschaftliche Aufschwung fand im Anschluss an den Militärputsch von 1980 unter Leitung des faschistoiden Generals Kenan Evren statt. Der zweite wirkliche und zugleich auch größte Aufschwung ist eindeutig auf das Entwicklungsprogramm von Kemal Derviş, eines anerkannten Wirtschaftswissenschaftlers und ehemaligen Vizepräsidenten der Weltbank, zurückzuführen. Dieser wurde vom damaligen Ministerpräsidenten Ecevit zum Finanzminister ernannt und genoss aufgrund seiner Expertise dessen starke Unterstützung. Derviş hat als Finanzminister ein Umschuldungsprogramm eingeleitet, Kredite für sein Land beim Internationalen Währungsfonds und bei der Weltbank erwirkt, überschuldete Banken geschlossen und für Kapitalzuschüsse bei sanierungsfähigen Banken gesorgt, so dass das türkische Wirtschaftswachstum 2002 wieder knapp 8 % betrug. Auch das deutsche Auswärtige Amt erkannte diese Tatsache an und bemerkte dazu: »Haushaltspolitisch knüpft die türkische Regierung an die auf Stabilität ausgerichtete disziplinierte Fiskalpolitik früherer Jahre an.« In dieser Phase bestand der Beitrag der AKP-Regierung darin, das Programm nicht anzutasten und in Sachen EU-Beitritt, kurdische Frage, Armenierfrage und dem damit zusammenhängenden Genozid sowie Zypernfrage versöhnliche Töne anzuschlagen und positive Absichten anzudeuten. Das heißt, die Absichtserklärung hat ausgereicht, um die wirtschaftlichen Entwicklungen nicht zu gefährden.

Entgegen der berühmten Äußerung Recep Tayyip Erdoğans inmitten der galoppierenden EU-Schuldenkrise, die Krise werde die Türkei nicht einmal tangieren (TRT Haber vom 10.08.2011), können wir festhalten, dass im Zeitraum 2007–2010 das zweitschwächste Wachstum innerhalb der letzten 30 Jahre zu verzeichnen war. Hiermit wäre auch die ökonomische These Erdoğans widerlegt, wonach die Türkei im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum über die potenteste Ökonomie verfüge, so dass sich kein Mechanismus und damit auch die Finanz- und Wirtschaftskrise real nicht auswirken könne. Aufgrund der unzuverlässigen und wohl auch staatlich manipulierten Statistiken kann in der Türkei auch nicht die Rede von realer Wirtschaft sein. Es bestehen keine Mechanismen, die mittelfristig ökonomische Stabilität herbeiführen oder auch Arbeitslosigkeit verhindern könnten. Dies unterscheidet eben die türkische von vielen der großen Volkswirtschaften.

Wenn die türkische Ökonomie real derart stark wächst und somit auch an Bedeutung gewinnen sollte, warum liegt dann nicht einmal eine Einladung der BRIC-Staaten *[Brasilien, Russland, Indien, China]* vor? Denn diese stellen die aufstrebenden Ökonomien dar. Laut Wachstumsbericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ist die reale türkische Wirtschaft im Wachstum befindlich (Grafik 1):



Grafik 1

Damit könnte man sich loben und zufriedengeben. Allerdings stellt sich auch hier eine Frage, und zwar die, woher denn das Wachstum rührt. Laut OECD-Bericht ist die größte Wachstumsquelle und damit auch die Garantie für ein mittel- bis langfristiges Wachstum für diese aufstrebenden Länder das produzierende Gewerbe, die Industrie. In diesem Fall steht es schlecht um die Türkei, da sie ihrer eigenen Zentralbank (TCMB, Türkiye Cumhuriyet Merkez Bankası) zufolge im produzierenden Gewerbe aktuell nicht einmal eine Auslastung der Kapazität wie vor 2007 erreicht hat. Damit bleiben als Quelle des Wachstums nur noch der Dienstleistungssektor und der Konsum übrig. Wir wissen jedoch allzu gut, dass die Türkei, um konsumieren zu können, nicht produziert, sondern sich immens verschuldet. Wenn wir uns den Verschuldungsgrad in der Türkei anschauen, werden wir feststellen, dass so gut wie alle Familien und Individuen im Mittel- und Niedriglohnsektor hoffnungslos überschuldet sind. Hierzu merkt der Journalist Boris Kálnoky am 23.08.2012 in der Zeitung Die Welt an: »Das Stichwort ›Realeinkommen‹ ist ein wunder Punkt für die Regierung: Zwar stimmt es, dass die Einkom-

men stark gestiegen sind, aber die Inflation bleibt beträchtlich (rund neun Prozent zum Stand Juni, die Regierung möchte fünf Prozent erreichen). Die relativ hohe Inflation bedeutet, dass der Einkommensanstieg seit 2002 zu einem großen Teil von der Inflation wieder aufgefressen wurde.«

Nun wollen wir uns auch statistisch haltbareren Kennzahlen zuwenden, die von der EU stammen, um uns so ein reelleres Bild der türkischen Wirtschaft machen zu können. In Anbetracht des Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Kopf werden wir feststellen, dass unter anderem 27 EU-Staaten ein höheres BIP vorzuweisen haben als die Türkei, darunter gar welche der kleinsten wie Litauen und Lettland. Die Türkei befindet sich nach der Statistik des IWF auf Platz 31 (Grafik 2):



Grafik 2

Es wäre ein unmögliches Unterfangen, das gesamte mir vorliegende statistische Material zu analysieren und zu interpretieren. Fakt ist, dass die Türkei in allen Studien und Analysen gut dasteht. Dabei können wir ganz klar herausstellen, unter welchen Umständen diese Kennzahlen positiv ausfallen. Denn der positive Trend im statistischen Datenmaterial ist nicht auf das produzierende Gewerbe und die Industrie, die für eine nachhaltige Entwicklung vonnöten sind, zurückzuführen, sondern rein auf die Entwicklungen im Tourismus-, Banken-, Börsen- und Dienstleistungssektor. Dies wiederum führt zu düsteren Zukunftsaussichten für die türkische Wirtschaft, denn dadurch wird die negative Außenhandelsbilanz, die laut Bundesregierung bereits bei bedrohlichen 10,5 % liegt, aufgrund der sehr hohen Importe zuungunsten der gesamten Volkswirtschaft verändert. Wir wissen allzu gut, wozu eine negative Außenhandelsbilanz (siehe dazu Grafik 3) führen kann, und erst recht, wenn sie aktuell noch rapide zunimmt.

Folglich analysieren wir hiermit eine Volkswirtschaft, die mit ihrem Verschuldungsgrad weltweit ganz vorn rangiert. Uns allen ist spätestens seit der Euro-Schuldenkrise bestens bekannt, wohin ein zu hoher Verschuldungsgrad, unabhängig davon, wie er zustande gekommen ist, führen kann. Einen Staatsbankrott der Türkei anzunehmen, ist kein allzu fernes Szenario, wenn sich an der wirtschaftspolitischen, aber auch der allgemeinpolitischen Ausrichtung der AKP-Regierung nichts ändert. Denn es ist nur ein einziges Mal möglich, mit dem vorgeblichen guten Willen zu punkten, nun entscheidet allein und einzig die Praxis der AKP-Regierung über die Zukunft der türkischen Wirtschaft und damit einhergehend des Staates. Eine zugespitzte politische Krise haben wir seit den Kommunalwahlen von 2009 zu verzeichnen und seit 2010 eine labile wirtschaftliche Situation, die jederzeit wie eine Blase platzen kann. Dabei ist allein die Höhe der Auslandsverschuldung der Türkei mit über 323 Milliarden US-Dollar eine horrende Zahl. Daraus lässt sich für alle einfach schlussfolgern, dass die Türkei auf Pump boomt und die Krise somit unausweichlich ist. Dazu Boris Kálnoky vor knapp vier Monaten in der Zeitung Die Welt: »Seit dem Amtsantritt von Premier Erdoğan boomt die türkische Wirtschaft. Doch das Erfolgsrezept ist ebenso simpel wie gefährlich: Kredit ohne Ende.«

Die Beschaffenheit der türkischen Finanzwirtschaft

Auf Grundlage der im September 2012 vom türkischen Finanzministerium veröffentlichten Kennzahlen hat das Bruttosozialprodukt der Türkei inflationsbereinigt um 11,5 % zugelegt. Das stellt einen enormen, ja phänomenalen Anstieg des BSP dar. Des Weiteren ist der Gewinn börsennotierter Unternehmen im selben Zeitraum um 33 % gestiegen. Das kommentierte Güngör Uras am 27. November 2012 in der Zeitung Milliyet so: »… diese Gewinne haben nichts mit dem Wachstum der Wirtschaft zu tun. Obwohl sich das Wirtschaftswachstum deutlich verlangsamt, machen diese immer noch große Gewinne. Daraus resultiert auch das Interesse ausländischer Kapitalfonds an der Istanbuler Börse für bewegliche Werte (IMKB, İstanbul Menkul Kıymetler Borsası). Denn sie sammeln an der Börse die Wertpapiere hoch rentabler Unternehmen massenhaft ein. Bei einigen gezeichneten Unternehmen betragen die Anteile über den Zukauf von Wertpapieren nahezu 100 %. Denn rentable Unternehmen garantieren dem ausländischen Kapital eine lukrative Dividende.«

Besonders die Wertpapiere von Banken stoßen bei ausländischen Investoren auf reges Interesse, so dass diese beim Kauf dieser Wertpapiere eine klare Mehrheit besitzen. Als Folge dieser Entwicklungen verlangen die Banken, deren Geschäft es ist, Kredite zu vergeben, einen zu hohen Zins, so dass In-



Grafik 3

vestoren, die Fremdkapital für ihre Investitionen benötigen, es vorziehen, auf Kredite zu verzichten, und ihr eigenes Kapital spekulativ anlegen. Als Folge dessen verlagert auch der Produzent sein Kapital aus dem Produktionsprozess in die Finanzwirtschaft und legt es auf dem Finanzmarkt an, so dass er sein Kapital dem eigentlichen Zweck entzieht und dem Kreislauf Banken-Börse-Kredit-Zins zuführt. Die in der Türkei verstreuten Banken sind inzwischen als ein Mechanismus zu betrachten, der primär dazu übergegangen ist, landesweit nichts als Einlagen zu sammeln. Eine der markantesten Folgen dieses Kreislaufs ist, dass für Investitionen dringend benötigtes Geld dem Markt entzogen und dem Banken-Börsen-Kreislauf zugeführt wird. Es gilt festzuhalten, dass somit die Quelle für ein reales Wirtschaftswachstum fehlt, da dem Markt massenhaft reale Finanzmittel entzogen werden. Es mag sein, dass die Entwicklungen aufgrund des Wirtschaftswachstums auf den ersten Blick attraktiv erscheinen, doch ist es auch hier nur eine Frage der Zeit, bis die Blase platzt. Denn wenn wir uns die Eigenkapitalquote der türkischen Banken anschauen, werden wir feststellen, dass sie mittlerweile bei nur 13 % liegt. Die restlichen 87 % sind somit Fremdkapital, so dass wir uns ausmalen können, wozu diese Entwicklungen führen könnten.

In der Türkei gibt es insgesamt 48 zugelassene Banken. Von diesen sind 23 vollkommen in der Hand ausländischen Kapitals und bei weiteren 12 besitzt es einen erheblichen Anteil, so dass das internationale Kapital bei 35 der 48 türkischen Banken entweder das alleinige Sagen oder Mitsprache und Macht hat. Die in der Hand des internationalen Kapitals befindlichen Banken agieren mittlerweile wie die Filialen ausländischer Banken, die im Raum Istanbul darauf konzentriert sind, türkischen Nationalbanken und Investoren Kredite zu vergeben. Sie verfügen in der Türkei über kein Filialnetz und verfolgen auch keine Politik der Kreditvergabe an Mittelständler oder das produzierende Gewerbe. In ihrem Fokus stehen lediglich andere Banken und große Holdings.

Ein aktuelles Beispiel stellt die Halkbank dar, deren Anteile vor kurzem veräußert wurden. Die Verantwortlichen des Konsortiums hatten es klar vorgezogen, die Anteile an ausländisches Kapital zu veräußern, so dass auch über 80 % der Anteile auf diesem Wege ihre neuen ausländischen Eigner gefunden haben. Es bleibt anzumerken, dass die Investmentbanken, die in diesem Konsortium vertreten waren, rentable Unternehmen sind, die zu 91 % in der Hand ausländischen Kapitals sind. So ist dann auch aus zwei Richtungen ausländisches Kapital in die Türkei geflossen.

Eine Randnotiz können wir auch in Bezug auf das Gold anfügen, das im Gegenzug für Öl- und Gaslieferungen aus dem Iran dorthin geflossen ist, da aufgrund der Sanktionen eine Überweisung von Barmitteln nicht möglich war. Da das Gold auf der Seite der Exporte auftaucht, wird es zu einer minimalen Verschiebung der Außenhandelsbilanz führen. Kurz, es kaschiert ein wenig den Negativwert aus der Bilanz.

Nun gilt es, sich von den Kennzahlen zu trennen und einige Schlussfolgerungen zu ziehen.

Zu Beginn ist festzuhalten, dass die aktuelle Produktion bei weitem nicht das nötige Niveau hat, das für eine gesunde Volkswirtschaft dieser Größe vonnöten wäre. Der sich in der türkischen Ökonomie aufblähende Ballon wird zwangsläufig platzen. Denn die steigenden Werte, die ja die Entwicklungen wie in China oder Brasilien übertrumpfen, sind nicht real, so dass dies zu einem erheblichen Teil auf die finanzwirtschaftlichen Entwicklungen zurückzuführen ist. Denn wir haben keinen Anstieg in der Produktion und im Beschäftigungsverhältnis und damit auch keinen Anstieg des Reallohns.

Der erklärte Wohlstand ist primär auf den Verkauf von Werten und die Entwicklungen in der Finanzwirtschaft und damit auch an der Börse zurückzuführen. Diese Entwicklungen äußerten sich bis heute im Verkauf von Anteilen an das ausländische Kapital wie z. B. im Falle der angesprochenen 35 Banken, die nun entweder voll oder teilweise in der Hand internationalen Kapitals sind. Dabei ist in letzter Zeit der Verkauf unbeweglicher Werte vor allem an arabische Investoren auffällig.

Die Türkei kann aufgrund der Sanktionen gegen den Iran ein wenig Luft holen, da über 40 % ihres Energiebedarfs hier

gedeckt werden und nun die Forderungen mit Gold beglichen werden können, so dass die Außenhandelsbilanz etwas kaschiert werden kann und das dafür gedachte Kapital im Markt verbleibt.

Wenn wir uns die Kennzahlen genauer anschauen, werden wir im Finanz- und Lebensmittelsektor und bei den unverzichtbaren Produktionsgütern eine viel zu große Abhängigkeit der Türkei vom Ausland feststellen, so dass die Krise unter diesen Voraussetzungen jeden Tag ein Stück näher rückt. Der Abhängigkeit vom Ausland gegenüber kann die Wirtschaft lediglich im Tourismus- und im Dienstleistungssektor punkten. Das reicht aber bei weitem nicht aus, um die negative Außenhandelsbilanz auszugleichen, auch der Goldtransfer in Richtung Iran ist hierbei nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Realistischerweise müssen wir betonen, dass die Chancen der Türkei in ihrer Nachbarschaft zu Syrien, Iran und Irak liegen. Denn die politischen Krisen in diesen Staaten machen die Türkei als Bündnispartner für die NATO aus strategischer Sicht unverzichtbar. Daraus können wir schlussfolgern, dass die anderen NATO-Partner daher die Türkei stets stützen werden und somit ein Bankrott wohl kurzfristig durch Hilfen der wohlhabenderen Mitglieder ausgeschlossen werden kann. Denn diese können ihre Interessen in der Region am besten über die Türkei geltend machen. Wenn wir hierbei auch noch berücksichtigen, dass sich in Malatya eine NATO-Basis befindet und an der Grenze zu Syrien nun Patriot-Raketenabwehrsysteme stationiert werden, dann können wir davon ausgehen, dass der erklärte Wohlstand in der Türkei noch eine Weile gepriesen werden kann. Vor allem, wenn sogar noch weitere NATO-Basen und militärische Projekte auf dem Territorium der Türkei in Planung sind.

Die Krise wird erst akut werden, wenn entweder die Türkei sich geopolitisch vom Westen abzuwenden beginnt oder die türkische Wirtschaft auch mit Mitteln aus dem Westen nicht mehr zu stützen ist oder wenn eine Umgestaltung der politischen Struktur und Akteure in der Türkei vorgezogen wird. Erst dann wird ein Beben ausbrechen.

Wir dürfen nicht außer Acht lassen, dass es in der Türkei, während in anderen Ländern militärisch interveniert wurde, parallel zu einer finanzwirtschaftlichen Intervention des internationalen Kapitals gekommen ist. Fakt ist, dass andere Akteure als die Türkei selbst die Dynamik kontrollieren und die Fäden in der Hand halten. ♦



Karikatur aus Özgür Gündem von Halil Incesu

Im Irak Kerkûk, in Syrien Serê Kaniyê

Die Lösungen für die Probleme sind in den Ländern selbst zu suchen

Xalid Abdullah, Journalist, Westkurdistan 27.11.2012

Das Chaos im Mittleren Osten steigert sich vor allem im Irak und in Syrien. Auch wenn es durch den Waffenstillstand zwischen Israel und Hamas ein wenig ruhiger erscheint, reicht das jedoch nicht aus, dieses Bild zu verändern.

Der Krieg in Syrien, der in Damaskus, Homs und Heleb (arab. Aleppo) stattfindet, verlagert sich nun auch in die kurdischen Regionen. Seit Tagen gibt es Berichte über Kämpfe in Serê Kaniyê (Ras al-Ayn) und Umgebung. Die ca. 50 000 Einwohner des Bezirks von Serê Kaniyê, das offiziell zu Hesîçe (Al-Hasaka) gehört, leben größtenteils von der Landwirtschaft. In der hauptsächlich kurdisch bewohnten Gegend leben auch Assyrer, Armenier und Araber. Eine weitere Besonderheit dieses Bezirks im Nordosten Syriens ist der »Arabische Gürtel«. Mit diesem 1980 in der kurdischen Region entlang der türkischen Grenze realisierten Projekt war bekanntlich die Aufspaltung, Isolierung und Arabisierung der Kurden bezweckt worden. Dass dieser Gürtel auch heute noch genutzt wird, sagt einiges aus.

Türkei ist das Zentrum der Provokation

Die Auseinandersetzungen mit der Al-Şam-Brigade, die in Serê Kaniyê eingefallen war, trotz Warnungen die Bevölkerung angegriffen und den dortigen Volksratsvorsitzenden Abid Xelid brutal ermordet hatte, dauerten mit Unterbrechungen an. Sie soll bei den Auseinandersetzungen, die sich nach der Verlegung von Kräften der Volksbefreiungseinheiten (YPG) in die Region verschärft hatten, hohe Verluste erlitten haben. Oberbefehlshaber Riad al-Assad erklärte im Namen der Freien Syrischen Armee (FSA), dass die Al-Şam-Brigade nicht die Freie Syrische Armee vertrete. Die Glaubwürdigkeit dieser Aussage einmal dahingestellt – angesichts des Rückzugsraums und ihrer Positionierung ist offenkundig, dass es das türkische Gebiet ist, das sie nutzt. Denn der Vorsitzende des Exekutivrats der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK), Murat Karayılan, hatte in einem Interview mit ANF in der vergangenen Woche angedeutet, dass die Gruppen, die in Serê Kaniyê angegriffen haben, zwei Millionen Dollar von der Türkei erhalten hätten. Bekanntlich haben diese Gruppen, die dieselbe Linie wie Al-Kaida verfolgen, auch in Afrîn, Kobanî (Ain al-Arab) und Azaz ähnliche Provokationen versucht.

Ziel ist es, FSA und PYD aufeinanderzuhetzen

Wie uneinheitlich die einzelnen Gruppen innerhalb der FSA auch sind, so einheitlich gebärden sie sich jedoch in ihren Äußerungen und ihrer Einstellung, wenn es um die Kurden geht. Denn die federführende und leitende Rolle ist zentral dieselbe. Die AKP-Regierung und somit die Türkei haben das eigentliche Kommando übernommen. Die AKP-Regierung und vor allem Erdoğan waren von Anfang an für das Schüren von Auseinandersetzungen zwischen der FSA und der Partei für Demokratische Einheit (PYD). Ihre Syrienpolitik war von Beginn an darauf aufgebaut. Die Türkei erhofft sich auf diesem Weg, die kurdischen Errungenschaften zu zerstören.

Regime in Syrien ist zu keiner Politik fähig

Das syrische Regime, das sich außer mit dem inländischen Rückhalt nur noch durch die Unterstützung Russlands, Chinas und des Iran aufrechterhält, hat seine Politik, sich zu widersetzen, noch nicht aufgegeben. Diese Politik ist nicht nur unproduktiv, sondern von Tag zu Tag destruktiver. Hätten die Regimekräfte stattdessen eine Auffassung von einer syrischen Gesellschaft, die alle Identitäten und Kulturen einschließt, dann könnte sich die Lage ändern. Dann würde es den bewaffneten wie den ausländischen Kräften erheblich erschwert, sich im Inland einzumischen. Folglich kann das syrische Regime aus seiner aktuellen Position heraus keine Politik machen, sondern es öffnet allen anderen Tür und Tor für deren eigene Politik. Man könnte auch sagen, es lädt zu einem langjährigen Chaos ein.

Das Dicle-Kommando

Auch beim Nachbarn Irak beruhigt sich die Lage nicht. Die aus dem von Ministerpräsident Nuri al-Maliki geschaffenen und durch die Verfassung legitimierten »Dicle-Kommando« erwachsenen Widersprüche werden täglich größer. Nach der irakischen Verfassung ist die Armee der zivilen Autorität untergeordnet. Nach Artikel 61 derselben Verfassung »darf der Ausnahmezustand für längstens 30 Tage ausgerufen werden. Diese Dauer kann jedes Mal mit Zustimmung des Parlaments verlängert werden«. Das bedeutet also, dass al-Maliki ein solches Aufgebot legal zusammenstellen kann, aber für die Stationierung jedes Mal das Einverständnis des Parlaments einholen muss. Und diese aus drei Brigaden bestehenden Kräfte sollen in den für Konflikte bekannten Gouvernements Kerkûk, Diyala und Selahaddin (Salah ad-Din) stationiert werden. Sobald die dortigen regionalen dortigen militärischen Kräfte gestürzt werden, wird natürlich dort der Ausnahmezustand herrschen.

Artikel 140 wird ständig aufgeschoben

Eigentlich ist das Problem nicht neu. Nach der 2005 in Kraft getretenen irakischen Verfassung sollte nach Artikel 140 in Gebieten (Kerkûk, Diyala und Selahaddin), in denen die administrative Zuordnung zur Debatte stand, die Entscheidung in einem Referendum fallen. Vorgesehen war die Durchführung innerhalb von zwei Jahren, wurde aber jedes Mal verschoben.



Westkurdistan/Nordsyrien: ein fast normaler Alltag? Foto: DIHA

In den genannten Regionen war ab 2008 eine gemeinsame Militäreinheit unter US-Führung stationiert. Als die USA aus dem Staat und vor allem aus dieser Region abzogen, ging die militärische und politische Kontrolle natürlich auf die Kurden über. Und das ist es, was al-Maliki nicht hinnehmen will.

Bevölkerung will gemeinsames Kommando

Die Einheit und die Stabilität des Irak sind auf diese Frage fixiert. In der vergangenen Woche forderte das Volksparlament von Kerkûk statt des »Dicle-Kommandos« ein gemeinsames Kommando aus Kurden, Arabern, Turkmenen und Assyrern. Auch in anderen Städten fanden Versammlungen dieser Art statt. In allen wurde dieselbe Ansicht vertreten. Und das ist ja auch vernünftig. Eine andere Organisation wird assoziiert mit den früheren Kommandokräften und das will niemand mehr.

Kurdische Einheit hat sich gefestigt

Fassen wir zusammen: So wie die Geschehnisse in Serê Kaniyê die Bevölkerung in Westkurdistan und alle dortigen kurdischen, politischen Bewegungen zur Einheit gedrängt haben, so dienen auch die Ereignisse um das Dicle-Kommando der kurdischen Einheit in Südkurdistan. So sehr, dass Gruppen, die in der Vergangenheit gegeneinander kämpften, sich heute mit derselben Haltung vereinigen. Das Ergebnis dieser aktuellen Lage ist Präsident Celal Talabanis Reise, der nach Kurdistan ging und sich mit den regionalen staatlichen Vertretern, Parteien und anderen Gruppen traf. Aus beiden Punkten können Lehren für die nationale und demokratische Einheit aller Kurden gezogen werden.

Letztendlich sind die Lösungen für die Probleme der beiden Länder dort selbst zu suchen. Was Kerkûk für die Einheit des Irak bedeutet, das bedeutet Serê Kaniyê für die Einheit Syriens. An beiden Orten herrschen grundlegende demokratische Regeln, Gleichberechtigung und Toleranz. Die Lösung der Einheit liegt also in Recht und Freiheit. Nichts anderes als Zwang oder Vorherrschaft wird akzeptiert werden. Diese Region kann solche Praxis nicht mehr verkraften.

Es gilt von nun an zu verstehen, dass je mehr Freiheit und Demokratie entwickelt werden, um so mehr wird auch gesellschaftlicher Frieden und Einheit Bestand haben. Die Menschen dieser Region sehnen sich danach. ♦

Unsere Sicht der Situation in Syrien

Unser Projekt: die Demokratische Selbstverwaltung

Salih Muslim, Co-Vorsitzender der Partei der Demokratischen Einheit (PYD)

Es wird davon ausgegangen, dass die syrische Revolution im Jahre 2011 begann, aber wir, die kurdische Bevölkerung, glauben, dass unsere Revolution bereits am 12. März 2004 begann, als sich die kurdische Bevölkerung in Westkurdistan im Aufstand von Qamişlo (Al-Qamishli) gegen das unterdrückerische Baath-Regime vereinte. Der Widerstand des kurdischen Volkes, der ursprünglich in den Kellern und Gefängnissen des syrischen Geheimdienstes geleistet wurde, hat seitdem nicht aufgehört. Nazli Kajal wurde im April 2004 verhaftet und wir wissen bis heute nichts über ihren Verbleib; der Genosse Ahmad Husain Husain (Abu Cudi) starb in den Verliesen des Militärgeheimdienstes; Genossin Shilan Kobani und vier weitere Genossen starben durch die Hand des syrischen Geheimdienstes, ebenso Osman Suliman. Bei den Newroz-Feiern in Raga 2008 und 2010 wurden tausende KurdInnen verhaftet und gefoltert. Als 2011 die syrische Revolution begann, waren 1500 unserer AnhängerInnen und UnterstützerInnen in Gefängnissen und Verliesen des syrischen Geheimdienstes eingesperrt.

Als die syrische Revolution für Freiheit, Demokratie und Würde begann, waren wir KurdInnen diejenigen, die sie am dringendsten brauchten, und wir waren die Ersten, die sich an die Seite unserer syrischen Brüder und Schwestern stellten. Nach Einschätzung der Lage kamen wir gemeinsam mit unseren kurdischen Geschwistern und demokratischen arabischen Organisationen, die dieses Regime seit langem bekämpfen, zu der Überzeugung, dass die syrische Revolution friedlich bleiben sollte und dass wir für unsere Rechte mit demokratischen Mitteln unter dem Schutz der zivilen Selbstverteidigung kämpfen werden, um zu einem umfassenden zivilen Ungehorsam zu kommen.

Weil wir sehr genau wissen, wie brutal das Regime ist, müssen wir die Bewaffnung der Revolution unter allen Umständen vermeiden.

Um diese Vorstellungen umzusetzen, haben wir beschlossen, uns dem »Nationalen Koordinationskomitee für demokratischen Wandel der syrischen Kräfte« anzuschließen. Unsere Partei ist dort noch immer aktives Mitglied und hält an dessen Prinzipien und Strategien fest.



Unter Berücksichtigung der oben erwähnten Umstände müssen wir sowohl unsere Bevölkerung organisieren und auf die Zukunft vorbereiten als auch uns an der Revolution beteiligen. Also haben wir begonnen, die kurdische Bevölkerung in unserem Projekt zu organisieren, von dem wir meinen, dass es am besten dazu geeignet ist, die kurdische Frage in Westkurdistan und Syrien zu lösen: Wir nannten es »Demokratische Selbstverwaltung« und es wurde auf unserer dritten Konferenz 2007 angenommen. Gleichzeitig haben wir unsere Bevölkerung aber auch weiterhin auf die Revolution hin orientiert.

Doch unsere arabischen PartnerInnen waren nicht in der Lage, die Menschen entsprechend zu organisieren, und konnten die »arabische Straße« nicht kontrollieren. Durch die Anstrengungen des bestehenden Regimes und durch fremde Einmischung wurde die syrische Revolution von ihrem friedlichen Weg abgebracht und militarisiert. Das Ergebnis, das wir heute sehen, ist Folgendes: Durch den Kreislauf wechselseitiger Gewalt von Kräften des Regimes und bewaffneter Gruppen, der von externen Akteuren unterstützt wird, die ohne Rücksicht auf das Schicksal des syrischen Volkes ihre eigenen Interessen

und Ziele verfolgen, werden täglich Hunderte von Menschen getötet.

Wir, die kurdischen Kräfte, können unsere Bevölkerung, einschließlich aller anderen syrischen Bevölkerungsgruppen, die in den kurdischen Gebieten leben, wie die arabische, aramäische, assyrische und armenische, unter dem Dach der »Bewegung für eine Demokratische Gesellschaft« (TEV-DEM, Tevgera Civaka Demokratik) organisieren. In ihr sind zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen wie die Frauenorganisation »Yekîtiya Star«, die Jugendorganisation »Komeleya Ciwanên«, die »Stiftung der Familien der MärtyrerInnen« und Berufsverbände der ÄrztInnen, IngenieurInnen, HandwerkerInnen und anderer Berufe sowie lokale und regionale Räte und Kommunen der Dörfer und ländlichen Gebiete vertreten. Hinzu kommen die Zivilschutzkomitees, die in fast allen Regionen Westkurdistans eingerichtet wurden, für den Fall, dass durch bewaffnete Auseinandersetzungen in Syrien nahe den kurdischen Gebieten Sicherheitslücken entstehen.

Eine Besonderheit der kurdischen Gemeinschaft besteht darin, dass wir hier keine extremistischen religiösen Organisationen haben. Die kurdische Gemeinschaft besteht aus YezidInnen, AlawitInnen und Muslims. Darüber hinaus leben wir in unserer Gemeinschaft seit Tausenden von Jahren mit AssyrerInnen, ChaldäerInnen und ArmenierInnen zusammen.

Ein Ergebnis unserer Maßnahmen ist, dass wir sichere kurdische Gebiete geschaffen haben ohne die bewaffneten Zusammenstöße, die in anderen Teilen Syriens eine Flut von vertriebenen Menschen verursacht haben. Ungefähr eine halbe Million vertriebener KurdInnen und AraberInnen haben in den kurdischen Gebieten Zuflucht gesucht vor der Hölle der Gefechte zwischen der Armee des Regimes und den bewaffneten Gruppen, die unter dem Namen »Freie Syrische Armee« (FSA) kämpfen.

Deshalb haben wir in den kurdischen Gebieten Schwierigkeiten bei der Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten. Hinzu kommen Transportschwierigkeiten in anderen Teilen Syriens und auch die Schließung der Grenzen zur Türkei und der kurdischen Region im Nordirak, die abhängig von der jeweiligen politischen Laune erfolgt.

Wie die FSA koordinieren auch wir uns zum Schutz der Zivilbevölkerung mit Gruppen, die die syrische Armee verlassen haben, und wir verstehen einander. Aber es gibt andere Gruppen, die mit auswärtigen Akteuren verbunden sind und ihre eigenen Interessen verfolgen. Einige der Gruppen, die mit der Türkei in Verbindung stehen, arbeiten darauf hin, Spannungen in den kurdischen Gebieten zu erzeugen, und sie erkennen keinerlei demokratische Rechte der kurdischen Bevölkerung in Westkurdistan an.

Wegen seiner KurdInnen-Phobie konnte das türkische Regime in Zeiten guter Beziehungen zum syrischen Regime viele TurkmenInnen und beeinflussbare Menschen in seinem Sinne rekrutieren und es benutzt sie heute. Zusammen mit den Kräften des chauvinistischen Regimes, das die kurdischen Rechte in keiner Weise anerkennt, stören diese Leute die Atmosphäre in den kurdischen Gebieten. Andererseits ist die Freie Syrische Armee keine homogene Organisation, sondern ist unterschiedlich zusammengesetzt und hat keine vereinte Führung. Teile der FSA haben Verbindungen zu Saudi-Arabien, andere zu Katar oder zu Al-Qaida. Aber die meisten sind religiöse Fundamentalisten und nicht im Syrischen Nationalrat (SNC) vertreten. Das heißt, sie besitzen keine einheitliche politische Vertretung, und dies macht es uns unmöglich, mit ihnen in Dialog zu treten. Obwohl die westlichen Mächte sich sehr darum bemühen, eine politische Vertretung für diese Gruppen im Syrischen Nationalrat zu finden, ist es ihnen bislang nicht gelungen.

Wie bereits erwähnt, sind wir, die Partei der Demokratischen Einheit (PYD), durch die kurdischen Kräfte und Basisorganisationen in der Lage, unsere AnhängerInnen in der Bewegung für eine Demokratische Gesellschaft (TEV-DEM) zu organisieren. In semi-demokratischen Wahlen bestimmen wir Volksräte für Westkurdistan, die von der Ratsinstanz und einem Co-Vorsitz einer Frau und eines Mannes repräsentiert werden. Als politische Partei vertreten wir diese Struktur und sind den Beschlüssen des Rates verpflichtet. Auf der anderen Seite organisieren sich 16 syrische kurdische Parteien im Kurdischen Nationalrat Syriens (KNC).

Nach langen Gesprächen und Beratungen zwischen dem Parlament Westkurdistans und dem Kurdischen Nationalrat konnten wir schließlich mit der Erklärung von Hewlêr (Arbil) am 11.07.2012 den Kurdischen Hohen Rat gründen, in dem alle kurdischen Kräfte vertreten sind, die in Westkurdistan und Syrien operieren.

Alle Einheiten, Institutionen und Schutzeinheiten, die zuvor gegründet wurden, sind als Ergebnis dieses Treffens nun im Kurdischen Hohen Rat miteinander verbunden. Der Kurdische Hohe Rat besteht aus zehn Mitgliedern der oben erwähnten Räte und hat alle Komitees, nachgeordneten Räte und Schutzeinheiten in den meisten kurdischen Regionen und Städten gebildet, auch die Einheiten der Volksverteidigung kamen unter das Kommando des Kurdischen Hohen Rates.



Westkurdistan: Die Bevölkerung bestimmt ihre Position und geht für ihre Rechte auf die Straße.
Foto: DIHA

Eine Besonderheit der kurdischen Gemeinschaft besteht darin, dass wir hier keine extremistischen religiösen Organisationen haben. Die kurdische Gemeinschaft besteht aus YezidInnen, AlawitInnen und Muslims. Darüber hinaus leben wir in unserer Gemeinschaft seit Tausenden von Jahren mit AssyrerInnen, ChaldäerInnen und ArmenierInnen zusammen. Neben anderen sozialen Aspekten beträgt beispielsweise die Beteiligung von Frauen an allen Aktivitäten, einschließlich denen der Verteidigungseinheiten, 40 Prozent. Das Präsidentschaftssystem der PYD und des westkurdischen Parlaments besteht in einem Co-Vorsitz eines Mannes und einer Frau. Kurz, die kurdische Gemeinschaft in Westkurdistan könnte zu einem Modell für Demokratie, für Institutionen, für Beteiligung und Zusammenleben aller in ganz Syrien sein.

Wir, die PYD und das Parlament von Westkurdistan, haben unser Projekt, das wir »Demokratische Selbstverwaltung« nennen, auf unserer dritten Partei-Konferenz 2007 beschlossen. Dieses Projekt wurde auch vom westkurdischen Parlament bei seiner Gründung angenommen. Es ist ein kreatives Projekt, das in seiner jetzigen Form keine Vorbilder hat und auch die Annäherung an kurdische Parteien ermöglicht, die andere Projekte verfolgen, von der Forderung nach kulturellen Rechten bis zu der nach einer Föderation des kurdischen Volkes. Wir fanden also, dass die Bezeichnung weniger wichtig ist als der Inhalt, und beschlossen daher, dass für die Lösung der kurdischen Frage folgende Punkte zu berücksichtigen sind:

- Verfassungsmäßige Anerkennung der Existenz des kurdischen Volkes innerhalb eines geeinten Syriens unter einem säkularen, pluralistischen und demokratischen System;
- Gewährung der notwendigen verfassungsmäßigen Garantien für die demokratischen Rechte der KurdInnen, die kulturelle, soziale, politische, ökonomische Aspekte sowie Selbstverteidigungsrechte einschließen.

Wir meinen, dass Demokratie in Syrien nicht ohne die Lösung der kurdischen Frage erreicht werden kann. Die kurdische Bewegung in Syrien ist nicht separatistisch und strebt keine Teilung oder Zersplitterung Syriens an, ebenso wenig stellt sie eine wie auch immer geartete Gefahr für irgendein Nachbarland dar.

Die Gründe für das Überleben der kurdischen Gebiete und für die bislang anhaltende Sicherheit und Ruhe sind folgende:

- Unsere Fähigkeit, alle Teile unserer Bevölkerung zu organisieren; die Vertretung der KurdInnen durch Parteien, die Unterstützung und Anerkennung der Mehrheit der kurdischen Bevölkerung genießen.
- Es gibt derzeit keine ExtremistInnen in unserer Gemeinschaft.
- Dem syrischen Regime ist bewusst, dass die Staaten, die gegenwärtig bewaffnete Gruppen unterstützen, insbesondere die Türkei, die KurdInnen und ihre Rechte nicht unterstützen werden.
- Das syrische Regime erwägt nach der Erfahrung mit dem Aufstand von Qamişlo 2004 keine offenen Angriffe gegen die KurdInnen.
- Zu all dem kommt hinzu, dass KurdInnen ihr Existenzrecht und ihre demokratischen Rechte einfordern, wer auch immer die Macht im Lande hat. ♦

Unsere jahrtausendealten Träume sind auf dem Weg, Wirklichkeit zu werden

Die Frauen sind der Garant für den Erfolg der Revolution

Interview mit Şilan Rojinda

Seit der Ausrufung der Demokratischen Autonomie im Jahre 2010 wurden auch in Südwestkurdistan entsprechende Arbeiten geleistet. Teil davon ist der Aufbau von Rätestrukturen, Selbstverteidigungskräften in der Gesellschaft und einem umfassenden Bildungssystem. Şilan Rojinda ist seit fast 20 Jahren in der kurdischen Frauenbewegung aktiv und arbeitet zurzeit in Südkurdistan. Sie kehrte vor kurzem von einem dreimonatigem Aufenthalt in Südwestkurdistan zurück. Ziel ihrer Reise war es, die aktuellen Entwicklungen zu beobachten und den dortigen Kampf zu unterstützen. Sie berichtet von der Rolle der Frauen in dieser Revolution, den Schwerpunkten der Arbeiten und vom Einfluss des Krieges innerhalb Syriens auf die Entwicklungen in den kurdischen Gebieten.

Mit welchen Eindrücken bist Du aus Südwestkurdistan zurückgekehrt?

Zunächst einmal möchte ich die LeserInnen dieses Artikels grüßen. Zurzeit erlebt unser Land geschichtsträchtige Tage. Der Ort, an dem die Entwicklungen am intensivsten voranschreiten, ist Syrien. Dort sind unsere jahrtausende alten Träume auf dem Weg, Wirklichkeit zu werden. Das kurdische Volk, das seit tausenden Jahren Opfer eines staatlichen, machtvollen und sexistischen Systems war, baut jetzt und heute mit eigener Kraft, Freude, Aufregung und Liebe ein eigenes System auf. Die Entwicklungen in Syrien zeigen, dass es möglich ist, ohne Staat zu leben. Das zeigt sich hier sehr deutlich. Einer organisierten, sich der eigenen Kraft bewussten Bevölkerung steht nichts im Wege, sich selbst zu entwickeln. Die schönste und gerechteste Ordnung ist die, die mit eigener Kraft, aus eigenem Willen geschaffen wird. Das ist auch die Seite, die mich am meisten an Syrien interessiert. Das aufgebaute System ist nicht für andere, sondern für uns selbst. Die Menschen hier machen sich die Entwicklungen zu eigen und wertschätzen sie. Es ist wichtig zu wissen, dass der Aufbau gewollt ist. Weil sie daran glauben, nehmen sie teil, um teilnehmen zu können, verteidigen sie. Alle Arbeiten der Revolution werden mit Herz und Seele gemacht. Stell dir vor, in deinem Land wäre es verboten, Bäume zu pflanzen, mehrstöckige Häuser zu bauen, selbst deine Muttersprache zu benutzen, und dann, das erste Mal, nach Zeiten voll Sklaverei, kannst du ohne Angst in deinem Land frei atmen. Ich möchte Euch um einen Augenblick Empathie bitten. Nachdem du diese furchtbaren Verbote durchlebt hast und dann eines Tages ohne Angst aufwachst, die Straßenschilder in deiner Muttersprache beschrieben sind, du dich auf dem Markt, auf der Straße, bei der Arbeit, in der Schule, im Krankenhaus in deiner Muttersprache ausdrücken kannst, hinterlässt dies in deinem Herzen und deiner Seele einzig das Gefühl des Glücks. Bis gestern waren wir nur zur Hälfte Menschen, uns wurde verweigert, unsere gesellschaftlichen, universellen Rechte, unsere grundlegendsten Menschenrechte frei zu nutzen. Unfreie Menschen, eine unfreie Gesellschaft sind nur zur Hälfte Menschen und Gesellschaft. Daher leben wir jetzt mit viel Freude unsere Befreiung von dieser Halbwertigkeit.

Welche Rolle spielen die Frauen in der Revolution in Syrien?

Wir wissen, dass in allen großen Revolutionen Frauen der Motor sind. Dies ist heute in Kurdistan deutlich zu sehen. Es lässt sich sagen, dass die Revolution in Kurdistan eine Revolution der Frauen ist. Denn die treibende Kraft aller revolutionären Arbeiten sind Frauen. Die kurdischen Frauen sagen, eine Revolution ohne Frauen kann keine Revolution sein. Sie sind in jedem Bereich die Trägerinnen der Fahnen der Revolution. Heute sind in Syrien Frauen bei der Verteidigung, bei Aktionen, bei der Organisierung, in der Diplomatie, in der Bildung, im Bereich Gesundheit an vorderster Front. Es gibt in Syrien keine Arbeiten, in den Frauen keinen Platz einnehmen. Daher ist die Revolution in Syrien vor allem Ergebnis der Arbeit und

des Mutes von Frauen. Davon wurde ich Zeugin, ich konnte ihr Wirken in allen Bereichen vor Ort sehen. Mir kam dabei der Gedanke, dass eine Revolution, die durch diese bewussten und organisierten Arbeiten von den Frauen eines Volkes geführt wird, nur gewinnen kann. Dass Frauen Garant für den Erfolg einer Revolution sind, beweisen die Frauen in Syrien.

Welchen Einfluss hat der Bürgerkrieg in Syrien auf die kurdischen Gebiete?

Es ist wichtig, die verschiedenen Seiten und Gründe des jetzigen Bürgerkriegs in Syrien zu kennen. Genauso sehr wie die ökonomischen und politischen Interessen des globalen Systems tragen auch die Machtinteressen der regionalen antidemokratischen Herrscher zu einer Vertiefung der Krise bei. Dieser Krieg beeinflusst heute alles und jeden in der Region. Allein der vorausschauenden Politik der kurdischen Parteien in Westkurdistan ist es zu verdanken, dass der Krieg nicht völlig in den kurdischen Gebieten die Oberhand gewonnen hat. Auch wenn es auf lokaler Ebene einige bewaffnete Auseinandersetzungen gab, hat die kurdische Seite, weil sie an die politische Lösungsfähigkeit der gesellschaftlichen Probleme glaubt, konsequent auf einem unblutigen, gewaltlosen Verlauf der Revolution beharrt. Diese Herangehensweise der kurdischen Bewegung hat bei der Bevölkerung gewonnen. Ansonsten hätten sich in den kurdischen Gebieten, wie in den arabischen Städten, gewaltsame Kämpfe ausgebreitet.

Das Chaos in Syrien hat einen entscheidenden Einfluss auf die kurdischen Gebiete genommen. Aufgrund des Krieges können grundlegende Bedürfnisse nach Gas, Benzin und Elektrizität nicht gedeckt werden, was zu ernsthaften Problemen führt. Aufgrund von Armut, Arbeitslosigkeit und extremer Auswanderung können die Menschen hier nicht wirklich leben. Die Regierung, ihre Institutionen arbeiten nicht mehr, in den Krankenhäusern gibt es nur noch sehr wenig oder kein medizinisches Material. An einigen Orten gibt es kaum noch Babynahrung oder Medikamente. Diejenigen ohne Geld, Haus und Arbeit leben in einer massiven Krise. Den Preis des Krieges zahlen immer Kinder, Frauen, Alte und die Natur. Der Krieg hinterlässt immer eine Spur der Zerstörung und lässt die Menschen sehr starke Schmerzen durchleben. Und auch wenn durch die Anstrengungen der politischen Kräfte in Westkurdistan die Kriegsrealität nicht völlig in der Region Eingang gefunden hat, beeinflusst die politische und wirtschaftliche Instabilität im Land auch die westkurdische Region negativ.

Der türkische Staat, den die Errungenschaften unseres Volkes sehr beunruhigen, mischt sich auf eine schlaue und geheime Weise in dieser Region ein und versucht alles, um die militärischen Auseinandersetzungen zu verbreiten. Er versucht die kurdische Einheit zu brechen und kurdisch/arabische Auseinandersetzungen zu provozieren. Diese Politik der Türkei ist eine wesentliche Gefahr für Syrien. Die Feinde der KurdInnen sollen unser Volk politisch, militärisch und ökonomisch unter Druck setzen. Der Grund, weshalb die Türkei, die beständig, bei jeder Gelegenheit, auf die kurdischen Errungenschaften abzielt und die inneren Angelegenheiten Syriens so betrachtet, als handele es sich um ihre eigenen Angelegenheiten, liegt allein in ihrer kurdenfeindlichen Einstellung. Da die türkische Regierung die eigenen inneren Probleme nicht lösen kann, hat sie Angst vor der sich entwickelnden kurdischen Lösung in den angrenzenden Ländern. Dass die Türkei selbst davor nicht zurückscheut, ihre Staatskonten anzugreifen, um die Entwicklung der kurdischen Revolution zu behindern, zeigt, wie aufgeschreckt und kopflos sie aktuell handelt. Durch die von ihr organisierten Gruppierungen wird die Bevölkerung angegriffen; es werden darüber hinaus Organisationen aufgebaut und unsere Region mit Agenten infiltriert. Die Situation ist ernst. Große Schwierigkeiten entstehen durch die Angriffe der von außen organisierten Kräfte und unsere mangelnde Organisierung dagegen. Wenn wir diese Lücke schließen, werden Angriffe dieser Art ins Leere laufen. Dort, wo unsere Bevölke-



Demonstration in Westkurdistan Foto: DIHA

rung ausgebildet und organisiert ist, verlor in der Auseinandersetzung immer der Feind.

Welche Rolle spielen die zivilen Verteidigungskräfte in der Region?

In Syrien sind es nicht die Militärs oder die Polizei, die unser Volk schützen. Es sind die von der Bevölkerung entsprechend ihren Möglichkeiten aufgebauten zivilen Verteidigungskräfte, die unser Volk verteidigen. Die ausschließlich aus Freiwilligen gebildeten Volksverteidigungseinheiten (YPG) schützen die Grenzen, die Gesellschaft und reagieren auf Angriffe. Es sind keine Kräfte, die aufgebaut worden sind, um, wie die Besatzungsmächte, andere anzugreifen, sondern es geht um Verteidigung. Verteidigung ist das legitime Recht eines Volkes. Die Bevölkerung hat sich dieses Recht genommen. Wenn es hier keine eigenen Verteidigungskräfte aufgebaut hätte, wäre es nicht in der Lage, sich und seine geschaffen zu schützen. Es liefe Gefahr, bald Opfer schmutziger Politik zu werden. Es braucht das Wissen, Bewusstsein und den Willen, sich selbst verteidigen zu können. Die KurdInnen in Syrien haben in der jetzigen Situation diesen Willen in die Praxis umgesetzt.

Wir, die seit Jahren von allen Seiten unterdrückt werden, deren rechtmässiger Widerstand als Terror stigmatisiert wird, sehen Eure grosse Aufgabe in der Schaffung und Ermutigung einer Öffentlichkeit in der gegenüber den Rechten der KurdInnen tauben und sprachlosen Welt. In diesem Sinne rufen wir alle, die die Möglichkeit dazu haben, dazu auf, unsere Bevölkerung, die trotz schwieriger Armutsbedingungen diese revolutionäre Phase vorantreibt, zu unterstützen.

Wie bewertest Du die momentanen Arbeiten im Bildungsbereich?

Die Geschwindigkeit der Revolution spiegelt sich zuallererst im Bereich Bildung wider. Permanent gibt es Volksbildungseinheiten und Bildung im Bereich Sprache und Verteidigung. Bildung erreicht dabei nicht nur einen Teil, sondern die gesamte Gesellschaft. Überall werden für alle, zum Beispiel für die Jugend, für Frauen, für Kinder von den gegründeten Räten Bildungseinheiten durchgeführt. In Syrien spielt jetzt jeder Verein ein Stück weit die Rolle einer Schule. In diesen Bildungseinrichtungen geht es vor allem um Selbstverteidigung, Politik, Demokratie, Ethik. Und auch das Lehren der kurdischen Sprache, zuvor durch den Staat verboten, hat seinen Anfang genommen. In der Gesundheitsbildung geht es um Themen wie erste Hilfe, Verhütungsmethoden, Mutterschaft und Kinder. Unsere Bevölkerung verteidigt sich und arbeitet parallel an dem Aufbau und der Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft. Hierbei können wir sagen, dass wir große Fortschritte gemacht haben.

Was wäre für Euch von Seiten internationaler linker Kräfte eine dringende Unterstützung?

Wir sind eine Nation, deren Sprache, Kultur, Geschichte verleugnet, deren Land geteilt und vielen Massakern ausgesetzt war. Unsere jetzigen Schwierigkeiten sind nicht auf heute begrenzt. Wir wurden durch die gesamte Geschichte hindurch unterdrückt, verleugnet, verarmt und zur Identitätslosigkeit gezwungen. Unter großen Schwierigkeiten, kämpfend, schreiben wir in diesen bedeutenden Tagen die Geschichte mit unseren eigenen Händen. Unser Wunsch ist es, menschliche Stimmen, die Stimmen bewusster internationaler Kräfte inmitten der Freude der Revolution zu hören. Heute wird allen InternationalistInnen, Kräften in der Gesundheit, Bildung, Politik, Diplomatie, SchriftstellerInnen und JournalistInnen eine wichtige Aufgabe zuteil. Unsere Bevölkerung hat in den Bereichen Ökonomie, Politik, Militär, Gesundheit, Bildung etc. umfassende Bedürfnisse und Probleme. Wir wünschen uns, dass wir diesbezüglich mit unseren Händen, Herzen und Köpfen zusammenkommen. Wir, die seit Jahren von allen Seiten unterdrückt werden, deren rechtmäßiger Widerstand als Terror stigmatisiert wird, sehen Eure große Aufgabe in der Schaffung und Ermutigung einer Öffentlichkeit in der gegenüber den Rechten der KurdInnen tauben und sprachlosen Welt. In diesem Sinne rufen wir alle, die die Möglichkeit dazu haben, dazu auf, unsere Bevölkerung, die trotz schwieriger Armutsbedingungen diese revolutionäre Phase vorantreibt, zu unterstützen. Wir würden uns über UnterstützerInnen im Bereich Gesundheit und Bildung freuen. Die Staaten haben uns ein Verbot auferlegt, unsere Arbeit selbst durchzuführen. Jetzt haben wir uns die Möglichkeit geschaffen, unsere Arbeit selbst in die Hand zu nehmen. Es würde uns unglaublich glücklich machen, Euch an Tagen wie diesen an der Seite unserer Bevölkerung hier zu sehen und zu hören, wie Eure Stimmen eins mit unseren Stimmen werden. ♦

Erfahrungen aus dem Widerstand in Westkurdistan

Serê Kaniyê …

Amed Dicle, ANF 30. November 2012

Auf dem Weg von Amûde nach Serê Kaniyê *[arab.: Ras al-Ayn, Name der türk. Zwillingsstadt: Ceylanpınar]* sind auf der rechten Seite des Weges Zugschienen, Stacheldraht und alle hundert Meter stehen Posten des türkischen Militärs …



Dieser Grenzübergang ist tausend Kilometer lang, aber es ist mehr eine neunzigjährige Wunde als eine Grenze. Eine Wunde, deren Schmerz nie nachgelassen hat und die die ganze Zeit geblutet hat. Von dem Balkon des Hauses aus, in dem wir in Serê Kaniyê zu Besuch sind, beobachten wir die Seite von Ceylanpınar. Auf der anderen Seite der »offiziellen Grenze« sehen wir Menschen auf den Straßen. Eine solch nahe und unmögliche Sache kann es nicht geben. Auch für ein Volk kann kein Schmerz von diesem Ausmaß existieren.

Die Geschichte unseres Gastgebers ist eine der vielen mit dem Schmerz verbundenen und im Gegensatz zu vielen anderen Geschichten doch »alltäglich«. Nachdem die Grenze gezogen worden war, blieben einige Geschwister auf der einen Seite der Schienen und die anderen auf der anderen Seite. Aufgrund der Tatsache, dass die Schienen die Grenze zwischen zwei Staaten bildeten, blieb der Vater unseres Gastgebers auf der Seite von Serê Kaniyê (Ras al-Ayn) und konnte dann seine Geschwister auf der anderen Seite der Grenze, seine Kinder und seine EnkelInnen nicht mehr sehen. Seine Kinder leben in derselben Straße in verschiedenen Staaten. Genau wie andere Geschwister, Verwandte, FreundInnen und Verliebte. Genau wie in Qamişlo (Al-Qamishli), Kobanê (Ain al-Arab) und den anderen kurdischen Städten entlang der Grenze. Diese zwangsweise gezogene Linie hat den Menschen auf beiden Seiten der Grenze Schmerzen bereitet, aber die KurdInnen konnten dadurch nicht als Geiseln genommen werden. Obwohl mittlerweile 90 Jahre vergangen sind, steht die Grenze als ein Objekt da, das nicht mehr ist als Schienen und ein gesicherter Zaun. Es geht genau durch die Mitte von Serê Kaniyê hindurch.

In dieser Stadt leben 40 000 Menschen, hauptsächlich Kurdinnen und Kurden, es gibt aber auch arabische und assyrische Bevölkerungsteile. Die AssyrerInnen leben schon immer hier. Dagegen wurden die AraberInnen zwischen 1960 und 1970 vom Baath-Regime systematisch hier angesiedelt.

Als die syrische Revolution begann, haben die AssyrerInnen eine neutrale Position bezogen. Die arabischen Klans dagegen haben widersprüchliche Positionen. Es gibt Klans, die sich mit den KurdInnen sehr gut verstehen, aber auch welche, die mit dem türkischen Staat zusammenarbeiten. Nebenbei bemerkt, die Mehrheit der Klans bezieht eine neutrale Position. Eine kollektive arabische Kraft gibt es in dem Gebiet somit nicht.

Die Politik des türkischen Staates ist in Syrien und Westkurdistan ins Leere gelaufen, weshalb er in dem Gebiet aufgrund der kulturellen, geographischen Besonderheiten eine instabile Lage schaffen will.

Serê Kaniyê ist zwar nicht die strategisch wichtigste Stadt in Westkurdistan, aber ein Tor, um nach Westkurdistan zu kommen. Es ist die letzte Station von Cizîr. Das Gebiet von Cizîr, das bei Dêrik (Al-Malikiya) beginnt, endet hier. Um von hier aus nach Kobanê zu gelangen, muss Tel Abyad passiert werden; dieses Gebiet wurde von KurdInnen »gesäubert« und befindet sich in den Händen der »Freien Syrischen Armee« (FSA). Weil sich der Krieg in Syrien verschärft, die KurdInnen, die gegen den Krieg sind, ihre eigene Administration auf die Beine stellen und diese Administration sich mit der Zeit institutionalisiert, ist die Türkei gezwungen, ihre inflationäre Politik für die Region neu zu erfinden. Deshalb wurden verschiedene Szenarien entwickelt, wie die Verhinderung der kurdischen Einheit oder die Förderung der Instabilität in der Region. Nach dem Plan sollten Regime, Oppositionelle und KurdInnen sich untereinander bekämpfen und so an Macht verlieren, womit sie

dann geschwächt und nicht in der Lage wären, eine eigene Administration aufzubauen.

In Serê Kaniyê anzufangen war für den türkischen Staat ein logischer Schritt, weil die Stadt in 50 km Entfernung zum Hesîçe-Gebiet liegt und dort Banden existieren, die dem türkischen Staat verbunden sind.

Falls Serê Kaniyê in die Hand dieser Gruppen gefallen wäre:

1. Die Verbindung zwischen den Gebieten Cizîr und Kobanê-Afrîn, die unter kurdischer Führung stehen, wäre unterbrochen worden und beiden Gebieten würden ähnliche Operationen widerfahren. Wie man sich erinnern kann, wurden in Pîrsûs (Suruç; auf türkischer Seite) Vorbereitungen getroffen, um Kobanê zur selben Zeit anzugreifen.

2. Wäre Serê Kaniyê in die Hände der von der Türkei unterstützten Banden gefallen und wären diese Gruppen über Hesîçe und Qoser (Kızıltepe) in die Städte Dirbêsîye (Al-Darbasiya) und Amûde eingedrungen, hätten diese dann in eine Blockade gezwungen werden sollen. Übrig geblieben wären dann nur noch die Städte Qamişlo und Dêrik.

3. In dieser Phase sollten dann, sofern nötig, über Nisêbîn (Nusaybin) gegen Qamişlo und mit den in Cizîr (Cizre) und Silopiya (Silopi) vorbereiteten Gruppen gegen Dêrik ähnliche Operationen durchgeführt werden. Dieses Szenario lässt sich natürlich nicht einfach umsetzen. Jedoch hat die Bereitschaft mancher KurdInnen und mancher Gruppen innerhalb der »Freien Syrischen Armee« für dieses Abenteuer den türkischen Staat, dessen Syrien-Strategie ins Leere gelaufen ist und der keine andere Wahl mehr hatte, zu dem Unternehmen gedrängt. Nach dem Motto »Es könnte ja klappen« wurde die Operation, bei der Millionen von Dollar ausgegeben wurden, begonnen. Würde der Plan aufgehen, bräche ein »kurdisch-arabischer Krieg« aus, die Grenzen wären faktisch aufgehoben und der türkische Staat könnte jederzeit in Westkurdistan intervenieren, die Stabilität schlüge in Chaos um und der kurdische Status in Syrien erlitte einen tödlichen Rückschlag. Im nächsten Schritt würde das zwischen Qamişlo und Dêrik liegende Erdöl-Gebiet Rimeylan den Händen der KurdInnen entrissen; die Erdölvorkommen sind hier bekanntlich reicher als in Kerkûk.

Die Quartiere für die Gruppen wurden nach türkischem Plan in Riha (Urfa) und Serê Kaniyê (Ceylanpınar) eingerichtet, von dort aus drangen sie dann in Serê Kaniyê ein. Sie lieferten sich da Gefechte mit einigen Einheiten des Regimes und setzten sich dann in den Vierteln mit arabischer Mehrheit fest.

Die KurdInnen versuchten, Gefechte zu vermeiden, und suchten nach einem Verhandlungsweg. Obwohl manche behaupteten, »die Volksverteidigungseinheiten (YPG) konnten Serê Kaniyê nicht schützen«, haben sich die kurdischen Verantwortlichen, weil sie wussten, dass der türkische Staat diesen Plan geschmiedet hatte, gegen Gefechte entschieden. Darum, dass in der Stadt eine friedliche Atmosphäre herrscht, war vor allem der Vorsitzende des Kurdischen Rats Abid Xelil sehr bemüht. Er wurde auch von der arabischen Bevölkerung überaus geschätzt. Er war an den Vorbereitungen für eine Kundgebung, die am 18. November unter arabischer, kurdischer und assyrischer Beteiligung stattfinden sollte, beteiligt. Am selben Tag wurde er mit zweien seiner Freunde Opfer eines Attentats, als er auf dem Rückweg von Gesprächen mit von der Türkei geschickten Gruppen war. Das Wirken Abid Xelils stand im Widerspruch zu den Plänen des türkischen Staates, er war für die kurdisch-arabische Verständigung tätig. Außerdem war er Vorsitzender der autonomen Administration der KurdInnen. Damit stand er im Fadenkreuz und wurde dann auch getroffen. Unmittelbar nach seiner Ermordung begannen die Gefechte, doch trotz der Verstärkung der Banden haben die YPG sie aus der Stadt vertrieben. Dieser Widerstand der KurdInnen hat die türkische Planung ins Leere laufen lassen und damit auch wichtige politische Ergebnisse erzielt.

Erstens: Es gab keine Kämpfe zwischen kurdischer und arabischer Bevölkerung. Im Gegenteil, die führenden Köpfe der arabischen Gesellschaft setzten sich für einen Waffenstillstand ein und erklärten den YPG gegenüber, »mischt Euch nicht ein, die Gruppen werden von uns hinausgedrängt werden«. Die YPG haben diesen Vorschlag akzeptiert und somit diesen führenden Persönlichkeiten die Initiative in die Hand gegeben und ihrer eigenen Arbeit eine Legitimität verschafft.

Zweitens: Der Widerstand von Serê Kaniyê war die erste Kampferfahrung der YPG in Westkurdistan und hat gezeigt, dass die YPG keine künstliche Einheit sind; vielmehr wurde demonstriert, dass sie selbst vom türkischen Staat unterstützte Gruppen zurückdrängen können.

Drittens und am wichtigsten: Es wurde gezeigt, dass der türkische Staat und auch andere Mächte wegen der KurdInnen in diesen Gebieten nicht »ihre Pferde ausreiten« können. Damit ist die Stellung der kurdischen Politik in allen Teilen *[Kurdistans]* gestärkt worden. In naher Zukunft wird sich zeigen, dass diese politische Errungenschaft genauso wichtig ist wie der Widerstand im Zap-Gebiet 2008. ♦

9. Internationale EUTCC-Konferenz im EU-Parlament Brüssel

Kurdischer Frühling und eine neue »Öffnung«?

Ulf Petersen, Köln

Die EU Turkey Civic Commission (EUTCC) hielt am 5. und 6. Dezember 2012 ihre 9. Internationale Konferenz ab. Die EUTCC wurde im November 2004 vom Bar Human Rights Committee (Großbritannien), der Rafto Foundation (Norwegen), dem Kurdish Human Rights Project (Großbritannien) und Medico International (Deutschland) gegründet. Die Aufgabe der EUTCC ist, »die Mitgliedschaft der Türkei in der EU voranzubringen und die Einhaltung der Menschen- und Minderheitsrechte sowie eine friedliche, demokratische und langfristige Lösung der kurdischen Situation zu garantieren«. (Zitat aus der Selbstdarstellung). Veranstalter der Konferenzen ist die Gruppe der Linken und Grünen im Europäischen Parlament.

Zur Begrüßung bedauerte die EUTCC-Vorsitzende **Kariane Westrheim** die Abwesenheit des kurdischen Exil-Politikers Adem Uzun und forderte seine sofortige Freilassung durch die französischen Behörden. Uzun hatte 2004 als Erster die Idee zur Gründung der EUTCC.

Gabi Zimmer, Präsidentin der Europäischen Vereinigten Linken, wies darauf hin, dass nicht nur die Bildung der Kurden in ihrer Muttersprache erstrebenswert sei, »auch für Schülerinnen und Schüler in Ankara und Izmir wäre das Erlernen der zweitwichtigsten Sprache in ihrem Land eine große Bereicherung«. Weiterhin wies sie energisch das Ansinnen des türkischen Botschafters in Belgien zurück, der in einem Brief die Ausladung zweier Teilnehmer gefordert hatte, da sie als »Terroristen« keinen Zutritt zum Europäischen Parlament bekommen sollten.

Leyla Zana erinnerte in ihrer Eröffnungsrede an die Einsicht »Es kann Krieg geben ohne Öcalan, aber es kann keinen Frieden geben ohne Öcalan« und mahnte: »Die Türkei kann diese Frage nicht lösen, indem sie die kurdische Politik unter Druck setzt und mit Asphalt bedeckt. Denn Blumen können nicht unter Asphalt blühen.«

Helène Flautre, Vorsitzende der Delegation im gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Türkei sieht angesichts der 870 Kriegstoten seit Juni 2011 eine »morbide Spirale der Gewalt« in der Türkei. Am 12. November hatte sie zwei der Hungerstreikenden im Gefängnis besucht, der Besuch bei Abdullah Öcalan wurde ihr verweigert. Mit ihrem Besuchsantrag wollte sie die Forderung nach dem Ende seiner Isolation unterstützen.

Der ehemalige südafrikanische Erzbischof **Desmond Tutu** (einer der drei Friedensnobelpreisträger unter den Schirmherren und -damen der EUTCC) beendete seine Video-Botschaft mit dem dringlichen Appell: »Let us sit down and talk and talk until we find a solution.«

Forum I
Wohin geht der türkisch-kurdische Konflikt?

»Ungerechtigkeit irgendwo bedroht überall die Gerechtigkeit« – mit diesem Ausspruch Martin Luther Kings leitete die internationale Menschenrechtsanwältin **Margeret Owen** das erste Forum ein. **Walter Schwimmer** aus Österreich ist ehemaliger Generalsekretär des Europarats. Er hatte schon 1995 in Gesprächen mit der türkischen Regierung die 10-Prozent-Hürde bei Wahlen kritisiert. In seinem Beitrag warnte er davor, den EU-Beitrittsprozess der Türkei weiterhin als Hebel für Verbesserungen zu sehen, darauf könne man nicht mehr hoffen (diese Einschätzung hat der britische Europaparlamentarier **Claude Moraes** in seinem Beitrag am Folgetag unterstützt). Die Türkei müsse Reformen zur Lösung der kurdischen Frage nicht für die EU, sondern für die Türkei durchführen: »Krieg und Frieden beginnen zu Hause« (Mutter Theresa).

Jürgen Klute, Europaabgeordneter für die Partei DIE LINKE, ergänzte, dass in den bisherigen Fortschrittsberichten der EU über die Türkei viele Vorschusslorbeeren verteilt worden. Heute müsse von der EU auch deutlich gesagt werden, dass es in den letzten Jahren Rückschritte bei den Menschenrechten

gibt, eine Feststellung, die danach von der galizischen Europaabgeordneten **Ana Miranda** bestärkt wurde. Aber: »Die Bundesrepublik paktiert auch weiterhin blind mit der türkischen Regierung, liefert Oppositionelle aus und kriminalisiert offen kurdische Vereine. Das ist ein Skandal, für den ich mich als Deutscher schäme.«

Der am 12. März nach mehr als einem Jahr aus der Haft entlassene türkische Journalist **Ahmet Şık** fragte: »Die Zypernfrage, die kurdische Frage, die armenische Frage … ist das nicht alles eigentlich eine türkische Frage?« 70 seiner Kollegen seien noch mit dem Vorwurf des Terrorismus in Haft, dunkle Zeiten würden in der Türkei herrschen, die Stärkung der Zivilgesellschaft und die Demokratisierung in den letzten Jahren hätten sich als zu schwach erwiesen. Es gilt das Konzept »der Bürger als Feind«. Şık erinnerte an den Ausspruch des osmanischen Herrschers Mahmut II. vor 200 Jahren: »Die Presse kann hilfreich sein, wenn sie Scharia und Staatsraison nicht entgegensteht«, die gleiche Geisteshaltung, die die AKP unter Erdoğan heute vertritt.

Auch die Anwältin **Meral Danış Beştaş** (»Die türkische Demokratie regrediert.«) und der IHD-Vorsitzende von Amed (Diyarbakır) **Raci Bilici** (»Nach 10 Jahren AKP-Regierung: ›Ein Staat, eine Religion, eine Sprache‹, davon weichen sie nicht ab. Türkisch sein heißt immer noch Moslem, Sunnit und Mann sein.« *[s. Internetausgabe]*) bestätigten diese negative Bilanz. Bilici meinte, dass die Gefahr einer Spaltung der Türkei heute größer sei als jemals zuvor. Professor **Sevtap Yokuş** von der Kocaeli-Universität ergänzte, dass der türkische Staat nach wie vor als heilig angesehen werde. Nicht das Individuum, sondern der Staat sei Subjekt – eine autoritäre, faschistische Mentalität.

Ferhat Encü, der Bruder eines der 35 Toten des Massakers von Roboskî (Ortasu) verlangte, dass das Massaker als Verbrechen gegen die Menschlichkeit behandelt wird. Er hofft, »dass die Kette von Massakern mit der Aufklärung dieses Massakers beendet wird«.

Die Wissenschaftlerin **Özgür Sevgi Göral** hob den Anstieg und das Ausmaß der Gewalt gegen Frauen in der Türkei hervor, so wurden in der ersten Hälfte 2012 bereits 93 Frauen ermordet, 86 Prozent der Täter kamen aus dem Bekanntenkreis. Um die Bevölkerung in den ärmeren Landesteilen und vor allem die Kurden zu diskriminieren, würden die Frauenmorde als »Traditionsmorde« bezeichnet, obwohl auch gebildete Männer mordeten und das Problem mehr mit Politik als mit Tradition zu tun habe. Es gäbe einen rassistischen und ethnisierenden Umgang mit den Frauenmorden. *[s. S. 49]*

Forum II
Mittlerer Osten am Scheideweg: wessen regionale Ordnung?

Zum Auftakt sprach **Saleh Muslim**, Co-Vorsitzender der syrischen Partei der Demokratischen Einheit PYD, über die Situation in Westkurdistan: »Wir waren von Anfang an für Freiheit und Demokratie, die Kurden brauchen sie mehr als alle anderen, wir wurden über Jahrzehnte gefoltert. Aber wir haben einen eigenen Weg eingeschlagen, denn in der ganzen Geschichte waren wir bisher Soldaten für andere. Dieses Mal sollten wir Soldaten für uns selbst sein. (…) Die kurdische Demokratische Autonomie in Westkurdistan kann ein Beispiel für friedliche Koexistenz in ganz Syrien und für den Mittleren Osten im Allgemeinen sein. Sie ist ein Modell für friedliches Zusammenleben, und sogar lang anhaltende Konflikte wie der Krieg zwischen Israel und Palästina könnten gelöst werden, wenn die Menschen versuchen zu teilen und Entscheidungen gemeinsam zu treffen. (…) In gemischten Gebieten wie Qamişlo (Al-Qamishli), wo Kurden, Jeziden, Alawiten, Moslems, Assyrer und Armenier zusammenleben, sind alle Gemeinschaften in die Selbstverwaltungsräte einbezogen und entscheiden gemeinsam. Deshalb gibt es dort keine Toten wie im Rest des Landes.« *[s. S. 25]*

Ofra Bengio vom Moshe-Dayan-Zentrum für den Mittleren Osten, Israel, stellte den Zusammenhang zwischen den Aufständen der arabischen Welt seit 2011 und den Kurden her: »Parallel zu den Volksrevolutionen in den arabischen Staaten gab es eine stille Revolution in den kurdischen Gebieten der Türkei, Syriens, des Irak und des Iran.« Gemeinsamkeiten der beiden Bewegungen wären das Verschwinden der »Mauer der Angst«, die neue Medienöffentlichkeit und die Dynamik der jungen »aufrechten« Generation.

Aber während für die Kurden der Nationalstaat ein Fluch gewesen wäre und sie gegen ihn für ihre Identität kämpften, seien die arabischen Rebellionen Bewegungen für einen Regimewechsel gewesen, die sich positiv auf die bestehenden Nationalstaaten bezogen hätten.

Als Beispiel für den relativ geringen Einfluss des politischen Islam unter den Kurden (das hatte schon Saleh Muslim betont) führte sie die letzten Wahlen in Südkurdistan 2009 an, bei denen die beiden islamistischen Parteien zusammen nur acht Prozent der Stimmen bekommen haben. Ein weiteres positives Moment ist für Bengio der neue transnationale Charakter der kurdischen Bewegungen. Im letzten Jahrhundert hätte es noch einen starken Lokalismus gegeben, jeder hätte nur an sich gedacht.

Bengio unterstützte Saleh Muslims Einschätzungen: »Die wirkliche Revolution fand unter den Kurden Syriens statt, die bis vor kurzem eine stille, vom Rest der Welt isolierte Minderheit waren. (...) Das Unglaubliche ist passiert. In kurzer Zeit wurden sie zu einer Kraft, mit der gerechnet werden muss.«

Der einflussreiche türkische Journalist **Cengiz Çandar** hatte auf der Konferenz das erste Mal Saleh Muslim treffen können und hatte direkt ein Gefühl, als ob sie »seit 40 Jahren dicke Freunde« seien. Çandar erklärte, dass der mit dem »arabischen Frühling« begonnene Prozess, der auf die Türkei übergreife, nicht mehr aufgehalten werden könne und der »kurdische Frühling« wiederum untrennbar mit dem arabischen Aufstand verbunden sei: »Nach dem Ersten Weltkrieg sind künstliche Grenzen entstanden, im 21. Jahrhundert muss sich das nun ändern.«

Er schloss mit einem optimistischen Ausblick: »Wenn die Kurden auf die Bühne treten, muss es ein Ergebnis geben. Die Sinnlosigkeit der bestehenden Grenzen ist nicht mehr von der Hand zu weisen (…) Was für die Kurden gut ist, ist auch für die Türkei gut. Die Türkei wird das in Zukunft verstehen.«

Moderator **Hans Branscheidt** leitete mit der Bemerkung »Diese Reflexion über die Sinnlosigkeit von Grenzen hat mir gefallen« zum niederländischen Soziologen und ehemaligen Hausbesetzer **Joost Jongerden** über. Dieser beschäftigte sich eingehend mit den neuen Konzepten der PKK. Sein Ausgangspunkt: »Die Gewaltexplosion im Mittleren Osten ist ein Symptom von etwas, das ich als eine Krise des Staates ansehe.« Wie der deutsche Philosoph Walter Benjamin 1940 formulierte, werde der Ausnahmezustand zur Normalität.

Der US-amerikanische Anarchist Murray Bookchin stellte 1991 fest, dass es der Linken und den Organisationen, die beanspruchten, für die Unterdrückten zu sprechen, »an einer Politik mangelt, die die Menschen über die Grenzen des Status quo hinausträgt«. Diese Grenzen sind für Bookchin Staatsgewalt und Markt. Demokratische Autonomie und Demokratischer Konföderalismus überschreiten diese Grenzen. Joost Jongerden: »Demokratische Autonomie bezieht sich auf Praktiken, in denen Menschen ihre gewünschten Lebensbedingungen durch direkte Tätigkeit und Zusammenarbeit produzieren und reproduzieren. Dies wird in der autonomistischen marxistischen Literatur als ›Selbst-Aufwertung‹ bezeichnet. Demokratischer Konföderalismus kann als ein System der Selbstregierung von unten nach oben charakterisiert werden.« *[S. S. 41]*

Der Journalist **Serdar Akinan** musste die Türkei verlassen, weil er den KCK-Vorsitzenden Karayılan in Kandil interviewt und eine Dokumentation über die PKK-Frauenarmee produziert hatte. Die drei Tage in Kandil hätten ihn beeindruckt: Kein Besitz, Geschlechtergleichstellung, Ökologie wird ernst genommen, keine Kreditkarten, keine Grundbücher. Trotzdem bleibt er skeptisch: »Die antikapitalistische Haltung aus dem Volk ist schön und romantisch, aber unrealistisch für eine so energiereiche Region. (…) Demokratischer Konföderalismus sieht für mich wegen der strategischen Bedeutung des Mittleren Ostens nach einer Utopie aus. Dennoch sollten wir uns an diese Utopie klammern, weil das wichtigste Gefühl in dieser Region die Hoffnung ist.«

Aysel Tuğluk, Co-Vorsitzende des Kongresses für eine Demokratische Gesellschaft (DTK) und BDP-Abgeordnete für Wan (Van), bezeichnete die im Sykes-Picot-Abkommen 1916 festgelegte Ordnung als eine »Hölle der Nationalstaaten«. Die Kurden seien ohne eigenen Status geblieben und sollten in der Geschichte verschwinden. Aber »jetzt weht der Wind der Veränderung, in der Krise muss sich partizipative Demokratie entwickeln«. Sie warnte: »Jede religiöse bzw. ethnische Gruppe im Mittleren Osten könnte sich selbstständig machen, eine Libanonisierung droht. Das muss verhindert werden« und verteidigte das Konzept der Demokratischen Autonomie als Alternative zum Kapitalismus, auch wenn es kein bestimmtes Wirtschaftsmodell beinhalte.

Forum III
Frieden verhandeln: Voraussetzungen für eine politische Lösung und die Road Maps zum Frieden in der Türkei

Die Europaparlamentsabgeordnete **Marie-Christine Vergiat** stellte in ihrer Begrüßung fest: »Wir haben gesehen, wie sehr Abdullah Öcalan zum Dreh- und Angelpunkt geworden ist. Ohne ihn wäre der Hungerstreik mit schrecklichen Folgen weitergelaufen.«

Der erste Beitrag kam von **Sabine Freizer** von der International Crisis Group (ICG) und trug den programmatischen Titel »Die kurdische Frage in der Türkei: Zeit, den Dialog zu erneuern und direkte Verhandlungen wieder aufzunehmen«. Sie verwies auf den in der Vorwoche erschienenen ICG-Bericht »Turkey's Kurdish Impasse: The View from Diyarbakır«.

Freizer betonte zunächst, dass der Krieg in der Türkei derzeit die höchsten Opferzahlen seit 1999 verursacht. Nach Zählung der ICG gab es seit Juni 2011 mindestens 870 Tote, davon 500 im Jahr 2012: »Leider gibt es in der Türkei seitens der Regierung und der PKK eine große Toleranz für das jetzige Ausmaß der Gewalt.«

Sie sieht zwei Haupthindernisse für eine Verhandlungslösung:

1. Die innenpolitische Lage: »Erdoğan scheint kalkuliert zu haben, dass Nationalismus ihm eher Stimmen bringt als progressive Politik. Er muss glauben, dass er geringe Aussichten hat, einen größeren Teil der kurdischen Stimmen zu bekommen als die AKP schon hat.«

2. Die internationalen Umstände: »Über die Idee von ›null Probleme mit den Nachbarn‹ macht man sich heute lustig. Trotz ihrer starken Statements zu Syrien sieht die Türkei zunehmend wie der Kaiser ohne Kleider aus.«

Freizer endete mit einer differenzierten Empfehlung: »Ein Waffenstillstand ist nicht entscheidend, es würde aber viel Vertrauen überall schaffen, wenn die PKK ihre Angriffe stoppt oder vermindert. Die Regierung sollte die kurdische Bewegung beteiligen. Lasst die Anwälte Öcalan sehen. Aber Verhandlungen mit der PKK sind nicht notwendig. Entwaffnung und Demobilisierung können später kommen. Jetzt muss die Türkei zunächst die Rahmenbedingungen *[Verfassung, Gesetzgebung – Anmerkung UP]* in Ordnung bringen.« In der Diskussion präzisierte sie: »Ich wollte nicht sagen, dass nur die Verfassung wichtig ist. Verschiedene Formen von Verhandlungen sind nötig. Aber in Europa wurde Frieden immer durch eine Verfassungsänderung erreicht. Sonst bleibt die Lage wie in Kosovo oder Nagorni-Karabach instabil.«

Auch die JournalistInnen **Nuray Mert** und **Ali Akel**, Türkei, nahmen die Regierung in die Verantwortung. Akel: »Der Staat muss seine Schuld eingestehen und sich gegenüber der Gesellschaft erklären. So war die Entschuldigung für das Massaker von Dersim 1937/1938 eine Erleichterung für die Aleviten.«

Osman Kavala aus Istanbul (Spitzname »der rote Millionär«) kommt zu folgender Einschätzung: Erdoğan kann bis zu den Wahlen ein Abkommen mit der kurdischen Bewegung anstreben, auch wenn es nicht den Eindruck macht. Aber wenn die Kämpfe weitergehen, wird mehr und mehr die Regierung dafür verantwortlich gemacht werden. Auf der anderen Seite würden nationalistische und rassistische Tendenzen zunehmen, so wie in Griechenland.

Zwei Brieftauben nach Ankara

Die Statements von **Zübeyir Aydar**, Exekutivratsmitglied des Kurdischen Nationalkongresses (KNK), und **Selahattin Demirtaş**, Co-Vorsitzender der BDP, wurden am zweiten Konferenztag als besondere Tagesordnungspunkte vorgesehen. Aydars Statement war eine Aufforderung an die türkische Regierung, die Verhandlungen wieder aufzunehmen: »Unsere Haltung als kurdische Seite ist offen und klar. Unsere Forderungen sind ein Minimum für ein demokratisches Land.« *[s. S. 37]* Es folgte eine Neuformulierung der Position des KNK mit zehn Vorschlägen bzw. Forderungen und vier Punkten zur praktischen Umsetzung:

1. Einrichtung eines Verfassungsrates mit Vertretern beider Seiten, inklusive politischer Parteien und NGOs, der die Verfassungs- und Gesetzesfragen diskutiert.

2. Einrichtung eines Friedensrates mit Vertretern der beiden Seiten, der die Fragen der Sicherheit und der bewaffneten Kräfte behandelt.

3. Einrichtung einer Aufklärungs- und Gerechtigkeitskommission, um die Wahrheit über begangene Menschenrechtsverletzungen aufzudecken.

4. Durch diese Räte und Kommissionen muss eine direkte Kommunikation mit Herrn Abdullah Öcalan gewährleistet sein.

Selahattin Demirtaş kam in seinem Beitrag darauf zurück: »Was Herr Aydar hier auf dieser Konferenz wiederholt hat, ist eine offizielle Erklärung: Eine der Parteien in diesem Konflikt ist bereit für Verhandlungen.« Demirtaş formulierte auch eine Selbstkritik zu den abgebrochenen Verhandlungen von 2008 bis Juni 2011. Die BDP habe den Fehler gemacht, die Verhandelnden bei den Oslo-Gesprächen alleinzulassen. Bei zukünftigen Verhandlungen will die BDP einen Beitrag leisten und eine Rolle spielen.

Die ernste Bemerkung, dass für Verhandlungen gleiche Voraussetzungen nötig seien, lockerte er mit einem Scherz auf: »Die Lösung ist nicht, Erdoğan auch nach Imralı zu schicken, sondern Abdullah Öcalan muss da raus.«

Fazit

Diese jährlichen Konferenzen haben eine Funktion als »Temperaturfühler« und Gelegenheit zur Reflexion. Der norwegische Anwalt Jon Rud, einer der Gründer der EUTCC, erklärte mir, dass anfangs fast nur der PKK nahestehende Sprecher teilgenommen haben und nicht wie heute auch Mainstream-Journalisten und Vertreter anderer politischer Richtungen und internationaler Institutionen. Durch die erreichte Breite des politischen Spektrums kann die EUTCC – wie in diesem Jahr geschehen – deutliche Signale aussenden und somit politischer Akteur sein. ♦

Rede auf der 9. Internationalen EUTCC-Konferenz zur Türkei und den Kurden

Für die KurdInnen ist Öcalan der Hauptverhandlungspartner

Zübeyir Aydar, Mitglied des Exekutivrats des KNK



Die seit Beginn der Beitrittsverhandlungen der Türkei mit der EU jährlich seitens der EUTCC veranstalteten internationalen Konferenzen zum Thema »EU, Türkei und die Kurden«, bei denen die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU aus ziviler Sicht betrachtet und verfolgt werden, sind eine wichtige und begrüßenswerte Initiative. Es ist offensichtlich, dass das Hauptthema der 9. Konferenz den Punkt »Verhandlungen in der kurdischen Frage« auf die Tagesordnung bringt und seinen Beitrag zu den Lösungsdiskussionen leistet. Ich bedanke mich bei der EUTCC und allen, die dazu beitragen, für diese wertvolle Arbeit und wünsche allen Erfolg.

Auch ich werde versuchen, passend zum Hauptthema der Konferenz und zur Überschrift dieser Diskussionsrunde, die Punkte Dialog, Verhandlungen, »Roadmap«, politische Lösung und Frieden aus der Sicht der KurdInnen zur Sprache zu bringen. Ich werde versuchen, Fragen zu beantworten wie »Was versteht die kurdische Seite unter diesen Begriffen? Wie steht sie zu diesen? Gibt es Aktivitäten in dieser Hinsicht? Wie steht sie zu einer solchen Phase?«.

Ich bin überzeugt davon, dass die Anwesenden ausreichende Informationen über die kurdische Frage und die Entwicklung haben. Daher werde ich, ohne auf die historische Entwicklung einzugehen, die aktuelle Lage bewerten, also mich über den letzten kurdischen Aufstand unter der Führung der PKK dem Thema der Lösung nähern. Diskussionen über die Lösung der kurdischen Frage in der Türkei haben zu Beginn der 1990er begonnen, als sich Turgut Özal mit dieser Thematik befasste. Die kurdische Seite stand dieser Suche immer positiv gegenüber. Um der Lösungssuche den Weg zu ebnen, hatte die PKK am 17. März 1993 einen einseitigen Waffenstillstand ausgerufen. Nachdem Özal jedoch auf zweifelhafte Weise gestorben war und die Gegenseite keine positive Reaktion gezeigt hatte, blieb dieser Vorstoß erfolglos und der Waffenstillstand wurde aufgehoben.

1995 und 1998 gab es ähnliche Vorstöße und die kurdische Seite reagierte darauf positiv, indem sie als Reaktion jeweils einen einseitigen Waffenstillstand ausrief.

Die Suche nach einer Lösung wurde von der kurdischen Seite auch fortgesetzt, nachdem Abdullah Öcalan zu Beginn des Jahres 1999 in einem internationalen Komplott in Kenia festgenommen und auf unrechtmäßige und räuberische Weise an die Türkei ausgeliefert worden war. Nach Gesprächen mit Öcalan im Gefängnis wurde im Juli 1999 erneut ein Waffenstillstand ausgerufen. Anders als bei den vorangegangenen wurden dieses Mal, um Provokationen zu verhindern, die Guerillakräfte hinter die Grenzen der Türkei zurückgezogen. Leider unternahmen die türkische Regierung und ihre Führungskräfte auch zu diesem Zeitpunkt keinerlei Schritte hin zu einer friedlichen Lösung. Sie dachten, dass mit dem Ende der Kämpfe das Problem gelöst sei. In mehreren Erklärungen und sogenannten »Roadmaps« machte die kurdische Seite ihre Vorstellungen von einer Lösung deutlich. Die Forderungen der kurdischen Seite wären annehmbar und leicht zu erfüllen gewesen. Aber sie wurden nicht beachtet, unsere wohlwollenden Aufrufe nicht erhört und unser Verhalten als Schwäche betrachtet.

Im Juni 2004 wurde der bewaffnete Kampf darum wieder aufgenommen. Die Regierung meinte dies zunächst nicht beachten zu müssen, doch 2005 und 2006 begann erneut die

Suche nach einer Lösung und Diskussionen wurden geführt. Wieder reagierte die kurdische Seite wohlwollend und positiv und rief mehrmals einen einseitigen Waffenstillstand aus.

Seit dem ersten einseitigen Waffenstillstand 1993 hat die kurdische Seite bis heute insgesamt acht Mal einen solchen erklärt. Da sich die türkische Seite jedoch auf eine Nichtlösung versteifte und die militärischen Operationen, also den Krieg gegen die kurdische Bevölkerung, fortsetzte, blieben sie für eine friedliche Lösung folgenlos.

Der sich 2006 entwickelnde Dialog und die Zeit der Gespräche müssen getrennt von den vorherigen Versuchen betrachtet und bewertet werden. Diese Phase hatte zunächst mit

Für die kurdische Seite stand niemals etwas anderes auf der Tagesordnung als der Frieden und eine politische Lösung mit dem Mittel des Dialogs. Sie hat ihre Forderungen offen und genau zur Sprache gebracht. Diese Forderungen sind über alle Massen nachvollziehbar und stellen Mindestforderungen dar, die in einer Demokratie nicht einmal zur Diskussion stehen sollten.

der Vermittlung von Nachrichten auf Umwegen begonnen. Ende 2007 wurden die Gespräche schließlich von Angesicht zu Angesicht geführt. Diese der Öffentlichkeit als Osloer Verhandlungen bekannte Phase fand zweifach statt. Zum einen mit Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imralı und zum anderen mit VertreterInnen der PKK. Die Verhandlungen fanden parallel statt und ergänzten sich gegenseitig. Die Verbindung zwischen ihnen schafften Gespräche über die schriftlichen Protokolle. Mit einigen Unterbrechungen wurde diese Phase bis zum Juli 2011 fortgeführt. Nachdem die Gegenseite ihre Versprechungen jedoch nicht eingehalten, Treffen abgesagt und keine ernsthaften und erkennbaren Schritte hin zu einer Lösung unternommen hatte, wurden die Verhandlungen beendet.

Vollkommen zu Recht stellen sich viele jetzt die Frage, was in dieser ganzen Zeit besprochen wurde, wer was gesagt hat und aus welchen Gründen es keine erkennbaren Ergebnisse gab.

Die kurdische Seite näherte sich dieser Phase ernsthaft an in dem Bestreben, eine politische Lösung für das Problem zu finden. Sie hat ihre Pflichten erfüllt und die allgemeine und wichtigste Bedingung für Verhandlungen, den Waffenstillstand, eingehalten – außer in Zeiten, in denen die Verhandlungen ins Stocken gerieten, im Gegensatz zum türkischen Militär, das weiterhin militärische Operationen durchführte.

Für die kurdische Seite stand niemals etwas anderes auf der Tagesordnung als der Frieden und eine politische Lösung mit dem Mittel des Dialogs. Sie hat ihre Forderungen offen und genau zur Sprache gebracht. Diese Forderungen sind über alle Maßen nachvollziehbar und stellen Mindestforderungen dar, die in einer Demokratie nicht einmal zur Diskussion stehen sollten. Sie hat für die Lösung eine »Roadmap« und hierzu Protokolle mit möglichen praktischen Schritten erstellt und der Gegenseite vorgelegt. Diese Forderungen sowie die »Roadmap« wurden zu verschiedenen Anlässen veröffentlicht.

Um ihre Ernsthaftigkeit auf der Suche nach Frieden und einer waffenlosen Lösung aufzuzeigen, hat die kurdische Seite, nach Forderungen der türkischen Seite, Friedensgruppen aus der Guerilla und BewohnerInnen des Flüchtlingscamps Maxmur zusammengestellt. Ihnen wurde ein Brief mit Friedensbotschaften mitgegeben. Obwohl die Gegenseite versichert hatte, dass »diese Personen nicht festgenommen und verurteilt« werden würden, geschah später genau dieses und die TeilnehmerInnen der Friedensgruppen wurden zu hohen Strafen verurteilt.

In dieser Zeit ließ die türkische Seite trotz mehrfacher Versprechungen keine Taten in Richtung politische Lösung folgen. Diejenigen, die im Namen der Türkei an den Verhandlungen teilgenommen hatten, erklärten nach den Diskussionen: »Wir werden diese Punkte der Regierung übermitteln und in der nächsten Sitzung die Antwort darauf geben.« Sie sind niemals mit zufriedenstellenden Antworten zurückgekommen. Sie haben bei den Hauptthemen behauptet, dass sie nicht befugt seien. Daraufhin wurde eine befugte Delegation gefordert und vorgeschlagen, »egal wie viele Tage oder Wochen es dauert, so lange weiterzumachen, bis der letzte Punkt geschafft ist«. Doch zeigte die türkische Seite hier keine Reaktion.

Zu der Zeit, in der die Gespräche sich intensivierten, die Regierung die »kurdische Öffnung« zur Sprache brachte, die kurdische Seite den Waffenstillstand ausrief und alle voller Hoffnung auf eine positive Entwicklung der Verhandlungen waren, begann am 14. April 2009 unter der Bezeichnung »KCK-Operationen« die Verhaftungswelle gegen die kurdische Bewegung. Selbst gewählte kurdische PolitikerInnen jeden Ranges wurden und werden inhaftiert, was wir ein »politisches Massaker« nennen. Wir brachten dieses Thema bei den Verhandlungen auf die Tagesordnung und obwohl sie sagten, »dies ist nicht die Haltung der Regierung, sondern einige übereifrige Staatsan-

wälte tun dies auf eigene Veranlassung und nach kurzer Zeit wird es aufhören«, fanden die Razzien und Verhaftungen in noch größerem Ausmaß weiter statt und weiteten sich massiv aus. Diese Razzien dauern noch immer an und die Zahl der Verhafteten hat beinahe 10 000 erreicht.

Gleichzeitig (Anfang 2011) wurde die »Anti-Kurden-Allianz« mit Iran, Irak und Syrien erneuert und ein Angriff von allen vier Seiten nach dem »Sri-Lanka-Tamilen-Modell« geplant, um die kurdische Befreiungsbewegung zu zerstören. Dieser Plan sollte im Juli 2011 umgesetzt werden.

Ganz egal, was andere sagen, die kurdische Seite ist der Auffassung, dass »die türkische Seite den Waffenstillstand brauchte, um die Wahlen erfolgreich durchführen zu können, und die Gespräche geführt hatte, um Zeit zu gewinnen und bei der ersten Möglichkeit zum letzten Schlag ausholen zu können«. Die Realität hat die Wahrheit dieser Auffassung bestätigt.

Aktuell werden keine Gespräche geführt. Seit Juli 2011 finden intensive Kämpfe statt. Die AKP-Regierung krallt sich am »Sri-Lanka-Tamilen-Modell« in Kurdistan fest. In der Türkei werden erneut Diskussionen über eine Lösung geführt. Für die kurdische Seite ist noch keine neue Haltung der Regierung erkennbar. Falls es den Wunsch zu neuen Treffen gibt und die Frage gestellt wird, wie wir dazu stehen, dann wird unsere Antwort positiv sein. Aber wir werden auf Ernsthaftigkeit und Offenheit bestehen, denn vom taktischen Hinhalten haben wir genug.

In der Türkei werden vor allem im nahen Umfeld der Regierung Diskussionen darüber geführt, dass die PKK und das kurdische Problem unterschiedlich und trennbar seien, dass Imralı, Kandil und Europa etwas anderes seien oder »es mehrere wichtige Köpfe in der Organisation« gäbe und »die Organisation Handlanger anderer Kräfte« sei. Dies sind Argumente, die im Zentrum der psychologischen Kriegsführung stehen und die Versteifung auf eine Nichtlösung bedeuten.

Folgendes sage ich klar und deutlich: Es ist nicht möglich, eine Lösung für das kurdische Problem zu finden, ohne die Befreiungsbewegung unter der Führung der PKK zu beachten. In der Organisation gibt es nicht verschiedene Köpfe, es gibt keine unterschiedlichen Flügel, die Organisation ist eine Einheit und Abdullah Öcalan ist ihr Vorsitzender. Die Tagesordnung der Organisation ist die kurdische Frage, ist Kurdistan, ist das Wohl und die Freiheit des kurdischen Volkes. Es gibt keine andere Tagesordnung und erst recht nicht die, auswärtigen Kräften zu dienen, was auch niemals eine Absicht sein kann.

Folgendes sage ich klar und deutlich: Es ist nicht möglich, eine Lösung für das kurdische Problem zu finden, ohne die Befreiungsbewegung unter der Führung der PKK zu beachten. In der Organisation gibt es nicht verschiedene Köpfe, es gibt keine unterschiedlichen Flügel, die Organisation ist eine Einheit und Abdullah Öcalan ist ihr Vorsitzender.

Wo wir gerade bei den auswärtigen Kräften sind, muss insbesondere einmal auf die Haltung Europas und der westlichen Kräfte eingegangen werden. Die Haltung des Westens ist nicht der Lösung dienlich, sie dient sogar den Kräften, die gegen eine Lösung arbeiten. Jede/r, der/die ein Gewissen hat, weiß, dass der Befreiungskampf des kurdischen Volkes ein rechtmäßiges und legitimes Unterfangen ist. Es ist unrecht und grausam, ihn des Terrorismus zu beschuldigen, und es bedeutet, sich auf die Seite der Tyrannen zu stellen. Der Westen beschuldigt die Befreiungsbewegung Kurdistans des Terrorismus, geht darum gegen kurdische PolitikerInnen und Institutionen vor und unterstützt zudem das türkische Militär. Es ist offensichtlich, dass diese Haltung kein Beitrag zu einem möglichen Lösungsprozess ist. Es ist nicht möglich, auf eine politische Lösung hinzuarbeiten, ohne die Terrorliste und die daraus resultierenden Handlungen aufzuheben.

Wir als kurdische Seite haben eine klare und deutliche Haltung. Unsere Forderungen sind nachvollziehbar. Sie sind Mindestforderungen, die in einem demokratischen Land eine Selbstverständlichkeit darstellen sollten. Die Lösungsvorschläge und praktischen Ansätze, die ich im Folgenden präsentiere, sind vielleicht nicht wortwörtlich, aber inhaltlich dieselben Ansätze, die wir der Gegenseite und der Öffentlichkeit mehrfach vorgeschlagen haben. Ich möchte in diesem Rahmen unsere Lösungsvorschläge noch einmal auflisten:

1. Die Schaffung einer neuen und demokratischen Verfassung, an der alle in der Türkei lebenden gesellschaftlichen und ethnischen Gruppen teilhaben. Auf dieser Basis sollen in der neuen Verfassung alle ethnischen Identitäten in der Türkei verfassungsrechtlich StaatsbürgerInnen der Türkei sein, wobei die Existenz der kurdischen Identität explizit genannt werden soll.

2. Mit der Anerkennung der kurdischen Identität sollen die kurdische Sprache und die Bildung in dieser neu organisiert werden, wobei von der Grundschule bis zur Universität Kur-

disch als Lehrsprache benutzt werden soll. In Gebieten, in denen überwiegend KurdInnen leben, soll neben Türkisch Kurdisch als zweite offizielle Sprache benutzt werden.

3. Barrieren, die dem Weiterleben und der weiteren Entwicklung der kurdischen Kultur entgegenstehen, sollen beseitigt werden und dieselben Rechte, die anderen Kulturen zugesprochen werden, auch für die kurdische Kultur gelten. Es soll keinerlei Einschränkungen bei Rundfunk, Fernsehen und Presse geben.

4. Alle Hindernisse, die einer freien Politik im Weg stehen, sollen beseitigt werden, indem Verbote und Einschränkungen bei Gedanken-, Glaubens- und Meinungsfreiheit sowie im Organisationsrecht aufgehoben werden.

5. Es soll ein demokratisches Kommunalverwaltungsrecht geschaffen werden. Beginnend mit regionalen Räten sollen die Befugnisse des demokratischen, regionalen, politischen Willens gestärkt werden und auf der Basis einer regionalen Verwaltung soll eine demokratische Selbstverwaltung sichergestellt werden.

6. Das Dorfschützersystem soll aufgelöst werden, wobei dies mit ökonomischen und sozialen Maßnahmen begleitet wird.

7. Um die gesellschaftlichen Wunden zu heilen und das Ungleichgewicht wieder ins Gleichgewicht zu bringen, sollen alle Hindernisse, die einer Rückkehr der Zwangsumgesiedelten im Weg stehen, beseitigt werden. Die Schäden der Kriegsopfer sollen beglichen, die Dörfer der BewohnerInnen neu aufgebaut werden, und um ihnen den Übergang in die Produktion zu ermöglichen, sollen sie behördlich, rechtlich und ökonomisch unterstützt werden.

8. In den kurdischen Gebieten soll eine Mobilisierung zum ökonomischen Aufschwung gestartet werden und mit staatlich unterstützten Investitionen begonnen werden. Private Initiativen sollen vor allem mit Hilfe von Steuersenkungen und Niedrigzinskrediten angeregt werden und andere Quellen sollen geschaffen werden.

9. Auf der Basis eines Gesetzes über den gesellschaftlichen Frieden und eine demokratische Beteiligung sollen sich die kurdische und die türkische Gesellschaft gegenseitig um Vergebung bitten. Es soll ermöglicht werden, dass Abdullah Öcalan und alle politischen Gefangenen sowie die politischen Flüchtlinge im Ausland am gesellschaftlichen und politischen Leben teilhaben können.

10. Mit der Schaffung einer bleibenden Lösung soll eine Lösung für die Guerilla gefunden werden, bei der sie im Rahmen der vorhandenen Gesetze entweder als eine regionale Sicherheitskraft weiter existiert oder ihre Existenz mit einem neuen Status in dieser demokratischen Lösung bewahrt wird.

Als praktische Ausführungen:

1. Gründung eines Verfassungsrates, in dem beide Seiten, politische Parteien und VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen vertreten sind und der die Verfassung und gesetzlichen Themen behandelt.

2. Gründung eines Friedensrates, in dem beide Seiten und RepräsentantInnen betreffender Kräfte vertreten sind, der die Situation der bewaffneten Kräfte und Sicherheitsthemen behandelt.

3. Gründung einer Kommission zur Wahrheitsfindung und des Rechts, um die bisher durch die Kämpfe erfahrenen großen Leiden und Traumata in der Türkei und in Kurdistan im Sinne der internationalen Kriegsregeln und Menschenrechte zu untersuchen, um wiederum den demokratischen Frieden, die Entwicklung der Abkommen und den Sicherheitsrahmen sicherzustellen.

4. Es soll sichergestellt werden, dass diese Räte und diese Kommission eine direkte Kommunikationsverbindung zu Abdullah Öcalan haben.

An diesem Punkt müssen wir auf die Position Abdullah Öcalans eingehen. Öcalan ist Gründer der Bewegung, gleichzeitig ist er der Einzige, der sowohl innerhalb der gesamten Organisation als auch innerhalb der bewaffneten Kräfte, innerhalb der Jugend und innerhalb der Bevölkerung einen großen Einfluss hat.

Aus Sicht der kurdischen Seite ist er der Hauptverhandlungspartner. Für ergebnisreiche Verhandlungen muss sichergestellt werden, dass er sich unter Garantie seiner Gesundheit und Sicherheit frei bewegen kann.

Dies alles kann unserer Meinung nach verwirklicht werden. Dies sind unsere Vorschläge. Wir sind dafür offen, uns alle Vorschläge der Gegenseite oder jeder/s anderen Betroffenen anzuhören.

In diesem Sinne wünsche ich dieser Konferenz, dass sich in der kurdischen Frage ein neuer Horizont eröffnet und sie einen Beitrag zur Lösung leistet, und verabschiede mich mit Hochachtung. ♦

Rede auf der 9. Internationalen EUTCC-Konferenz zur Türkei und den Kurden

Neubestimmung von Politik und Demokratie im Mittleren Osten

Joost Jongerden, Soziologe

Vor einigen Wochen war ich in Istanbul. Dort habe ich mir für meinen Rückflug nach Amsterdam das neue Buch von Cengiz Çandar mit dem Titel »Mezopotamya Ekspresi« (zu Deutsch »Mesopotamien-Express«) gekauft. Das Buch war schnell zu lesen und verfügte zugleich über eine Vielzahl von wichtigen Details. Eine Botschaft des Buches würde ich gerne mit Euch hier teilen; sie lautet, dass wir die Dinge beim Namen benennen sollten. Um seine Botschaft zu untermauern, greift Çandar in seinem Buch auf ein Zitat des Literatur-Nobelpreisträgers von 1998 José Saramago zurück, welches lautet: »Worte wurden den Menschen nicht dafür gegeben, um Gedanken zu verschweigen.« Für Çandar bedeutet, die Dinge beim Namen zu nennen, auch, dass die kurdische Frage nicht in weitschweifenden Umschreibungen beschrieben werden sollte, sondern eben als kurdische Frage benannt werden sollte. Çandar gibt direkt auch ein Beispiel dafür, wie mensch es nicht machen sollte, und führt hierfür das Verhalten des türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan an. Dieser hatte zunächst noch die Initiative der politischen Öffnung als »Kurdische Öffnung« bezeichnet, dann hatte er allerdings auch begonnen, das Thema zu verschleiern und bezeichnete die Initiative als »Projekt für die Geschwisterlichkeit und für die nationale Einheit«.

Lassen Sie mich kurz erklären, wie ich die Botschaft in meine Rede heute hier einfließen lassen möchte.

Ausgehend von dem Leitsatz, dass Worte nicht dafür da sind, Gedanken zu unterdrücken, sondern sie auszudrücken, möchte ich mit der Feststellung beginnen, dass ich ein großes Interesse demgegenüber hege, wie neue Formen von Politik und ein Neudenken von Demokratie durch diejenigen Organisationen vorgebracht werden, die üblicherweise in den Kontext der Arbeiterpartei Kurdistans, der PKK, gesetzt werden. Ich könnte diese Entwicklungen auch breit diskutieren, ohne explizit den Namen der PKK zu erwähnen. Aber ich möchte, wie gesagt, die Dinge beim Namen nennen. Um kurz bei diesem Thema zu bleiben, möchte ich noch anmerken, dass ich ohnehin denke, wir sollten die PKK als eine ernstzunehmende politische Organisation betrachten und von unserem einseitigen und eindimensionalem Bild, durch welches die PKK bloß mit Terrorismus gleichgesetzt wird, Abstand nehmen. Wir sollten uns endlich von dem amerikanischen Post-9/11-Diskurs, welcher von Europa übernommen wurde, lösen. Wir sollten die Debatte aus einem politischen Blickwinkel anstatt durch die »Sicherheits-Brille« betrachten. Kurz gesagt: Wir sollten die Politik demilitarisieren (Cizre 2009: 3). Ich werde im Folgenden aufzeigen, dass es vor allem die Militarisierung der Politik war, die uns zur gegenwärtigen Krise des Staates geführt hat.

Wenn wir heute auf den Mittleren Osten schauen und es uns gelingt, durch den Schleier und den Dunst des Krieges zu sehen, werden wir erkennen, dass in der Region neue Formen von Politik und Demokratie auf der Grundlage von praxisbezogenen Versuchen und Experimenten entstehen. Ich beziehe mich hierbei auf die Volksratsstrukturen, die in verschiedenen Orten wie Dêrik (Syrien) oder Diyarbakır (Türkei) errichtet worden sind. Durch diese Strukturen verfügen die Menschen über eine größere Verantwortung und über eine größere Kontrolle ihres alltäglichen Lebens. Wenn wir die Menschen fragen, die an diesen Strukturen partizipieren, sprechen sie von der »Demokratischen Autonomie« oder vom »Demokratischen Konföderalismus«. Diese Begriffe zeigen, dass die Menschen nicht als bloße lokale Initiativen denken, sondern sich als Teil eines größeren Projekts oder einer größeren Idee begreifen.

Außerhalb der kurdischen Bewegung sind allerdings die Ideen des Demokratischen Konföderalismus oder der Demokratischen Autonomie kaum bekannt oder werden bewusst ignoriert. Dabei ist es vor allem für diejenigen, die sich mit demokratischen Innovationen bzw. neuen Formen demokratischer Partizipation auseinandersetzen, interessant, sich tiefergehend mit diesen Ideen und Modellen zu beschäftigen. Und die Konzepte werden auch innerhalb der kurdischen Gesellschaft weiterhin diskutiert. Wir sollten vielleicht zunächst einmal festhalten, dass mit unserem gebräuchlichen politischen Vokabular die Konzepte missverstanden werden könnten. So wird beispielsweise der Begriff der Autonomie in erster Linie

nicht als Kompetenz (Illich 1977) oder als Praxis (Negri 1984) der Bevölkerung oder auch als Entwicklung einer gemeinsamen Leitung (Hardt & Negri 2009) verstanden, sondern als rechtlich abgesicherte Vereinbarung. Da es schwer ist, diese rechtlichen Begriffe abzuändern, sollten wir darauf achten, die besagten Konzepte nicht voreilig auf der Grundlage dieses alten Vokabulars misszuverstehen.

Die Herausforderung besteht also darin, diese Experimente nicht voreilig abzuschreiben, weil sie sich für unser Ohr fremd anhören, oder weil wir die Akteure, die dahinter stecken, nicht leiden können. Sondern wir sollten versuchen, diese Projekte nachzuvollziehen und ihre Entwicklung zu begreifen. Nur so können wir auch von ihrer Komplexität lernen (Gibson-Graham 2008: 618). Deshalb ist mein heutiges Ziel, die Demokratische Autonomie und den Demokratischen Konföderalismus näher zu beschreiben und sie als neue Formen politischen Handelns zu erforschen. Ich werde diese zwei Konzepte, oder vielmehr diese zwei praktischen Experimente, anschauen und sie in den breiteren Kontext der Debatte über neue Formen der Demokratie, welche derzeit in der akademischen Welt und breiteren Teilen der Gesellschaft geführt wird, setzen.

Die Idee der Neugestaltung der Gesellschaft wird in den verschiedenen Kreisen der kurdischen Bewegung als ein Projekt der Radikalen Demokratie gedacht. Und dieses Demokratiekonzept ist deshalb radikal, weil es sich eine Demokratie jenseits von Nation und Staat vorstellt.

Es gibt genügend Gründe, um den Blick auf neue Formen der Demokratie und der Politik zu werfen. Die Gewaltexplosion im Nahen und Mittleren Osten ist ein Symptom dessen, was als Krise des Staates bezeichnet wird. Die vielzitierte Definition Webers (1919) bezeichnet den Staat als die Gemeinschaft, die »innerhalb eines bestimmten Gebietes […] das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit für sich (mit Erfolg) beansprucht«. Obwohl die Legitimität des Gewaltmonopols den Staat ausmacht, kann die Anwendung dieser Staatsgewalt diese Legitimität untergraben. Wenn der Staat die Notwendigkeit sieht, von seinem Gewaltmonopol alltäglich Gebrauch zu machen, kann das dazu führen, dass er seine funktionalen Kompetenzen und dadurch seine Legitimität verliert. In einem solchen Fall wird, um es in den Worten von Walter Benjamin zu sagen, der Notstand zur Normalität. Und diese »Normalität« bestimmt den Alltag der kurdischen Region – in Syrien, der Türkei, Irak und Iran – seit Jahrzehnten.

In der Türkei hält die repressive Grundhaltung des Staates als vermeintliche Antwort auf die Gefahr, welche die Republik existenziell bedroht, weiterhin an. Diese Gefahr wird in nicht weniger gesehen als der Anerkennung der kurdischen Identität und der Forderungen nach gleichen Menschen- und Bürgerrechten. Während die PKK weiterhin aus der Luft und von der Erde aus mit allen Mitteln bekämpft wird, werden legale Organisationen, die »für das Recht auf Rechte« eintreten, verfolgt und verboten und ihre Mitglieder Repressionen ausgesetzt und inhaftiert. Allerdings sind sowohl die PKK als auch die legalen Organisationen die Folge oder der Ausdruck dessen, dass die Politik vom Sicherheitswahn der Akteure bestimmt wird. Die PKK und die legalen Organisationen stellen somit auch die Umkehrung des clausewitzschen Ausdrucks dar: Die Politik ist in ihrem Fall die Fortführung des Krieges. Denn der Krieg ist in diesem Fall keine Ausnahmesituation, sondern die Regel (Hardt & Negri 2004: 6). Die Erzeugung eines homogenen einzelnen Volkes, das ultimative Ziel jedes Nationalstaats, ist hier zugleich die Kriegserklärung an ein Volk als Ganzes.

Die Frage, mit der ich mich beschäftigen möchte, ist dennoch nicht das Problem des Staates, sondern die Frage, wie eine Verwaltung, ein Regieren jenseits des Staates funktionieren kann. 1991 schrieb der libertäre Sozialist Murray Bookchin, dass »der größte Fehler von Bewegungen, die eine Neugestaltung der Gesellschaft anstreben, ihr Mangel an einem politischen Konzept ist, welches die Menschen über den gegebenen Status quo hinausträgt« (Bookchin 1991: 3). Mit dieser Kritik, die sich an linke Gruppen und Organisationen richtet, die für sich den Anspruch erheben, die unterdrückten Teile der Gesellschaft zu vertreten, will Bookchin ausdrücken, dass eine Neugestaltung der Gesellschaft ihren Fokus jenseits von Staatsmacht und Markt legen muss (Bookchin 1990: 13; 1991: 7). Was leider wenig beachtet wird, ist die interessante Tatsache, dass heute innerhalb der kurdischen Bewegung intensiv über die Prinzipien der Neugestaltung der Gesellschaft diskutiert wird.

Die Idee der Neugestaltung der Gesellschaft wird in den verschiedenen Kreisen der kurdischen Bewegung als ein Projekt der radikalen Demokratie gedacht. Und dieses Demokratiekonzept ist deshalb radikal, weil es sich eine Demokratie jenseits von Nation und Staat vorstellt. Diese Vorstellung soll mit insgesamt drei Projekten umgesetzt werden: die Demokratische Republik, der Demokratische Konföderalismus und die Demokratische Autonomie. Soweit ich es verstehe, bezieht sich die Demokratische Republik auf die Bürgerrechte des Einzelnen und ist deshalb weiterhin verknüpft mit der Idee des Staates. Die Konzepte der Demokratischen Autonomie und des Demokratischen Konföderalismus hingegen beziehen sich auf das, was wir als die autonomen Fähigkeiten des Volkes bezeichnen würden. Es handelt sich mehr um direkte

und weniger um repräsentative Formen von politischen Strukturen. Die Demokratische Autonomie bezeichnet den Tätigkeitsbereich des Volkes, mit dem es für sich selbst produziert und sich reproduziert. Die Menschen sind durch direktes Engagement und Kollaboration selbst dafür verantwortlich, sich ihre gewünschten Lebensumstände zu schaffen. In der autonomistischen marxistischen Literatur wird dieser Umstand auch als Selbst-Aufwertung (engl. self-valorisation, Cleaver 1992) bezeichnet. Der Demokratische Konföderalismus kann als ein bottom-up-Selbstverwaltungssystem angesehen werden. Und hierauf möchte ich im letzten Teil meines Beitrags genauer eingehen.

Als ich in Amed (Diyarbakır) einen Verantwortlichen der BDP sprach, erklärte mir dieser, dass der Demokratische Konföderalismus als eine Alternative zum Kapitalismus, welcher historisch seinen ideologischen, organisatorischen und politischen Ausdruck im Nationalstaat gefunden habe, entwickelt werde. Zugleich stellt das System für ihn auch einen Ersatz und eine Erweiterung des gescheiterten Modells des real existierenden Sozialismus dar, welchem es nicht gelungen sei, politische Alternativen zu entwickeln. Der BDP-Verantwortliche erklärte mir, dass der Demokratische Konföderalismus sich nicht an der Übernahme der Staatsmacht orientiere, er orientiert sich überhaupt nicht am Staat, sondern sei darauf fokussiert, alternative Formen der Selbstorganisierung zu schaffen.

Nachdem die kurdischen Volksverteidigungseinheiten YPG die Truppen des Baath-Regimes aus Nordsyrien bzw. Westkurdistan verdrängt hatten, kamen die lokalen Rätestrukturen überall zum Vorschein. Diese Rätestrukturen, organisiert unter dem Schirm des Demokratischen Konföderalismus, bestanden auch zuvor als Parallelstruktur zu denjenigen des Staates und versuchten bei gesellschaftlichen Konflikten zu vermitteln. Aber mit dem Zusammenbruch des Staates übernahmen die Räte nun weitaus größere Verantwortung. Sie fingen an, das Alltagsleben zu organisieren, die Sicherheit zu gewährleisten und sich um grundlegende Sozialleistungen wie die Erziehung und die Gesundheitsvorsorge zu kümmern.

Es war der inhaftierte PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan, der die Debatten über die Demokratische Autonomie und den Demokratischen Konföderalismus unter den Kurden initiiert hat. Und er tat dies aufbauend auf den Schriften von Murray Bookchin. Bookchin unterscheidet zwischen Ideen über die Politik, dem Hellenischen/Griechischen Modell und dem Römischen Modell. Diese beiden Modelle unterscheiden sich durch ihre unterschiedliche Auffassung des Regierens. Das Hellenische Modell steht für eine partizipativ-demokratische Form der Politik, während das Römische Modell für eine zentralistische und statische Form der Politik steht (White 2008: 159). Das Römische Modell, so die Argumentationsfolge, ist in der modernen Gesellschaft zur dominanten Politikform geworden und hat sich durch die Verfassungen Amerikas und Frankreichs im 18. Jahrhundert institutionalisiert. Das Hellenische Modell hingegen stellt das Gegenmodell hierzu dar. Es fand seinen Ausdruck in der Pariser Kommune von 1871, den Räten (Sowjets) in der Frühlingsphase der Russischen Revolution 1917 oder in der Spanischen Revolution 1936. Das statische, zentralistische Römische Modell schafft Menschenherden (Kropotkin 1897), während das Hellenische Modell die aktive Bürgerschaft fördert (Bookchin, 1990: 11).

Bookchin projiziert das Hellenische Modell auf seine politischen Vorstellungen, die eine Rückkehr der Menschen zu aktiven Bürgern in einem konföderalen System vorsieht, bei welchem ein Netzwerk von Räten erschaffen werden soll, die in Dörfern, Kreisstädten oder gar in den Stadtteilen der Metropolen ihre Delegierten von Angesicht zu Angesicht wählen können. Nach Bookchin (1990) »erreicht der Konföderalismus seine vollste Entwicklung, wenn lokale Farmen, Fabriken und Unternehmen in die kommunale Hand überführt werden« oder »wenn eine Community anfängt, ihre ökonomischen Ressourcen vernetzt mit anderen Communities eigenständig zu managen«. In solch einem Modell wird die Ökonomie unter die Aufsicht der konföderalen Räte gestellt und sie ist dadurch weder kollektiviert noch privatisiert, sie ist schlichtweg gemeinschaftlich. Der Konföderalismus und die Autonomie sind Leitmotive in Bookchins »radikaler Neugestaltung der Gesellschaft« und sie sind heute auch die Leitmotive der kurdischen Bewegung.

Die KCK begreift sich selbst als eine Bewegung, die für die Etablierung ihrer eigenen Demokratie kämpft, eine Demokratie, die weder auf existierenden Staaten beruht noch die Staaten als Hindernis betrachtet.

Von diesen Gedanken beeinflusst hat Öcalan ein ähnliches Verständnis des Konföderalismus entwickelt. Parallel zu Öcalans Analyse der Zivilisationsgeschichte, in welcher er auch seine Staatskritik zum Ausdruck bringt, verurteilt er zugleich auch das Scheitern des Realsozialismus und der nationalen Freiheitsbewegungen, die ebenfalls in die Falle des Staates und der Staatswerdung gefallen sind. Folgerichtig haben sich seit dem Jahr 2005 die PKK und alle Organisationen, die sich ihr verbunden fühlen, auf der Basis eines Projekts mit dem Namen KCK (Koma Civakên Kurdistan, Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans) organisiert, welches sich zum Nationalstaat als eine alternative gesellschaftliche Organisation begreift. Das Ziel dieses Projekts ist eine Organisierung von

unten nach oben in Form von Versammlungen. Die KCK begreift sich selbst als eine Bewegung, die für die Etablierung ihrer eigenen Demokratie kämpft, eine Demokratie, die weder auf existierenden Staaten beruht noch die Staaten als Hindernis betrachtet (PKK, 2005: 175). In ihrem Gründungspapier, dem »KCK-Vertrag«, wird ihr Hauptziel als Kampf um die Ausweitung der radikalen Demokratie betrachtet, welche auf den demokratischen Organisationen des Volkes und der Entscheidungsmacht des Volkes basiert.

In Amed habe ich verschiedene Menschen, sowohl Frauen als auch Männer, getroffen, die aktiv in den Rätestrukturen tätig sind. Und sie hörten sich sehr selbstbewusst an. »Unser Ziel ist es, unseren alltäglichen Problemen selbst zu begegnen, sie, hier in unserem Stadtteil, selbst zu lösen, ohne dabei auf den Staat angewiesen zu sein«, erklärte der Vorsitzende eines Rates in einem der ärmsten Viertel der Stadt. Andere fügten hinzu: »Der Staat ist eine Last auf den Schultern des Volkes« oder »Wir versuchen, ohne den Staat zu leben«. Selbstkritisch ergänzten sie aber auch: »Die Idee des Staates hat sich in den Köpfen der Menschen eingenistet, und es ist schwierig, mit den Leuten über Politik zu sprechen, ohne auf den Staat zu sprechen zu kommen. Deswegen machen wir beides. Wir üben unsere Selbstorganisierung und lernen mit unserer Praxis, Dinge besser zu verstehen.« Das, was die Menschen beschreiben, ist Demokratie in ihrer Praxis. Das ist auch die Selbstverwaltung in einer neuen Form. Einer Form, die auf den Kapazitäten und Fähigkeiten der Menschen basiert.

Und funktionieren diese Räte gut? Nein, das tun sie nicht. Neben einigen spezifischen, praktischen Problemen, wurden viele Menschen, die in den Strukturen aktiv waren, im Rahmen der KCK-Operationen des Staates in den letzten Jahren festgenommen. Obwohl ihre Arbeit in keiner Weise kriminell ist – im Gegenteil, sie passt wunderbar in die Reihe der türkischen Initiativen der partizipativen Demokratie, wie der Lokalen Agenda 21, Initiativen des Bürgerhaushalts oder der aktiven Bürgerschaft, wie sie in der Stadt Çanakkale versucht worden sind (Akman 2009) –, wurden sie als terroristisch gebrandmarkt. Und diese Brandmarkung erfolgte sicherlich nicht aufgrund der Leistungen oder der Fehler der Initiativen, die auf der Idee der aktiven Bürgerschaft basieren, selbst, sondern einfach, weil sie mit der PKK in Verbindung gebracht werden, was eine reflexartige Reaktion des Staates hervorruft. Ich würde behaupten, dass dies eine verpasste Möglichkeit für die politische Lösung des Konflikts ist.

Obwohl noch viel zu sagen ist, sollte ich zum Ende kommen. Die Darstellung des Demokratischen Konföderalismus und die Möglichkeit, dass er eine paradigmatische Verschiebung der Politik auslösen könnte, mag sich utopisch anhören. Und das ist es auch! Demokratie in ihrer radikalen und genuinen Form ist tatsächlich ein Ideal, was es anzustreben gilt. Wie Eduardo Galeano (2006) es einmal beschrieben hatte: »Die Utopie ist der Horizont: Wenn ich zwei Schritte auf ihn zugehe, entfernt er sich um zwei Schritte … Ich gehe zehn Schritte auf ihn zu und er ist zehn Schritte weiter entfernt. Wofür ist dann die Utopie gut? Genau hierfür, um zu gehen.«

Und wir müssen auch gehen. Das Gehen kann uns aus den verwurzelten Positionen, die zu so viel Blutvergießen geführt haben, herausbewegen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. ♦



Joost Jongerden ist Entwicklungssoziologe mit den Schwerpunktgebieten Agrarwissenschaften, Technologische Studien und Konfliktforschung. Seine Doktorarbeit hat Jongerden zum Thema Siedlungs- und Umsiedlungspolitik geschrieben, wobei er sich vor allem auf die Türkei und die Situation der KurdInnen fokussiert hat.

Fußnoten:

Akman, Hale Evrim (2009), Participatory Budgeting in Çanakkale, Turkey, in: OECD, Focus on Citizens: Public Engagement for Better Policy and Services, OECD Publishing. http://dx.doi.org/10.1787/9789264048874-14-en.
Bookchin, Murray (1990), The Meaning of Confederalism, in: Green Perspectives, Issue 20, November 1990; Republished in Society and Nature, vol.1, No.3.
Bookchin, Murray (1991), Libertarian Municipalism: An Overview, in Green Perspectives, Issue 24, October 1991.
Çandar, Cengiz (2007), Mezopotamya Ekspresi. Istanbul: Iletişim Yayınları.
Casier, Marlies, Nic Walker and Joost Jongerden (2011). Fruitless Attempts? The Kurdish Initiative and the containment of the Kurdish Movement in Turkey, in: New Perspectives on Turkey, Issue 44 pp. 103-125.
Cizre,Umit (2009), The Emergence of the 'Government's Perspective' on the Kurdish issue, Insight Turkey 11, no. 2.
Hardt, Michael, and Antonio Negri (2004), Multitude. New York: The Penguen press.
Galeano, Eduardo (2006), Las Palabras Andantes, available at: http://www.patriagrande.net/uruguay/eduardo.galeano/las.palabras.andantes/ventana.sobre.la.utopia.htm
Hardt, Michael, and Antonio Negri (2009), Commonwealth, Cambridge: Harvard University Press.
Illich, Ivan, Irving Kenneth Zola, John McKnight, Jonathan Caplan, Harley Shaiken (1977), Disabling Professions, London: Marion Boyars.
Kropotkin, Peter (1897), The State: It's historical role. Available at http://www.panarchy.org/kropotkin/1897.state.html.
Negri, Antonio (1984), Marx beyond Marx, Lessons on the Grundrisse. New York: Bergen and Garvey.
White, Damian F. (2008), Bookchin: A Critical Appraisal. London: Pluto Press.
PKK. (2005), Partiya Karkerên Kurdistan, PKK Yeniden Inşa Kongre Belgeleri. Istanbul: Çetin Yayinlari.

Das Massaker von Roboskî als Mahnung

Ohne Gerechtigkeit kein Frieden

Ferhat Encü, dessen Bruder beim Massaker von Roboskî getötet wurde

Anlässlich des Jahrestages des Massakers von Roboskî und aufgrund der Tatsache, dass die Verantwortlichen für dieses Menschenrechtsverbrechen wie schon so oft zuvor in der Türkei offiziell unbehelligt bleiben sollen, dokumentieren wir hier die Rede Ferhat Encüs, des Bruders eines der 34 Toten dieses Massakers, im Forum I – Wohin geht der türkisch-kurdische Konflikt? – auf der 9. Internationalen Konferenz der »EU Turkey Civic Commission« (EUTCC), die am 5. und 6. Dezember 2012 im EU-Parlament in Brüssel stattfand.

Sehr geehrte Damen und Herren,

durch die Bombardierung von Zivilisten aus den Dörfern Bejuh (Gülyazı) und Roboskî (Ortasu) in der Provinz Şirnex (Şırnak) in der Nacht des 28. Dezember 2011, die die Grenze zum Irak wegen »Grenzhandel« überschritten hatten und auf dem Rückweg waren, haben wir 34 unserer Lieben zu Grabe getragen und deren Familien sind voller Verzweiflung und Trauer! Ich bin heute hier, um darüber zu Ihnen zu sprechen.

Ich möchte Ihnen zunächst von Roboskî und Bejuh erzählen: Weil der Staat der türkischen Republik in den 1990ern die Dörfer des Kreises Qilaban (Uludere) geräumt und die Menschen vertrieben hatte, ließen die sich in der Gegend ihrer Verwandten nieder, und so wurden die heutigen Dörfer Roboskî und Bejuh gegründet.

In der Gegend rund um unsere Dörfer hat die türkische Republik Minen gelegt, wodurch von den Menschen, die sich für den Lebensunterhalt dorthin begaben, bisher fünf Menschen gestorben und mehr als zwanzig verkrüppelt worden sind. Die Zahl der toten Tiere lässt sich nicht einmal ahnen ...

Um uns zu versorgen, gibt es für uns gar keine andere Möglichkeit als »Grenzhandel«, »Karawanen« oder »Schrankengeschäfte«, was der Staat oder ähnlich Denkende »Schmuggel« nennen.

Wir nennen das nicht »Schmuggel«, denn wir erkennen diese Grenze, die willkürlich an irgendwelchen Verhandlungstischen gezogen wurde, nicht an und werden sie nicht anerkennen. Seit der Zeit unserer Großväter gehen wir »schmuggeln«. Die eine Hälfte des Dorfes lebt ja auch auf dieser Seite und die andere im Irak, den Verwandten geht es ebenso. Geschwister von uns, Felder von uns sind auf der anderen Seite. Außerdem gibt es dort noch nicht einmal eine physische Grenze, sondern nur einen Stein, den Grenzstein mit der Nummer 15.

In den Abendstunden des 28. Dezember 2011 sind wie immer mit Wissen der dortigen Militäreinheit und auch so, dass sie es sehen konnten, unsere Dorfbewohner zu ihrem »Grenzhandel« aufgebrochen. Circa einen Monat vor dem Massaker waren die Übergänge relativ erleichtert worden und zehn Tage vorher waren die militärischen Stellungen vollständig geräumt gewesen. Da das irakische Gebiet hinter der Grenze sowieso eine Ebene ist, war das dann bombardierte Gebiet, wie es Murat Karayılan in seiner Erklärung dargestellt hat, seit 1991 nicht von der PKK benutzt worden.

Unsere Dorfbewohner, die ohne Probleme die Grenze überquert hatten, erlebten bei ihrer Rückkehr Schlimmes. Sie sahen, dass das Militär alle drei möglichen Wege eingenommen hatte, und wurden ohne die Vorwarnung »Stehen bleiben« beschossen. Ubeydullah Encü, der Vater des in der Nacht des Massakers verstorbenen 13-jährigen Muhammed Encü, rief den Stationskommandanten an und sagte ihm, dass dort eine Gruppe sei, in der sich auch sein Sohn befinde. Der Kommandant entgegnete, dass er Bescheid wisse und diese Schießerei nur zur »Einschüchterung« diene. Aber so lief der Vorfall nicht ab, unsere Kinder wurden von F-16-Kampfflugzeugen bombardiert.

Die Dorfbewohner, die nach dem Bombardement zum Tatort gingen, sagten aus, dass ihnen auf ihrem Weg dorthin die sich befehlsgemäß auf dem Rückweg befindlichen Soldaten begegneten, und dass am Unglücksort noch einige Leichen brannten und es 13 Verletzte gab. Obwohl sie nach dem Massaker alle Verantwortlichen sofort benachrichtigten, kam kein einziger an den Ort des Geschehens, und die Dorfbewohner trugen die Verwundeten auf ihrem eigenen Rücken weg. Als Rettungseinheiten aus Şirnex (Şırnak) nach dem Ende des Bombardements an den Tatort wollten, wurden sie von Soldaten daran gehindert. Wir haben die zerstückelten Körper mit eigenen Händen auf die Sättel der überlebenden Esel gepackt und ins Dorf zu bringen versucht. Alle Dorfbewohner, die am Ort des Massakers waren, wissen, dass die meisten der Verletzten an dem großen Blutverlust gestorben oder erfroren sind. 17 der 34 Getöteten des Bombardements waren Minderjährige unter 18. Jeder, der ins Dorf kommt, sieht, was das für ein Trauma ist. Die Dorfbewohner sind seit dem Tag depressiv. Und diese depressive Lage hält seit einem Jahr an.

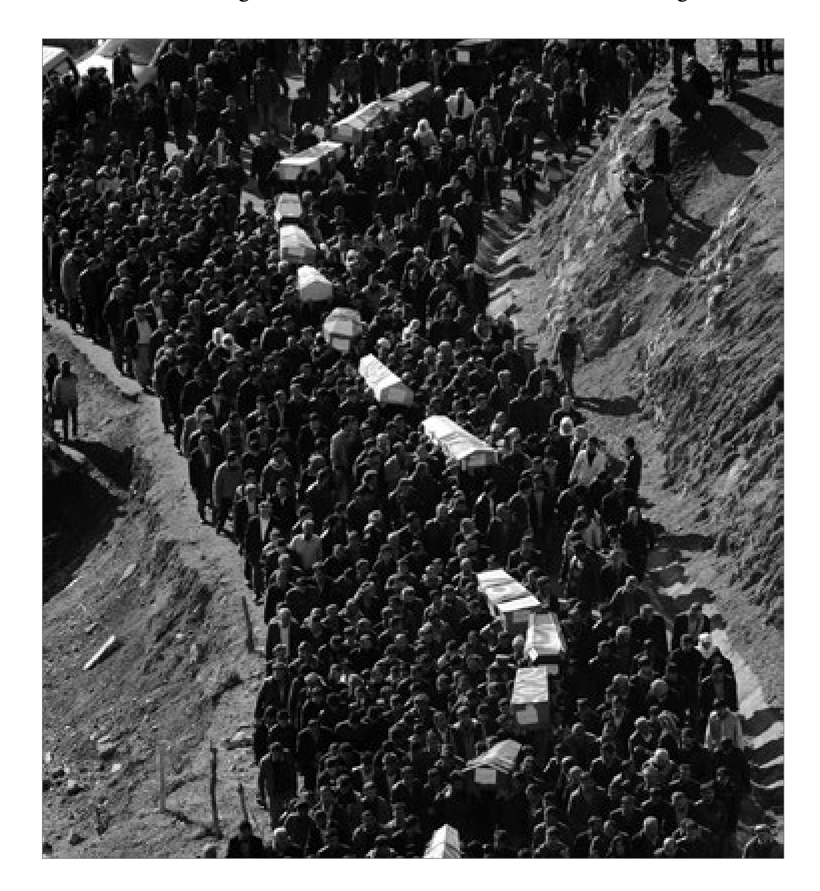
Die türkischen Medien haben diesen bitteren Fall, der zweifellos einer Meldung wert ist, mehr als zwölf Stunden lang nicht beachtet! Und diejenigen, die diese Nachricht bringen wollten, sind in den Regieräumen daran gehindert worden! Und als erste offizielle Nachrichten darüber erschienen, haben die Agenturen den euphemistischen Weg gewählt und dieses Massaker als »Vorfall an der irakischen Grenze« gemeldet. Die Diskussionen in den folgenden Tagen gingen nicht über Fragen hinaus wie »Sind die Toten Schmuggler oder Terroristen?« oder »Ist es ein Unfall, Fahrlässigkeit oder eine Falle?«.

Während die Gesellschaft im Westen der Türkei drei Tage später bis in den frühen Morgen Silvester feierte, als hätte es dieses Massaker nicht gegeben, haben wir, die zerstückelten Leichen unserer Kinder und Geschwister vor Augen, eine schlaflose und kummervolle Nacht verbracht.

Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan bedankte sich beim Generalstabschef und der Militäreinheit für »ihr feinfühliges Verhalten«, womit er schon in die Richtung wies, die der Staat nun einschlagen würde.

Während die Verantwortlichen in der Nacht des Massakers Krankenwagen zur Umkehr anwiesen und keine Hubschrauber an den Ort des Massakers schickten, sollen sie (nach Aussagen der Dorfbewohner) einen Tag später eine Einheit mit einem Hubschrauber an die Stelle geflogen haben, die alles vom Massaker Übriggebliebene (menschliche und tierische Körperteile, Kanister etc.) auf einem Platz gesammelt und angezündet, also Beweise vernichtet hat. Der Staatsanwalt, der unverzüglich nach dem Massaker erklärte: »Es ist aus Versehen passiert, ich werde niemanden verhaften«, nahm in die Berichte auf, dass er mit dem Hubschrauber »den Tatort untersucht und nichts gesehen« habe.

Es wurde so oberflächlich gearbeitet, dass die Namen und die Zahl der Getöteten in den Autopsieberichten, die auch die Menschenrechtsvereine von dort erhielten, falsch waren. Die Organisationen MAZLUM-DER, Menschenrechtsverein (IHD), Anwaltskammer von Amed (Diyarbakır), Konföderation der Gewerkschaften der öffentlich angestellten Werktätigen (KESK) und Gerechtigkeitsplattform für Geschwisterlichkeit (KIAP) sind unverzüglich nach der Tat ins Dorf gekommen und haben Berichte verfasst und festgestellt, dass diese Tat ein »Massaker« war.



Die Beerdigung der Opfer des Massakers in Roboskî Foto: Sinan Targay

In dieser Nacht wurde der Staat zur Bombe und fiel auf uns herab. Unsere Kinder, unsere Verwandten sind verwirrt durch das, was ihnen geschah. Als wenn es nicht reichte, dass sie den Tod über uns

brachten, dass uns der Staat mit unseren Toten alleingelassen hat, haben sie uns nach dem Massaker durch Drohungen daran zu hindern versucht, unsere Toten in einem Sammelgrab zu beerdigen!

In Kurdistan wird lange getrauert, aber wenn dann auch noch so viele Menschen auf einmal sterben, dauert die Trauer umso länger. Auch ist es bei uns Tradition, dass man in den ersten Tagen den Angehörigen der Toten nicht unter die Augen kommt, wenn man den Tod verschuldet oder durch Fahrlässigkeit verursacht hat. Denn die Angehörigen der Toten sind voller Wut und diese Wut kann jederzeit ausbrechen.

Aber als ob der Staat, der den Tod unserer Kinder verursacht hat und der uns seit einem Jahrhundert regiert, unsere grundlegendsten Traditionen nicht kennt, hat er trotz der Ermahnungen angesehener Dorfbewohner am zweiten Tag unserer Trauer den Landrat zum Kondolieren geschickt. Die jungen Leute haben natürlich mit der Wut über die schreckliche Ermordung ihrer Angehörigen auf den Landrat reagiert. Es kam zu einem Zwischenfall, den auch wir nicht gutheißen; der Landrat wurde geschlagen und es kam zu unschönen Szenen.

Nach diesem Zwischenfall wurden Verwandte der bei der Bombardierung gestorbenen Dorfbewohner festgenommen und verhaftet und einige sind wieder freigelassen worden. Für viele Menschen aus dem Dorf wurden Haftbefehle erlassen, niemand durfte mehr das Dorf verlassen, wir konnten unsere Kranken nicht mehr in die Provinzstadt bringen, da unser Dorf regelrecht in ein offenes Gefängnis verwandelt wurde. Die Menschen haben immer noch Angst, festgenommen zu werden. Diejenigen, die festgenommen worden sind, stehen wegen »versuchtem vorsätzlichem Totschlag« vor Gericht. Obwohl ich an besagtem Tag keinerlei Gewalt gegen den Landrat angewandt hatte, wurde ich sechs Mal mit derselben Beschuldigung festgenommen, denn ich sorge regelmäßig für die Aktualität des Massakers, damit Gerechtigkeit geschieht und die Verantwortlichen bestraft werden. Als wenn das nicht reichte, wurde ich offen vom Gendarmeriekommandanten von Şirnex (Şırnak) vor laufender Kamera bedroht: »Ferhat, ich kenne dich, du wirst von anderen angeleitet und deine Zeit wird kommen.« Wir wissen nicht, ob der Kommandeur für die Worte Dank erfahren hat, aber auf jeden Fall ist keinerlei Untersuchung eingeleitet worden.

Seit dem ersten Tag nach dem Massaker sind wir beschimpft worden und je lauter wir vom Staat Gerechtigkeit fordern, desto mehr ist der Druck auf uns verstärkt worden. Und die Zurückgebliebenen, die ihre Angehörigen bei dem Massaker verloren haben, wurden nach Medienkontakten telefonisch bedroht: »Haltet Maß, haltet eure Klappe, redet nicht herum!« Dorfbewohner, die wegen des Massakers von Roboskî Anzeige erstatteten, wurden überhaupt nicht in Verbindung mit dem Geschehnis befragt, sondern es wurden ihnen Fragen gestellt, die sich auf sie selbst bezogen: »Warum empfangt ihr gesammelt Beileidsbesuche? Warum habt ihr diese Tücher auf die Särge gelegt? Warum kümmert sich die BDP um euch?«

Noch bevor die Erde auf den Gräbern unserer Angehörigen getrocknet war, ließ die Regierung in den Nachrichten verlautbaren, sie hätte uns mit »Schadensersatz in Rekordhöhe« abgefunden. Aber wir haben diese Gelder nie angerührt.

Der Innenminister titulierte die Getöteten mit Begriffen wie »dolap beygiri« *[Nutztiere, die sich um ein Rad drehen]* oder »Figuren der Terrororganisation«. Ministerpräsident Erdoğan ließ mit seiner Äußerung, die Dorfbewohner seien »nicht auf Minen getreten«, durchschimmern, dass sie Pläne der Minenfelder besessen hätten, doch er hat die gesamte Türkei direkten Auges angelogen. Denn bis zum heutigen Tage sind zahlreiche Menschen gestorben oder verkrüppelt, weil sie im Dorf auf eine Mine getreten waren – das wiederum bedeutet noch eine andere Schande für den Ministerpräsidenten.

Der Stationskommandant Abdullah Paşa versammelte die Dorfschützer, weil sie nach dem Massaker nicht die Arbeit wiederaufgenommen hatten, und bagatellisierte das Massaker mit den Worten: »Was, wenn der Staat, wenn ich das gemacht habe, was soll dann sein? Was könnt ihr denn gegen den Staat ausrichten?«, und demonstrierte damit ein weiteres Beispiel für diesen schmählichen Staat. Der Überlebende des Massakers Hasan Ürek wurde im Anschluss an einen Auftritt im Fernsehen zum Landrat und zum Polizeipräsidenten gerufen, es wurde ihm eine Arbeitsstelle zugesichert und er wurde gebeten, von nun an nicht mehr in dieser Sache tätig zu werden.

Servet Encü, der das Massaker überlebte, hat nach seiner zunehmenden Verzweiflung an der Gerechtigkeit zusammen mit seiner Familie die Türkei verlassen und sich in Irakisch-Kurdistan niedergelassen. Wenn ein Bürger den Glauben an seinen Staat aufgibt und sein Land, in dem er geboren und aufgewachsen ist, verlässt, müsste das für die Leute an der Spitze des Staates eine große Schande bedeuten, aber das tut es nicht.

So wie der Staat aus alldem nichts gelernt hat, so geht es auch weiter. Kurze Zeit nach dem Massaker wurden Dorfbewohner beschossen, die ihre Tiere auf den Weiden von Roboskî grasen ließen. Vier ihrer Ziegen, die sich zum Schutz hinter Felsen versteckten, sind dabei verletzt worden.

Trotz dieser negativen Erfahrungen geben wir nicht auf und bringen überall unsere Forderungen nach dem Recht zur Sprache. Jeder Dienststelle, die wir aufsuchten, haben wir unsere Forderungen der Suche nach den Verantwortlichen und deren

Verurteilung übermittelt. In diesem Zusammenhang haben wir zwei Mal das türkische Parlament besucht und beide Male mit im Parlament vertretenen Parteien gesprochen. Bei unserem ersten Treffen mit der Regierungspartei AKP wurden wir von der Vize-Fraktionsvorsitzenden Ayşenur Bahçekapılı und beim zweiten Treffen am 27. November 2012 vom anderen Vize-Fraktionsvorsitzenden Mahir Ünal beschimpft. Als ich beim letzten Treffen Ünal fragte, welche konkreten Schritte sie unternommen hätten, erklärte er mir, sie hätten gemeinsam mit mir insgesamt 40 Studenten aus Roboskî ein Stipendium gewährt. Weder hatten wir so etwas von ihnen gefordert, noch wussten wir irgendetwas von einem genehmigten Stipendium. Es kommt uns seltsam vor, dass sie glauben, wir würden für ein Stipendium in Höhe von 100 TL dankbar sein, wo wir als Familie noch nicht einmal den Schadensersatz angerührt haben.

Im EU-Fortschrittsbericht, den der Vorsitzende der Verfassungskommission von der türkischen Regierungspartei AKP, Burhan Kuzu, dadurch berühmt machte, dass er ihn in den Mülleimer warf, wird das Massaker von Roboskî angesprochen. Es wird kritisiert, dass »keine Diskussionen über die politische Verantwortlichkeit geführt« worden seien, dass »Aufrufe an Verantwortliche zur effektiven, schnellen und transparenten Untersuchung solcher Vorfälle wie das von Uludere, bei dem Zivilisten ihr Leben verloren haben, unbeantwortet« geblieben seien, dass »die Aussagen der Regierung über eine neue Strategie zur kurdischen Frage nicht in einen Fortschritt zur politischen Lösung verwandelt« worden seien. Ein weiterer Kritikpunkt im Bericht ist der, dass »die Verantwortlichen viele NGO-Gruppen daran gehindert haben, den Ort des Vorfalls *[an dem 34 Zivilbürger getötet wurden]* aufzusuchen«. Diese Kritiken stimmen alle. Es ist niemandem erlaubt worden, den Ort des Massakers zu besuchen, so wie einem Dichter und vier ihn als Routenführer begleitenden Jugendlichen aus Roboskî, die zu je 1000 TL Geldstrafe verurteilt wurden.

Versprochen worden war, dass die Untersuchung des Massakers »nicht in den Gängen von Ankara verloren gehen« werde, aber obwohl heute fast ein Jahr vergangen ist, ist es nicht einen Deut vorwärtsgegangen.

Wer die türkische Politik aus nächster Nähe verfolgt, weiß, dass dann, wenn eine Sache vergessen gemacht werden soll (ohne den Verantwortlichen zu offenbaren), diese entweder einer Kommission oder der Justiz übertragen, Zeit gewonnen und sie mit der Zeit vergessen wird. Das gilt auch für das Massaker von Roboskî. Es ist eine Unterkommission zusammengestellt und diese Sache immer wieder aufgeschoben worden. Die Auskunft des Generalstabs, es könnten »keine Informationen weitergegeben werden«, galt auch für die Akten der Staatsanwaltschaft. Es hat in dieser Zeit der Staatsbürokratie keine Antworten auf keine der Fragen gegeben und es ist offensichtlich, dass die Täter irgendwie nicht festgestellt werden.

Die Unterkommission teilte mit, bald ihren Bericht veröffentlichen zu wollen. Aber sie hatten schon seit dem ersten Tag angekündigt, dass die Antworten auf unsere folgenden vier Fragen nicht im Bericht auftauchen würden: 1. Welche Einheit, wer hat die Aufnahmen der Drohne gesehen und analysiert? 2. Welche Einheit, wer hat das Ziel bestimmt? 3. Wer hat bestimmt, dass die dortigen Menschen PKK-Militante seien? 4. Wer hat den Schießbefehl erteilt?

Wir haben seit dem ersten Tag gefordert, dass diese Fragen beantwortet werden und dass die Verantwortlichen für das Massaker festgestellt und verurteilt werden, und wir fordern es weiterhin. Und wir haben erklärt, dass wir das Geld, das uns der Staat als Schadensersatz gezahlt hat, so lange nicht annehmen werden, bis die Gerechtigkeit gesiegt hat.

Da das Massaker von Roboskî auf der irakischen Seite der Grenze verübt wurde, nehmen wir an, dass es sich um eine »grenzüberschreitende Operation« handelte und der politische Wille des Spitzenverantwortlichen war.

Letztendlich fordern wir von Ihnen, eine Delegation in unser Dorf zu senden, die einen Bericht über das Massaker von Roboskî und die Zeit danach vorbereitet, das Massaker als »Verbrechen an der Menschlichkeit« anerkennt und so lange als Nebenkläger auftritt, bis Gerechtigkeit geschieht.

Wie ich schon zu Beginn gesagt habe, ist das Massaker von Roboskî ein weiteres Glied in der Kette der historischen, gesellschaftlichen Traumen, denen die Gesellschaft in der Türkei ausgesetzt gewesen ist. Wenn die Gerechtigkeit siegt, werden die Seelen der Familien ein wenig Frieden finden und es wird Hoffnung geben, dass solche Traumen ein Ende finden.

Ich möchte Sie wissen lassen, dass die Zukunft düster sein wird, wenn in Roboskî nicht die Gerechtigkeit siegt.

Mit dem Wunsch, dass das kurdische Volk und Kurdistan nicht noch einmal einem solchen Massaker ausgesetzt werden, dass eine Atmosphäre geschaffen wird, in der jeder gleich und frei lebt, dass das seit dreißig Jahren dauernde Blutvergießen aufhört und dass die Vernichtungs- und Verleumdungspolitik am kurdischen Volk ein Ende findet, bedanke ich mich bei Ihnen allen dafür, dass Sie mir mit Geduld zugehört haben.

Mit Liebe und Hochachtung im Namen der Familien von Roboskî

Ferhat Encü

Anstieg der Fälle von Gewalt gegen Frauen in der Türkei

Was muss getan werden?

Özgür Sevgi Göral, Anwältin und Wissenschaftlerin

Mein Beitrag thematisiert die Frauen- und Ehrenmorde, die ein zentrales und dringlichstes Problem in der heutigen Türkei darstellen. Der Grund, diese Problematik als so zentral und dringlich zu kategorisieren – obwohl es zahllose weitere Probleme von Gewalt und Unterdrückung gibt, mit denen Frauen konfrontiert sind –, ist die Tatsache, dass das Recht auf Leben ein fundamentales Recht ist. Themen wie Militarismus, Nationalismus, Chauvinismus und Frauenfeindlichkeit können ebenfalls nicht verschwiegen werden, wenn Frauenmorde genau betrachtet und analysiert werden.

Lassen Sie uns mit den tragischen Fakten beginnen: In den letzten zehn Jahren wurden tausende Frauen ermordet. Die Rate der Frauenmorde stieg von 2002 bis 2009 *[in der Regierungszeit der AKP, Anm. des Übers.]*, Angaben des Justizministeriums zufolge, um 1400 %. Im Jahr 2002 wurden 66 Frauen ermordet – im Jahr 2009 waren es 953. Es ist fast unnötig zu erwähnen, dass dies die offiziellen Zahlen sind, während die Dunkelziffer weit höher liegt – denn nicht alle Fälle werden angezeigt oder bekannt und unzählige Frauen wurden, wie z. B. auch Gülay Yaşar, in den Selbstmord gedrängt.

In den ersten sechs Monaten des Jahres 2012 wurden in der Türkei 93 Frauen ermordet. Berichten von Frauenorganisationen zufolge wurden 88 % der weiblichen Opfer von Verwandten oder Bekannten ermordet. Ehegatten, Väter, Onkel, Neffen, Brüder, Liebhaber und Söhne waren die Täter. In den meisten Fällen mussten die Frauen sterben, weil sie sich scheiden lassen wollten, denjenigen heiraten wollten, den sie liebten, selbstbestimmt eine Arbeit aufnehmen oder verlassen wollten oder eine Abtreibung vornehmen wollten. Mit anderen Worten: Die Frauen wurden ermordet, weil sie über ihr eigenes Leben entscheiden wollten. Eifersucht und Ehrenmorde sind ebenfalls weit verbreitete Motive. Darüber hinaus enthüllen die Berichte einen weiteren wichtigen Aspekt: 93 % der Frauen wurden vor ihrer Ermordung misshandelt und/oder gefoltert. Tuğba Genç und Mahmure Karakule sind zwei Beispiele dafür.

Es gibt mehrere Gründe für eine derart erschreckende Entwicklung: die Aufrechterhaltung einer rigiden patriarchalen Gesellschaftsstruktur in sämtlichen Bereichen des Lebens; die politische Kultur des Frauenhasses, die Frauen zu Zielen von Gewalt macht – insbesondere auch dadurch, dass ermordete Frauen als promiskuitiv, unmoralisch oder lügnerisch angegriffen werden; militaristische, nationalistische, chauvinistische und machistische Praktiken, die in der gesamten Gesellschaft verankert sind und natürlich auch die mangelnde staatliche Intervention zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen.

Umfassende Konzepte zum Schutz von Frauen sind notwendig

Die Regierung hat zwar am 8. März ein »Gesetz zum Schutze von Frauen und Familienmitgliedern« etabliert, einige Fernsehspots, die die Gewalt an Frauen verurteilen lanciert und Mechanismen wie »Panik-Knöpfe« installiert. Um die Ursachen verändern zu können, müssten aber weit tiefergreifende und umfassendere Konzepte angewandt werden. Frauenmorde sind in der Türkei zwangsläufig mit der Weltanschauung der Dominanz und Überlegenheit des Mannes verknüpft, der zufolge Männer und Frauen unterschiedlicher Natur sind. Konzepte der Gleichberechtigung würden diese Weltanschauung überwinden. Wenn die Gleichberechtigung der Geschlechter jedoch auf Basis dieser Argumentation verweigert wird, so bedeutet dies die Festschreibung des Status quo der Überlegenheit des Mannes für die Ewigkeit. Demzufolge können außer leichten Verbesserungen der Situation keine fundamentalen Verbesserungen umgesetzt werden. Auf eine solche Weise kann dann zwar Gewalt gegen Frauen formal verurteilt werden – solange jedoch die Gleichberechtigung von Männern und Frauen nicht als Daseinsform akzeptiert und umgesetzt wird, sind das Leben der Frauen, ihr Körper, ihr Wohlbefinden und ihr Wohlstand von der Güte, Toleranz und der persönlichen Ethik der männlichen Bevölkerung abhängig. Unglücklicherweise ist es, völlig unabhängig vom Willen der politischen Subjekte, von der Ideologie der natürlichen Ungleichheit von Frauen

und Männern zur Legitimierung von Gewalt gegen Frauen nur ein Schritt.

Lassen Sie mich einige Beispiele dafür benennen. Wie bereits geschildert, werden Frauen den Berichten zufolge wegen Entscheidungen über ihr eigenes Leben wie z. B. Scheidung, Ehe, jemanden treffen, Erziehung ermordet. In den meisten Fällen lehnt einer der Männer aus der Familie eine der Entscheidungen der Frau ab und tötet sie dann, wenn sie sich nicht seinem Willen unterordnet. Die Legitimität wird mit dem Widersetzen der Frau gegen die »Anordnung« des Täters begründet. Der Mythos der »untertänigen« Frau entstammt der o. g. unegalitären Sichtweise, die den Mann als übergeordnet festschreibt. Wenn auch Vertreter des Staates diese unegalitäre Sichtweise leben, vertreten und verkörpern, dann wird es sehr schwierig, wirkungsvolle Mechanismen zum Schutz der Frauen umzusetzen.

Staatliche Institutionen bieten keinen ausreichenden Schutz für Frauen

Ich muss dabei noch einmal betonen: In den meisten Fällen haben sich die Frauen vor den Morden an die Polizei oder Gerichte gewandt, um zu versuchen, sich zu schützen. Die »Verantwortlichen« schickten sie jedoch in sämtlichen Fällen mit der Begründung, dass Konflikte normal seien, sie nicht übertreiben sollten, oder um die Haushalte nicht zu desintegrieren oder die Kinder in formal »intakten« Familien aufwachsen zu lassen, wieder nach Hause. Als Folge davon wurden die Frauen direkt zu Mordopfern. Zusammengefasst lässt sich sagen, dass der Staat keine effektiven Schutzmechanismen kennt und anwendet. Auch die Statistiken zeigen das deutlich: In den ersten sechs Monaten des Jahres 2012 standen 75 % der ermordeten Frauen technisch gesehen unter anderem in der oben genannten Weise unter staatlichem Schutz. Auch Frauen, die nach Schutz fragen und sich in »Frauenschutzhäusern« aufhalten, sind keinesfalls sicher. 37 % der sich dort aufhaltenden Frauen wurden in den ersten sechs Monaten des Jahres 2012 ermordet. Die Entscheidungen der Gerichte sind ebenfalls zu kritisieren; in nahezu sämtlichen Fällen von Frauenmorden bekamen die Täter einen Strafnachlass, wenn sie sich darauf beriefen, dass sie sich durch die Immoralität der ermordeten Frauen provoziert gefühlt hätten. In diesem Zusammenhang ist wichtig zu erwähnen, dass das gleiche Argument bei Straftaten gegen lesbische, schwule und transsexuelle Menschen zur Reduzierung des Strafmaßes führt. Auf diese Weise wird die Grundlage für die Straflosigkeit oder geringe Bestrafung für Mord in diesen Fällen gelegt.

Institutionelle Ungleichberichtigung muss überwunden werden

Um Gewalt gegen Frauen und insbesondere Frauenmorde zu bekämpfen, ist es notwendig, Schutzräume für Frauen einzurichten, eine justiziable Praxis umzusetzen, die die Täter nicht schützt, und effektive und ernst gemeinte Wege und Mechanismen zum Schutz der Frauen auf breiter gesellschaftlicher Basis einzuführen. In diesem Zusammenhang müssen der Staat und die Akteure der Zivilgesellschaft gemeinsam sämtliche politischen, sozialen und kulturellen Vorurteile und Diskurse bekämpfen, die auf der Grundlage der Ideologie der männlichen Dominanz und des Patriarchats beruhen. Auch die institutionelle Ungleichberechtigung muss in diesem Rahmen überwunden werden.

Ich muss hinzufügen, dass sich bereits sehr lange politische, zivile und soziale Akteure neben den staatlichen Institutionen gegen Frauenmorde engagieren. So nehmen z. B. bekannte Filmschauspielerinnen an Demonstrationen teil – und eine Vielzahl von Frauenorganisationen unterschiedlicher politischer Ausrichtung arbeitet zum Teil auch gemeinsam daran, diese Morde zu verhindern. Der Raum für die öffentliche Diskussion zu dem Thema hat sich in den letzten drei Jahren ausgeweitet. Trotzdem werden der Inhalt und die Terminologie des Diskurses von türkischem Nationalismus, Militarismus und Chauvinismus negativ beeinflusst.

Morde können nicht ausschließlich auf die Rückständigkeit einer Bevölkerungsgruppe reduziert werden

Als die Frauenmorde öffentlich diskutiert wurden, war dies anfangs eng mit der kurdischen Bevölkerung verknüpft. Begründet wurde das damit, dass die Frauenmorde mit Unterentwicklung und Ignoranz und einer spezifischen Kultur und Tradition zusammenhingen – und deshalb hauptsächlich von Kurden begangen würden, die in ihrer Entwicklung zurückgeblieben wären. In Zusammenhang mit dieser Argumentation sprach man dann von Ehrenmorden.

Auch wenn einige Morde im Namen der Ehre begangen werden, beschränkt diese Sichtweise die Bandbreite der Frauenmorde. Ich möchte hier keine Einführungsveranstaltung in Feminismus abhalten – aber es ist faktisch richtig, dass Frauen unabhängig von ihrer Klasse, ihrem ethnischen Ursprung, ihrer religiösen Überzeugung und ihrer sozialen Herkunft mit Gewalt konfrontiert sind. Diese Morde können nicht ausschließlich auf die Rückständigkeit einer Bevölkerungsgruppe reduziert werden, da auch »gebildete« Männer derartige Straftaten begehen. Die Opfer leben über die gesamte Türkei

verteilt, in unterschiedlichen ökonomischen Verhältnissen und unterschiedlichen Lebensstilen. Sie sind sämtlich Opfer von Gewalt. Der Mord an Münevver Karabulut ist eines der Beispiele dieser »Vielfalt«. Die 18-jährige junge Frau wurde von Cem Garipoğlu, dem Sohn einer bekannten Istanbuler Familie der Oberschicht, in Istanbul gefoltert und ermordet. Er schnitt ihren Kopf ab und warf ihn in den Mülleimer. Im Verlauf der Gerichtsverhandlung kam ans Tageslicht, dass die Eltern des Täters ihrem Sohn bei dem Verwischen der Spuren behilflich gewesen waren. Es gibt eine Vielzahl von Fällen von Frauenmorden, die von Tätern aus der Mittelschicht oder der oberen Mittelschicht begangen wurden, von gebildeten und sozial anerkannten Männern. Das zeigt, dass es sich bei Frauenmorden nicht um ein Phänomen, das auf Traditionen vormoderner Gesellschaften beruht, sondern um eines, das auch die Moderne par excellence widerspiegelt, handelt.

Zudem sind Frauenmorde eher enger mit politischen Herangehensweisen als mit der Kultur an sich verknüpft. Ich zitiere dazu eine feministische Wissenschaftlerin*: »Ich sage nicht, dass kulturelle Traditionen nicht bestehen – und ebenfalls behaupte ich nicht, dass Menschen ihren Handlungen nicht auch dadurch einen Sinn geben, dass sie sich auf Traditionen berufen oder diese entwickeln. Ich denke viel eher, dass jede Ausprägung von Traditionen auch eine Wechselbeziehung mit der Verteilung von Macht und somit auch mit der Politik hat. Die gleichen Traditionen können in unterschiedlichen politischen Atmosphären auf völlig unterschiedliche Art und Weise gelebt und weiterentwickelt werden und somit völlig verschiedene Wirkungen entfalten.« Das spricht eindeutig dafür, die Gleichberechtigung der Geschlechter als Perspektive zu unterstützen.

Die Ethnisierung der Morde stigmatisiert die kurdische Bevölkerung als rückwärts orientiert

Ein weiteres Problem mit der Reduzierung der Frauenmorde auf den Zusammenhang mit Tradition im Zusammenhang mit den KurdInnen ist die offensichtlich rassistische Herangehensweise dieses Ansatzes. Die Ethnisierung der Morde stigmatisiert die kurdische Bevölkerung als rückwärts orientiert und grundsätzlich kriminell veranlagt und gewalttätig. Zusätzlich werden dadurch die türkische und die kurdische Bevölkerung ideologisch voneinander separiert. Die türkische Gesellschaft wird als »unschuldig« im Zusammenhang mit den Frauenmorden betrachtet und muss sich demzufolge weniger mit der Notwendigkeit sozialen Wandels auseinandersetzen. Zudem werden Reformen des Staatsapparates usw. plötzlich aufgrund dessen als unnötig deklariert. Die kurdische Frauenbewegung muss nun schon eine sehr lange Zeit, in Zusammenarbeit mit weiteren feministischen Organisationen, gegen diese rassistische und diskriminierende Herangehensweise kämpfen. Diese Herangehensweise wird auch sehr ähnlich in der Ethnisierung von Kriminalitätsraten, der Stadtpolitik und Fragen der Arbeit praktiziert. Auf den Punkt gebracht, wird jedes politische Problem in stigmatisierender Art und mit den immer gleichen Stereotypen mehr oder weniger stark mit der kurdischen Bevölkerung verknüpft. Dadurch wird institutionell ein kultureller und politischer Alltagsrassismus erzeugt, der die Öffentlichkeit entscheidend beeinflusst.

Ich denke, dass dieses rassistische Vorgehen untrennbar mit der kurdischen Frage in ihrer humanen, politischen und sozialen Ausprägung verbunden ist. Der seit 30 Jahren andauernde Krieg hat die Gestalt unserer Leben lange Zeit entscheidend mitgeprägt. Staatlicherseits, von den Mainstreammedien und weiteren politischen Akteuren wurden Gewalt, Militarismus, Nationalismus, die Ideologie der türkischen Überlegenheit sowie Rassismus, Chauvinismus und struktureller Frauenhass in der Praxis und in den Diskursen kreiert und propagiert. Wir haben die Angewohnheit, die Bilder der Gewalt alltäglich in Form der Anzahl von Verlusten im Krieg zu sehen. Gewalt wurde systematisch in die Gesellschaft getragen – ein politischer und gesellschaftlicher Ausnahmezustand ist allgegenwärtig. Unser tägliches Leben wurde durch ein derart hohes Ausmaß von Gewalt gegen die »Widerständigen/Ungehorsamen« politisch vergiftet. Gleichermaßen sind auch Gewalt gegen Frauen und Frauenmorde mit diesem politischen Ansatz der Vernichtung der »Widerständigen/Ungehorsamen« verknüpft. Ich will damit nicht sagen, dass diese Aspekte austauschbar und vergleichbar sind. Es ist aber eine unübersehbare Tatsache, dass die genannten Vorgehensweisen jeweils ihren Ursprung in Herangehensweisen der Vernichtung im Umgang miteinander in Konfliktsituationen haben.

Lassen Sie uns also die berühmte Frage stellen: Was muss getan werden?

Zuerst sollten wir breitere und stärkere Bündnisse gegen Frauenmorde bilden – das beinhaltet eine Anzahl politischer Organisationen. Anstatt orientalistische Sichtweisen, die die Tradition betonen, zu stärken und zu verbreiten, sollte die »internationale Gemeinschaft« die Solidarität unter den Frauenorganisationen stärken und unterstützen, während sie gleichzeitig die Regierungen unter Druck setzt, ernsthaftere Schritte gegen jede Form der Gewalt gegen Frauen zu unternehmen. Wir brauchen zudem mehr Unterstützung auf nationaler und internationaler Ebene sowie mehr rechtliche, administrative und soziale Mechanismen zur Verhinderung von Frauenmorden. ♦

* Dicle Koğacıoğlu, »The Tradition Effetc: Framing Honour Crimes in Turkey«, differences, 15: 2, 2004.

Im »Piratenprozess« wurde das Urteil gesprochen

Recht zweiter Klasse – ein fauler Kompromiss

Anita Friedetzky, Prozessbeobachterin, Hamburg, den 7.12.2012

Bild: Marily Stroux

Die EU-Navfor-Antipiraterie-Mission am Horn von Afrika mit dem harmlos klingenden Namen »Atalanta« gehört zu den »geheimen« Kriegen Deutschlands. Seit 2008 soll dieser erste gemeinsame europäische Militäreinsatz auch im Namen der UNO humanitäre Lebensmitteltransporte schützen und somalische »Piraten« aufbringen. Inzwischen ist das »robuste Mandat« (im Klartext: Es kann auch getötet werden) auf den somalischen Küstenstreifen erweitert und das Operationsgebiet auf See sukzessive ausgedehnt worden. Im Bundestag stimmen regelmäßig alle Fraktionen außer der LINKEN für die alljährliche Verlängerung. Die deutschen und europäischen Handelswege müssten »geschützt« werden.

April 2010 »setzte« die niederländische Fregatte »Tromp« des Atalanta-Verbandes zehn Männer aus Somalia, darunter ein Kind und zwei Jugendliche, außerhalb des damaligen Einsatzgebietes »fest«. Die »Piraten« hatten versucht, das unter deutscher Flagge fahrende Containerschiff »Taipan«, das eine israelische Firma von Haifa nach Mombasa gechartert hatte, unter ihre Kontrolle zu bringen. Bis heute ist der Inhalt der Container unbekannt. Die Mannschaft der Taipan versteckte sich im »Saferoom« und schaltete das Schiff manövrierunfähig. Die »Piraten« suchten erfolglos nach ihr. Kapitän Eggers und seine Crew verließen den Sicherheitsraum erst, nachdem die niederländische Atalanta-Militärspezialeinheit die Kaperung vereitelt hatte.

In Absprache mit den politisch Verantwortlichen der Niederlande und der Bundesrepublik Deutschland wurden die Gefangenen an Bord der Tromp gefesselt, Verhören durch den niederländischen Militärgeheimdienst unterzogen, danach in die Niederlande verbracht und später nach Deutschland ausgeliefert. In Hamburg, dem Sitz der betroffenen Reederei Komrowski, wurde ihnen ab November 2010 zwei Jahre und 105 Verhandlungstage lang der Prozess gemacht.

Auf der Webseite des Auswärtigen Amtes hieß es seit dem 27.12.2010: »Die Strafverfolgung mutmaßlicher Piraten ist wichtiger, abschreckender Bestandteil des Vorgehens gegen Piraterie.« Die Botschaft, dass Deutschland jenen »Verbrechern«, die es wagen, den Besitz seiner nationalen Kapitaleigner anzugreifen, gnadenlos, aber »rechtsstaatlich« mit militärischen und »demokratischen« Mitteln den Garaus machen würde, wurde international verbreitet. Die Vorwürfe »Angriff auf den Seeverkehr«, »erpresserischer Menschenraub« und anfangs sogar noch »Mordversuch« ließen hohe Strafen erwarten.

Und dann kam alles etwas anders: Die jeweils zwei PflichtverteidigerInnen für jeden der zehn Somalier nahmen ihre VerteidigerInnenpflichten ernst. Bis zur Urteilsverkündung am 19.10.2012 kämpften sie – wenngleich erfolglos – für das Recht ihrer Mandanten auf Entlastung und EntlastungszeugInnen. Zu Beginn wurden viele Wochen »AltersgutachterInnen« gehört, die den 13-jährigen Jungen älter und somit straffähig machten. Sonst hätte er gar nicht vor Gericht gestellt werden dürfen. Aber das Gericht erkannte nichts aus Somalia an. Keine Urkunden und vor allem keine EntlastungszeugInnenen. Sie hätten keine ladungsfähige Adresse, hieß es. Faktisch lief das auf ein Recht zweiter Klasse – Kolonialrecht eben – hinaus.

Die Staatsanwaltschaft benannte nur Belastungszeugen. Einer »funktionierte« aber auch nicht wie erwartet. Der deutsche Kapitän Eggers gab an, sein Leben nicht in Gefahr gesehen zu haben. Er hatte, bevor die Taipan auf den gefährlichen Teil der Schiffsroute kam, den polnischen Kapitän ersetzt. Piraterie sei

alltäglich. Man sei darauf vorbereitet. Weshalb um diese »Piraten« solch ein Gewese gemacht werde, sei ihm unverständlich. Normalerweise würden sie in ihre Schnellboote zurückgebracht, diese mit Wasser gefüllt, um sie langsamer zu machen, und ihnen genug Benzin für die Fahrt an Land gelassen. Einer der somalischen Jungen entschuldigte sich bei ihm, und der erfahrene Seebär nahm die Entschuldigung an.

Vom Gericht bestellte europäische Sachverständige bestätigten das, was KritikerInnen und Verteidigung immer wieder angesprochen hatten: Diese zehn halb verhungerten Männer und Jungen kamen aus einem Land, in dem seit 20 Jahren Bürgerkrieg, das Recht des Stärkeren, Clangesetze und Hungersnöte die Menschen regierten. Ihnen ging es nicht um »Bereicherung«. Ihnen ging es, als sie unter Einsatz ihres Lebens die Taipan mit Flip-Flops an den Füßen und ein paar veralteten Waffen enterten, um das bloße Überleben von sich und ihren Familien. Bilder einer der größten Hungerkatastrophen Somalias gingen gleichzeitig um die Welt.

Es gäbe »Hintermänner« der Piraterie, aber die säßen in London oder irgendwo. Fest stehe, dass auch europäische Fischfabriken die Küsten Somalias leergefischt hätten und dass der Tsunami 2004 nicht nur die Fischerhütten zerstört, sondern auch Giftmüll, der heimlich im somalischen Meer versenkt worden war, sprichwörtlich ans Licht gebracht hatte. Die Piraten verstünden sich auch als Küstenwache der ansonsten unbewachten Gewässer Somalias.

Das Gericht musste das zur Kenntnis nehmen. Auch, dass viele der Gefangenen schwer krank und nur unter Medikamentengabe den Prozess verfolgen konnten. Bei einem waren die Folgen des Hungers bereits irreversibel. Er flehte noch kurz vor Urteilsverkündung den Richter an, ihn nicht in die Isolierzelle zu stecken. Er werde nie wieder Selbstmord begehen wollen!

All das floss auch ein in die Urteilsbegründung, aber nur bedingt in die Strafhöhe. Letztlich übernahm die Kammer die inhaltliche Begründung der Staatsanwaltschaft – abgesehen vom »Mordversuch« –, halbierte aber zum Teil deren hohe Strafforderungen. Statt zwischen vier bis zwölf Jahren Haft verurteilte sie die Jugendlichen zu zwei und die Erwachsenen zu sechs bis sieben Jahren. Aufgrund der bereits verbüßten Haft konnten die Jugendlichen als Freie ohne jede Auflagen den Gerichtssaal verlassen.

Anfangs hatten alle außer der Staatsanwaltschaft und des »Kronzeugen« Revision gegen das Urteil eingelegt. Inzwischen halten diese nur noch zwei Gefangene aufrecht. Sie sitzen weiter in U-Haft. Die anderen sind in den Normalvollzug verlegt worden. Nur der »Kronzeuge« kam in »offenen Vollzug«. Was genau der Deal mit ihm war, bleibt das Geheimnis der Staatsanwaltschaft und wahrscheinlich des Gerichts. Nur beim »Kronzeugen« hielt es sich an das von der Staatsanwaltschaft vorgeschlagene Strafmaß von sechs Jahren.

Der »Kronzeuge« war ausgerechnet von den »Atalanta«-Geheimdienstoffizieren vor Gericht geoutet worden. Offenbar sollte er »weichgekocht« werden, um weiter mit ihm operieren zu können. Es habe mit ihm bereits an Bord der Tromp mehrere Gespräche gegeben. Seine Angaben zur Piraterie seien sehr hilfreich gewesen. Die Protokolle dieser Gespräche unterlägen allerdings der Geheimhaltung.

Der »Kronzeuge« funktionierte weiter. Er bestätigte die Sicht der Staatsanwaltschaft. Kein Angeklagter sei zwangsrekrutiert oder irgendwie zum Angriff auf die Taipan gezwungen worden. Alle hätten sogar Verträge unterschrieben, in denen ihnen festgelegte Aufgaben zugewiesen wurden. Alle, außer ihm selbst, seien Lügner. Das Gericht übernahm diese Sicht und sprach von »quasi militärischem Vorgehen«. Und: »Sie hätten wissen müssen, dass sie bei der Kaperung eines Schiffes auch festgenommen werden können«, sagte der Richter. Basta. Wissen die »Piraten« in Somalia es jetzt? Er verneinte dies selbst. Der Prozess habe keine abschreckende Funktion, löse nicht die Probleme der Piraterie vorm Horn von Afrika, diene nicht dazu, »Atalanta« zu legitimieren, fungiere nicht als verlängerter Arm der (Hamburger) Reeder, sei kein »nachkoloniales Herrschaftsgehabe« (an dieser Stelle applaudierte eine Zuhörerin und wurde gerügt) – was war er dann?

Das Gericht suchte offensichtlich nach einem faulen Kompromiss, der auch der Kritik an dem Verfahren den Wind aus den Segeln nehmen sollte.

Bei jeder Verhandlung saß mindestens ein/e Prozessbeobachter/in im Saal, wurde das Gesagte protokolliert. Es gab einen internationalen Blog. Veranstaltungsreihen, Hafenrundfahrten, ein Theaterstück und Expertenanhörungen zum Thema wurden organisiert. Dabei wurden die »Piraten« und Seeleute nie gegeneinander ausgespielt. Beim Auftakt und während des Prozesses forderten Menschen vorm Gerichtsgebäude die Freilassung der Angeklagten und prangerten die kriegslüsterne imperiale Haltung Deutschlands an.

Allein, dass kein »kurzer Prozess« gemacht wurde, hat dazu geführt, dass es wahrscheinlich keinen weiteren »Piratenprozess« in Deutschland geben wird.

Aber die »Antipirateriemission Atalanta« führt derweil im Namen auch des deutschen Volkes und öffentlich kaum wahrgenommen ihren Krieg gegen die somalische Bevölkerung weiter. ♦

Protest gegen die alltäglichen rassistischen Schikanen durch das Ausländerrecht

Unser Widerstand hat in Deutschland etwas Neues hervorgerufen

Interview mit einem Aktivisten des Flüchtlingscamps in Berlin-Kreuzberg

Seit dem 6. Oktober besteht auf dem Oranienplatz in Berlin-Kreuzberg ein Protestcamp von Flüchtlingen verschiedenster Nationalitäten, um gegen die alltäglichen rassistischen Schikanen durch das AusländerInnenrecht in Deutschland aufmerksam zu machen. Zuvor waren die TeilnehmerInnen in einem Protestmarsch von Würzburg nach Berlin gezogen.

Hallo, magst Du Dich gern vorstellen?

Ja, mein Name ist Turgay Ulu. Ich habe in der Türkei fünfzehn Jahre als politischer Gefangener im Gefängnis verbracht. Um neueren Verhaftungen zu entgehen, bin ich seit etwa einem Jahr in Deutschland.

Wann hast Du Dich den Flüchtlingsprotesten angeschlossen und warum?

Wir haben erst in verschiedenen Flüchtlingslagern protestiert, weil diese Lager die Flüchtlinge von der Außenwelt isolieren. Um die Proteste zu vereinheitlichen und damit mehr Aufmerksamkeit zu bekommen, haben wir uns dann entschlossen, einen gemeinsamen Protestmarsch von Würzburg nach Berlin durchzuführen. Wir haben entlang der Marschstrecke verschiedene Lager besucht und sind da auf viele Flüchtlinge gestoßen, die schon seit Jahren auf einen Asylbescheid warten. Unser Protest wird von drei zentralen Forderungen getragen: Abschaffung des Lagersystems für Flüchtlinge, Abschaffung der Residenzpflicht und Stopp von Abschiebungen.

Kannst Du erzählen, was Ihr auf dem Marsch so erlebt habt, wie die Stimmung war?

Wir haben auf dem Marsch viele UnterstützerInnen aus der Bevölkerung getroffen und in den von uns besuchten Flüchtlingslagern Menschen verschiedenster Nationalitäten. Besonders antifaschistische und antikapitalistische Gruppen waren sehr solidarisch und haben etwa Nachtwachen organisiert, wenn wir unsere Zelte aufgeschlagen haben. Viele Flüchtlinge in den Lagern hatten Angst. Sie kommen aus Ländern, in denen Krieg herrscht, sind vor Krieg und Diktaturen geflohen. Hier in Deutschland kommen sie aus den Isolationslagern nicht heraus, haben keinen Kontakt zur Bevölkerung und Angst, was die Zukunft bringt. Wir haben auch festgestellt, dass viele Deutsche nichts über die Zustände in den Flüchtlingslagern wissen. Es gibt hier kaum Informationen. Wir sind in etwa vier Wochen über 600 km gelaufen und haben das Problem des Rassismus in die Öffentlichkeit gebracht. An zwei Orten haben FaschistInnen versucht, uns zu behindern. Einmal in Erfurt, als wir eine Demonstration vor dem Landtag durchführten, und einmal in Potsdam. Die FaschistInnen trugen Plakate mit der Forderung, die AusländerInnen sollten gefälligst in ihre Heimatländer zurück.

Im Oktober sind ja auch Menschen hier aus dem Camp am Pariser Platz vor dem Brandenburger Tor in einen Hungerstreik getreten. Es gab dann auch ein Gespräch mit der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Maria Böhmer. Wie ist das Ganze zu bewerten?

Als wir hier in Berlin angekommen sind, haben wir darüber diskutiert, wie wir weitermachen, welche Aktionsformen sinnvoll sind. Ein Teil hat sich dann für den Hungerstreik entschieden, andere fanden Aktionen auf der Straße sinnvoller. Das Ganze war aber von Solidarität getragen, es gab da keine Spaltung. Es kamen dann auch immer wieder PolitikerInnen verschiedener Parteien zum Gespräch, aber niemand wollte uns bei unseren oben genannten drei Forderungen entgegenkommen. Da haben wir uns dann zum Hungerstreik entschlossen. Im November hat ein Treffen mit Bundestagsabgeordneten im

Parlament stattgefunden. Wir haben dort mit vier TeilnehmerInnen des Camps unsere Forderungen vertreten.

Die Angriffe der Berliner Polizei auf die Hungerstreikenden vor dem Brandenburger Tor gingen ja sehr negativ durch die Presse. Kannst Du dazu etwas sagen?

Als wir die ersten Zelte aufgebaut hatten, wurden sie von der Polizei wieder eingerissen und beschlagnahmt. Später haben sie uns auch die Iso-Matten und Decken weggenommen und die Leute waren gezwungen, auf dem Boden zu sitzen und zu frieren. Die Polizei hat uns massiv angegriffen, sowohl vor dem Brandenburger Tor als auch, als wir die nigerianische Botschaft besetzt hatten. Bei der Besetzung der Botschaft sind 23 FreundInnen festgenommen und einige durch den Polizeieinsatz auch verletzt worden.

Was waren Eure Ziele bei der Besetzung der nigerianischen Botschaft?

Der nigerianische und der deutsche Staat haben ein Abkommen geschlossen, dass Flüchtlinge bei Kurzanhörungen hier in der Botschaft als nigerianische Staatsangehörige identifiziert werden, ob sie es nun sind oder nicht. Diese Personen werden dann mit Personaldokumenten ausgestattet, so dass eine Abschiebung möglich ist. Das Ganze lässt sich die nigerianische Botschaft obendrein auch noch ordentlich bezahlen. Unser Protest richtete sich gegen diese Praxis und die Abschiebungen. Die Polizei hat uns dann, als wir schon im Gewahrsam waren, über sechs Stunden lang zum Teil sehr brutal behandelt und beleidigt.

Wie empfindet Ihr die Unterstützung durch die Berliner Bevölkerung für Euer Protestcamp?

Wir erfahren große Unterstützung, sowohl von deutschen als auch anderen Menschen, die hier leben. Das äußert sich bei der Besetzung des Infozelts auf dem Camp, durch das wir mit der Bevölkerung in Kontakt kommen wollen. Aber auch beim gemeinsamen Kochen und anderen Aktionen sowie Geld- und Sachspenden.

Was sind Eure weiteren Ziele? Wie lange soll das Camp hier in Kreuzberg noch aufrechterhalten werden?

Wir machen das Camp erst mal unbegrenzt weiter. Es gibt keinen festgelegten Zeitpunkt, wann wir aufhören. Wir besuchen andere Flüchtlingslager hier in der Umgebung. In der Nähe von Schönefeld gab es etwa einen Naziangriff auf ein Flüchtlingslager. Auch da waren wir. Wir haben z. B. eine Demonstration vor der Ausländerbehörde gemacht und dort Flugblätter verteilt. Das sind einige Beispiele. Als nächste größere Aktion planen wir Proteste anlässlich der Bundesinnenministerkonferenz in Rostock Anfang Dezember. Dort steht ja auch das Thema Asyl auf der Tagesordnung.

Möchtest Du noch etwas hinzufügen?

Unser Widerstand hat in Deutschland etwas Neues hervorgerufen. Die sozialen Bewegungen waren in Bezug auf den Rassismus etwas passiv geworden. Hier konnten wir wieder Dynamik reinbringen. Wir hoffen, mit unseren Aktivitäten eine neue Bewegung in Gang gesetzt zu haben. ♦

Die Fragen stellte Elmar Millich.



Nur kurze Zeit standen die Zelte vor dem Brandenburger Tor, dann sind sie von der Polizei eingerissen und beschlagnahmt worden. Foto: http://atesh.blogsport.eu

Der steinige Weg zur Roadmap

Reimar Heider, Internationale Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan«

Nach einiger Verzögerung erscheint im Januar 2013 Öcalans »Roadmap für Verhandlungen« endlich auch auf Deutsch, nachdem die englische Ausgabe bereits im Februar 2012 auf den Markt kam.

Öcalans Roadmap hat eine bewegte Geschichte. Erstmals wurde sie von Öcalan im Frühjahr 2009 angekündigt. Heute wissen wir, dass damals der Oslo-Imralı-Prozess, also die Gespräche zwischen türkischen staatlichen Stellen, dem auf Imralı völlig allein in Isolationshaft sitzenden Abdullah Öcalan und hochrangigen PKK-Vertretern begonnen hatte. Öcalan kündigte das wegweisende Dokument öffentlich an und bat um Vorschläge und Meinungen. Dies löste eine breite öffentliche Debatte über die Forderungen der kurdischen Seite aus, während gleichzeitig offenbar wurde, dass die Regierungsseite kein wirkliches Konzept für eine Lösung der kurdischen Frage hat. Fikret Bila, ein für seine Nähe zum Militär bekannter Kolumnist der Tageszeitung Milliyet, schrieb damals: »Wir kennen in Grundzügen Öcalans Roadmap, doch wo ist Erdoğans Roadmap?«

Öcalans Roadmap indes wurde, obwohl sie an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) adressiert war, illegalerweise von den Behörden konfisziert und nicht weitergeleitet. Erst nach einem 18-monatigen Tauziehen zwischen dem EGMR und der türkischen Regierung wurde das Dokument nach Straßburg weitergeleitet und in Öcalans Beschwerdeverfahren zu den Akten genommen. Ironischerweise bestätigte das Vorgehen der türkischen Behörden genau den Gegenstand der Beschwerde: die massive Behinderung der juristischen Verteidigung als Teil der illegalen Isolationsbedingungen auf der Gefängnisinsel Imralı.

Nach dem im Juli 2011 erfolgten Abbruch der Verhandlungen durch Erdoğan wurden – vermutlich aus MIT-Kreisen – im September 2011 Mitschnitte von »Oslo 5« im Internet geleakt. Im Februar 2012 tauchte in der türkischen Presse der Text eines Abkommens auf, das mit »Oslo 10« überschrieben war. Im Dokument selbst werden die Gespräche als »Oslo-Imralı-Prozess« bezeichnet. Aus beiden Leaks wissen wir heute, dass sich die Gespräche äußerst eng an Öcalans Roadmap orientierten. Hakan Fidan, damals Sonderbevollmächtigter von Ministerpräsident Erdoğan und heutiger Direktor des Geheimdienstes MIT, ist auf dem Mitschnitt von »Oslo 5« zu hören, wie er erklärt, Erdoğans Vorstellungen stimmten »zu 90 bis 95 %« mit Öcalans Vorstellungen überein. In »Oslo 10« finden sich unter der Überschrift »Punkte, zu denen Übereinkunft besteht[1]« mehrere direkte Verweise auf von Öcalan verfasste »Dokumentenentwürfe«, die bereits in seiner Roadmap erwähnt sind.

Diese Erwähnungen unterstreichen die Signifikanz des jetzt als Buch erscheinenden Dokuments. Es handelt sich nämlich nicht um einen bloßen Forderungskatalog Öcalans oder der kurdischen Seite, sondern um eine profunde Analyse der Hindernisse für eine Demokratisierung der Türkei und eine Darstellung der Schritte, die beide Seiten für eine Lösung des Konfliktes unternehmen müssen. Damit nimmt es einen möglichen Kompromiss am Verhandlungstisch bereits vorweg und lässt das Fehlen eines umfassenden Lösungskonzepts der türkischen Seite umso dramatischer erscheinen.

Seit dem 27. Juli 2011 befindet sich Öcalan in verschärfter Isolation ohne Kontakt zu seinen Anwältinnen und Anwälten. Damit soll er zum Schweigen gebracht und eine politische Lösung unmöglich gemacht werden. Der türkische Staat hat vergeblich versucht, auch die Publikation der Roadmap zu verhindern. Wer genau wissen möchte, welche konstruktiven Vorschläge nach dem Willen Erdoğans nicht an die Öffentlichkeit dringen sollten, kommt um die »Roadmap« nicht herum.

Noch ist unklar, ob und wann die Gespräche zwischen Öcalan, der PKK und dem türkischen Staat wieder aufgenommen werden. Die Forderungen danach – zuletzt gestellt von den Friedensnobelpreisträgern Tutu, Ramos-Horta und Carter sowie ehemaligen Ministerpräsidenten von Norwegen, Schweden, Dänemark und Finnland, nicht jedoch vom diesjährigen Preisträger Europäische Union – finden immer mehr Unterstützung. In jedem Fall, so viel ist sicher, wird bei einer Fortsetzung der Gespräche wieder Öcalans Roadmap auf dem Tisch liegen.

Die »Roadmap für Verhandlungen« erscheint Anfang 2013 im Pahl-Rugenstein Verlag in der International Initiative Edition. ♦

1 Üzerinde mutabakat varılan hususlar

Frauenguerilla, Frauenbefreiung und Demokratischer Konföderalismus in Kurdistan

Widerstand und gelebte Utopien

Buchvorstellung von Meral Çiçek

Vor einigen Jahren befand ich mich aufgrund einer Vortragsreihe über die kurdische Frauenbefreiungsbewegung in Katalonien. Nach einer der Veranstaltungen sprach mich einer der Organisatoren an und fragte, wie wir es schaffen würden, so großes Interesse zu wecken. An der Veranstaltung hatten ca. 50 Personen teilgenommen und ich konnte zunächst den Sinn der Frage nicht verstehen. Dann sprach er weiter und erzählte, dass sich bei ähnlichen Veranstaltungen nach etwa einer Stunde der Saal zu leeren beginne und Fragerunden meist nur noch mit der Teilnahme von zwei, drei sehr interessierten Menschen vonstattengehen würden. Bei unserer Vortragsreihe jedoch dauerte jede Veranstaltung mindestens drei Stunden, kaum jemand verließ vor Ende den Raum und es gab immer rege Diskussionen sowie viele Fragen.

Dies soll jetzt nicht bedeuten, dass die kurdische Frauenbefreiungsbewegung ein Top-Thema ist und alles Weitere nur langweiliges Zeug darstellt. Vielmehr sind mir damals zwei Punkte bewusst geworden. Der erste Punkt ist, dass vor allem im europäischen Raum bei Vorträgen über den Kampf der kurdischen Frauen Staunen aufkommt, was ein Resultat von Stereotypen über die Gesellschaften im Mittleren Osten ist. Darüber hinaus ist mir erneut klar geworden, wie wenig die kurdische Frauenbefreiungsbewegung über ihre Grenzen hinaus bekannt ist. Dabei stellt sie sowohl mit ihrer Organisierungsform als auch ihrem ideologischen Anspruch eine beispiellose Bewegung dar.

Ohne Zweifel gibt es verschiedene Gründe für den ihrem Wesen und Anspruch so gar nicht entsprechenden Bekanntheitsgrad. Ein Grund mag die geringe Zahl von Publikationen über den Sprachraum des Mittleren Ostens hinaus sein. Zwar gibt es einzelne Bücher, Arbeiten und Broschüren über die kurdische Frauenbewegung, jedoch hat bisher eine umfassende Darstellung gefehlt.

Umso erfreulicher, dass nun mit »Widerstand und gelebte Utopien« eine enorm umfangreiche Vorstellung der Geschichte, des Kampfs und der Ideologie der kurdischen Frauenbefreiungsideologie in deutscher Sprache vorliegt.

An dieser Stelle sollte vorweggenommen werden, dass es sich tatsächlich um ein sehr umfangreiches Werk handelt, das auf fast 600 Seiten nicht nur einen groben Überblick gibt, sondern dem/der Leser_in ein Verständnis der Bewegung möglich macht. Dabei geht das Herausgeberinnenkollektiv weniger erklärend und mehr fragend vor. Frauen, die Subjekt des Freiheitskampfs in Kurdistan sind, erzählen in einer Reihe von Interviews selbst von ihren Zielen, Erfolgen und Schwierigkeiten. Diese Interviews wurden im Jahre 2010 mit Kämpferinnen und anderweitig aktiven Frauen der kurdischen Frauenbewegung in den Bergen Kurdistans, südkurdischen Städten und dem Flüchtlingslager Mexmûr geführt, und zwar von unterschiedlichen Frauen aus Westeuropa, die zum Zeitpunkt ihrer Reise in verschiedenen feministischen Gruppierungen oder Strukturen mit vorwiegend antikapitalistischer und antifaschistischer Ausrichtung aktiv waren.

Neben den Interviews enthält das Buch eine umfassende Darstellung des Organisationsmodells und der Struktur der kurdischen Frauenbefreiungsbewegung sowie der unterschiedlichen Bereiche des Kampfs. Parallel hierzu wird die Frauenbefreiungsideologie sowie der Zusammenhang zwischen Frauenorganisierung und dem Modell des Demokratischen Konföderalismus erläutert.

Inhaltlich ist diese Fülle in vier Kapitel unterteilt. Ein kurzer geschichtlicher Abriss der kurdischen Frauenbewegung von 1968 bis 2012 bildet das erste Kapitel. In diesem Teil werden außerdem der Paradigmenwechsel und Transformationsprozesse innerhalb der kurdischen Befreiungsbewegung, das System des Demokratischen Konföderalismus und das Lösungsmodell der Demokratischen Autonomie als Alternative zu staatlicher und patriarchaler Herrschaft zusammengefasst.

Das zweite Kapitel bildet das Kernstück des Buchs. Hier werden sowohl die Struktur als auch die verschiedenen Teilbe-

reiche der Frauenbefreiungsbewegung dargestellt. Dieser Teil bietet umfangreiche Informationen zur Frauenbefreiungsideologie, der Bildungsarbeit, der Organisierung von jungen Frauen in den verschiedenen Teilen Kurdistans, den bewaffneten Selbstverteidigungskräften und dem Alltag der Guerillakämpferinnen.

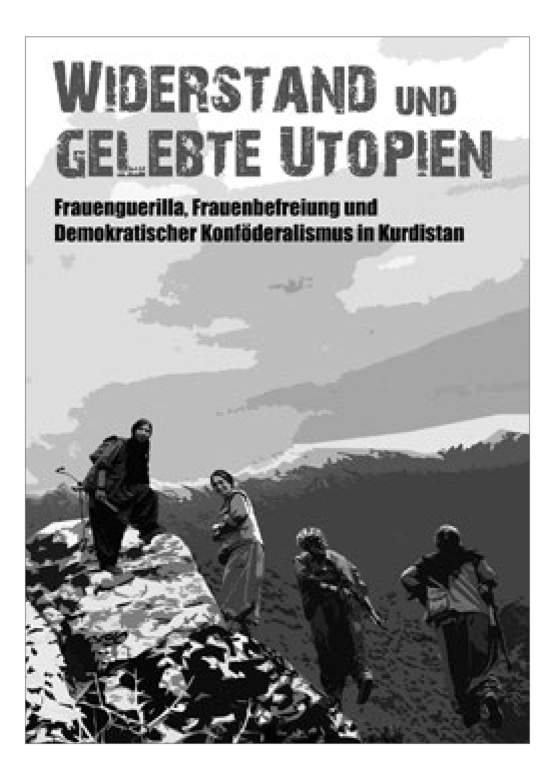
Das dritte Kapitel behandelt einen Ausschnitt aus der gemischten konföderalen Organisierung der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK). Das Kapitel ist unterteilt in die Darstellung des politischen Bereichs, des gesellschaftlichen Bereichs und des Volksverteidigungskomitees.

Das vierte Kapitel wendet sich dann der Praxis zu und fragt, wie das System des Demokratischen Konföderalismus in Kandil, dem Flüchtlingslager Mexmûr und dem restlichen Südkurdistan umgesetzt wird. Dabei wird das Augenmerk auf die Strukturen der Frauen gelegt.

Da es den Frauen, die mit diesem Buch einen wichtigen Beitrag zu einem Verständnis der kurdischen Frauenbefreiungsbewegung leisten, auch um den Anspruch oder das Ziel geht, neben Informationen auch Anregungen zu bieten, werden im fünften Kapitel Gedanken über Perspektiven für internationalistische feministische und linke Kämpfe zusammengetragen. Außerdem sind Biografien von gefallenen Freiheitskämpferinnen und Internationalistinnen sowie der Aufruf der Frauenbefreiungsbewegung Kurdistans zur gemeinsamen Organisierung eines Weltfrauenkongresses hinzugefügt.

Die kurdische Frauenbefreiungsbewegung mit all ihren Facetten darzustellen ist kein leichtes Unterfangen. Es ist umso schwerer, als die Thematik des kurdischen Befreiungskampfs selbst in Westeuropa immer noch unzureichend und oberflächlich bekannt ist. In diesem Sinne hatten die Interviewerinnen und das Herausgeberinnenkollektiv eine schwere Aufgabe zu bewältigen. Was als Projekt für eine Broschüre gestartet war, endete mit einem fast 600-seitigen Buch. Dabei soll die Seitenzahl nicht abschrecken. Denn ein wichtiger Pluspunkt ist, dass das Buch so aufgebaut ist, dass es nicht unbedingt von der ersten bis zur letzten Seite gelesen werden muss. Der/die Leser_in hat die Möglichkeit, an verschiedenen Stellen anzudocken. Außerdem bedarf es nicht notwendigerweise theoretischer Vorkenntnisse über die kurdische Freiheitsbewegung, was hervorzuheben ist. Auch Leser_innen, die über keine Vorkenntnisse verfügen, werden sich mithilfe zahlreicher Fußnoten sowie eines umfangreichen Glossars zurechtfinden. Weiterhin erleichtert an vielen Stellen die genutzte Interviewform das Verständnis des jeweiligen Themas. Aber manch einen/eine Leser_in mag die Länge der Antworten an mancher Stelle anstrengen. Doch erklären die Herausgeberinnen in ihrem Vorwort, dass es ihnen wichtig war, die Interviews möglichst ungekürzt abzudrucken, damit die interviewten Frauen sich im Buch auch wiederfinden können.

Insgesamt lässt sich sagen, dass »Widerstand und gelebte Utopien« sowohl vom Umfang als auch vom Inhalt her die bisher umfangreichste Veröffentlichung zur kurdischen Frauenbefreiungsbewegung ist. Das Buch wird dem Anspruch, ein Verständnis des Kampfs der Frauen Kurdistans für Freiheit möglich zu machen, gerecht. Bereichert wird die Darstellung durch zahlreiche Fotos. Es handelt sich in keiner Weise um eine extrem theoretische, sprachlich schwer verständliche Darlegung. Vielmehr wird beim bloßen Blick deutlich, dass es den Herausgeberinnen auch darum ging, eine verständliche, umfangreiche, aber nicht ausufernde Darstellung der Bewegung und ihres Kampfes zu bieten. Dies ist ihnen gelungen. ♦



Widerstand und gelebte Utopien
Frauenguerilla, Frauenbefreiung und Demokratischer Konföderalismus in Kurdistan
Herausgeberinnenkollektiv
c/o Cenî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Mezopotamien Verlag,
1. Auflage September 2012
ISBN 978-3-941012-61-5,
592 Seiten, 15,- Euro

Belgien

KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
E-Mail: knk@kongrakurdistan.com

KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
E-Mail: info@kon-kurd.org

Deutschland

Civaka Azad | Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V.
Bornheimer Landstraße 48
60316 Frankfurt a. M.
Telefon: 069/84772084
E-Mail: info@civaka-azad.org
http://civaka-azad.org/

Ceni | Kurdisches Frauenbüro für Frieden
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 5989251
E-Mail: ceni_frauen@gmx.de

YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 451
E-Mail: yekkom@gmx.net
http://www.yekkom.com/

Internationale Initiative Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan
Postfach 100511, D-50445 Köln
Tel: (49) 221 130 15 59
E-Mail: info@freedom-for-ocalan.com
http://www.freedom-for-ocalan.com

ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V. Büro für Internet und Öffentlichkeitsarbeit
Spaldingstr. 130–136; 20097 Hamburg,
Tel: 040 / 42102845
E-Mail: isku@nadir.org
http://isku.org

Kurd-Akad. | Netzwerk kurdischer AkademikerInnen e.V.
Postfach 102801, 44028 Dortmund
E-Mail: info@kurd-akad.com
http://www.kurd-akad.com

Österreich

FEY-KOM
Jurekgasse 26
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9718824
E-Mail: info@feykom.at

Italien

Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18, 00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
E-Mail: uiki.onlus@fastwebnet.it
http://www.uikionlus.com

Frankreich

Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: (33) 1 42 81 22 71
E-Mail: knkparis@wanadoo.fr

Schweiz

KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
E-Mail: kurd-chr@freesurf.ch

Niederlande

FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 - 61 41 816
E-Mail: fedko@dds.nl
http://www.fedkom.nl

Dänemark

FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal, 1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 - 22 89 98
E-Mail: feykurd@kurder.dk
http://www.kurder.dk

Australien

Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 - 96 76 72 45

Zypern

Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 - 37 42 16
E-Mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation

Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
E-Mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Ungarn

KURDISZTÁNI INFORMÁCIÓS ÉS KULTURÁLIS EGYESÜLET
Dózsa György út 58; 1076 Budapest
(36) 30 405 8790, (36) 30 873 7521
E-Mail: info@kurdistan.hu
www.kurdistan.hu

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.),
S. Karabulut, D. Çimen,
B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro
plus Portokosten

Titelbild:
Protest gegen die Angriffe türkischer »Sicherheitskräfte« in Hezex Foto: DIHA

Rückseite:
Am 28.12.2012 jährte sich das Massaker an 34 Zivilisten von Roboskî
Foto: Sinan Targay

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.



ISSN 0935-5375